

Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung



Forum Stadt



46. Jahrgang
2|2019

Schwerpunkt:

Praxisfeld Historische Städte

Entwickeln – kooperieren – umsetzen

Herausgegeben von
Hathumar Drost und Johann Jessen

Forum Stadt
Verlag





Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.« in
Verbindung mit Harald Bodenschatz, Tilman Harlander, Johann Jessen,
Jürgen Reulecke und Jürgen Zieger

Redaktionskollegium:

Hans Schultheiß (Chefredakteur)

Prof. Dr. Dietrich Denecke, Universität Göttingen,
Geographisches Institut

Prof. Dr. Andreas Gestrich, London,
Deutsches Historisches Institut

Dr. Theresia Gürtler Berger, Luzern,
Ressort Denkmalpflege und Kulturgüterschutz

Dr. Robert Kaltenbrunner, Bonn und Berlin,
Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier, Bauhaus-Universität
Weimar, Denkmalpflege und Baugeschichte

Prof. Dr. Klaus Jan Philipp, Universität Stuttgart,
Institut für Architekturgeschichte

Dr. habil. Olaf Schnur, Berlin, vhw Bundesverband
für Wohnen und Stadtentwicklung

Prof. Dr.-Ing. Barbara Schöning, Bauhaus-Universität
Weimar, Fakultät Architektur und Urbanistik

Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt,
Institut für Geschichte

Prof. Dr.-Ing. Christina Simon-Philipp, Hochschule
für Technik Stuttgart, Fakultät Architektur

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die
Redaktionsadresse erbeten:

Forum Stadt
Postfach 100355
73728 Esslingen
Email: hans.schultheiss@email.de
Website: www.forum-stadt.eu

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitglieder-
zeitschrift des ca. 110 Städte umfassenden
»Forum Stadt – Netzwerk historische Städte e.V.«

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 92,- Einzelheft EUR 25,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,-
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November
des laufenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder
der Redaktion eingegangen sein.

Vertrieb:

Südost Service GmbH
Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen
Fax +49(0)8581-9605-754
E-mail: info@suedost-service.de

Verlag:

Forum Stadt Verlag (FStV)
Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart
E-mail: forumstadtverlag@email.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbeding-
t die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und
Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manu-
skripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge
dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröf-
fentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung
überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk histo-
rischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche
Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Ein-
speicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren
Vervielfältigung online und offline. Alle in dieser Zeit-
schrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich ge-
schützt. Kein Teil der Zeitschrift darf außerhalb der engen
Grenzen des Urheberrechts ohne schriftliche Genehmi-
gung in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von
Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanla-
gen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Griebisch & Rochol Druck, Hamm

© 2019 Forum Stadt e.V., Esslingen
Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924



Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Viertel-
jahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung« unter
dem Obertitel »Die alte Stadt« (ISSN 0170-9364).

Praxisfeld Historische Städte

Entwickeln – kooperieren – umsetzen

Herausgegeben von
Hathumar Drost und Johann Jessen

Editorial

Hathumar Drost / Johann Jessen

Praxisfeld historische Städte. Entwickeln – kooperieren – umsetzen 99

Abhandlungen

Hathumar Drost

Praxisfeld Europäische Stadt 105

Harald Bodenschatz

Abbruch und Erhalt. 150 Jahre Planungsgeschichte der europäischen Altstadt... 113

Markus Harzenetter / Anna Hitthaler

Stadtentwicklungsdynamik und baukulturelles Erbe aus der Perspektive
der städtebaulichen Denkmalpflege 134

Iris Reuther

Die Stadt entwickeln und weiterbauen.
Konzeptioneller Städtebau und baukulturelles Erbe in Bremen 151

Ellen Pietrus

Denkmalpflege im Wachstumsboom. Das Beispiel Stuttgarter Innenstadt..... 171

Forum

Hansjörg Luser

Das Internationale Städteforum in Graz – ISG.
Ein Netzwerk für Baukultur verbindet Vergangenheit und Zukunft 184

Angela Koch

Integrierte Entwicklung im Denkmalbestand. Die Arbeitsgemeinschaft
Historische Stadt- und Ortskerne in NRW als Akteur der Denkmalpflege 189

Claudia Mucha

Im Kern einzigartig – Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen
Stadtkernen des Landes Brandenburg 193

Autorinnen / Autoren 198

Besprechungen

DIETER HOFFMANN-AXTHELM, Hochhaus und Gemeinschaft. Zur Erbschaft der Moderne (<i>Robert Kaltenbrunner</i>)	199
GÜNTER STARKE, Offene Türen. Wohnen und Leben in der Dresdner Neustadt 1982 bis 1996 (<i>János Brenner</i>)	200
FRANZ JOSEF TALBOT / ACHIM BEDNORZ, Die Bonner Südstadt (<i>Valentin Hammerschmidt</i>)	203
THOMAS GROSSBÖLTING / RÜDIGER SCHMIDT, Offene Türen. Wohnen und Leben in der Dresdner Neustadt (<i>Daniela Zupan</i>)	205

Umschlag:

Wohnprojekt in Bremen vor St. Stephanie-Kirche

Foto: Hilmes Lamprecht Architekten BDA,
Sven Otte Fotografie

Praxisfeld Historische Städte

Entwickeln – kooperieren – umsetzen

Editorial

Das *European Cultural Heritage Year ECHY 2018* liegt hinter uns.



Noch kann selbstverständlich keiner wissen, ob es im Rückblick als ein ähnlich markanter Wendepunkt in Stadtpolitik und Denkmalpflege gesehen wird wie das Europäische Denkmalschutzjahr 1975. Um selbst die näherliegende Frage zu beantworten, ob sich die fachlichen und politischen Erwartungen erfüllen werden, die die beteiligten und adressierten Akteure in Deutschland damit verbunden haben,¹ ist es zu früh. Die sachsen-anhaltinische Landesdenkmalpflegerin Ulrike Wendland schloss ihren sehr grundlegenden Beitrag für unsere Zeitschrift im Vorfeld des Europäischen Kulturerbejahres zur „Denkmalpflege 2018. Transparenz, Partizipation, Allianzen“ mit der Hoffnung auf „eine erneuerte Allianz der für das gebaute Erbe engagierten Gruppen und Institutionen, Bürgerinitiativen und Vereine, Stiftungen und Körperschaften“.² Nimmt man die Zahl der letztjährigen einschlägigen Veranstaltungen, Publikationen und Projektinitiativen kooperierender Akteure zum Maßstab, dann hat sich diese Hoffnung fraglos erfüllt. Darunter nimmt der jüngste Baukulturbericht 2018/19 „Erbe – Bestand – Zukunft“ der Stiftung Bau-

1 Vgl. B. Bernat / U. Koch, Sharing Heritage. Das Europäische Kulturerbe Jahr in Deutschland, in: *PlanerIn* 1-18 (Februar 2018), S. 8-10.

2 U. Wendland, Denkmalpflege 2018: Transparenz, Partizipation, Allianzen, in: *Forum Stadt* 43. (2/1916), S. 216.

kultur einen besonderen Rang ein.³ Auch dieses Heft geht auf neue Allianzen im Rahmen des ECHY 2018 zurück.

Forum Stadt Stadt e.V. und die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung DASL, vertreten durch deren Ausschuss für Städtebauliche Denkmalpflege, haben eines der deutschen ECHY Leithemen „Die europäische Stadt“ zum Anlass für eine intensivere Form der Kooperation genommen. Gemeinsam wurden zwei eng auf einander abgestimmte Veranstaltungen zum Thema vorbereitet. Den Einstieg bildete das Wissenschaftliche Kolloquium „Kulturgut Europäische Stadt: Entwicklungsdynamik. Bestandspflege. Teilhabe.“ der DASL am 1./2. Dezember 2017 in Hamburg. Im vergangenen Frühjahr veranstaltete Forum Stadt dann erstmals gemeinsam mit der DASL seine Internationale Städtetagung „Praxisfeld Historische Städte. Entwickeln – kooperieren – umsetzen“. Gastgeberin war die Stadt Rostock, die in diesem Jahre ihr 800. Gründungsjahr mit einer großen Zahl von Festen und kulturellen Ereignissen beging. Unsere Tagung vom 19.-21. April 2018 bildete den Auftakt für die Rostocker Fachveranstaltungen im Festjahr.

Gemeinsamer inhaltlicher Fokus der beiden aufeinander aufbauenden Veranstaltungen war das Spannungsfeld zwischen städtischer Entwicklungsdynamik und Bestandspflege, das in unterschiedlicher Perspektive beleuchtet wurde. Angesichts beschleunigter städtischer Transformationsprozesse ist dieses zentrale Thema des städtebaulichen Denkmalschutzes wieder hochaktuell, denn, so die gemeinsame Auffassung der Veranstalter, die Interessen und Belange des Städtebaulichen Denkmalschutzes drohen angesichts der aktuellen Dynamik der Stadtentwicklung immer stärker ins Hintertreffen zu geraten; häufig werden sie als ein Hemmnis gesehen, nicht als eine Chance.

Auf der Hamburger Tagung standen übergreifende konzeptionell-theoretische Aspekte und Fragen der nationalen und europäischen Fachpolitik im Vordergrund.⁴ Leitfragen waren: Was zeichnet städtisches Kulturgut aus, wie vermitteln wir dessen Werte in Zeiten der Veränderung? Welche Fachpolitiken werden in anderen Ländern und auf europäischer Ebene verfolgt? Auf der Rostocker Tagung nahmen Forum Stadt und DASL das *European Cultural Heritage Year 2018* zum Anlass, das Themenfeld in doppelter Perspektive zu adressieren: Zum einen wurden aktuelle innovative Ansätze aus der kommunalen Praxis in deutschsprachigen Ländern vor-

3 *Bundestiftung Baukultur*, Baukulturbericht 2018/19: Erbe – Bestand – Zukunft, Potsdam 2018.

4 Ein Teil der Beiträge auf der Hamburger Tagung sind publiziert in: *Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung* (Hrsg.), Stadt denken 2, Berlin 2018: D. Tille, Die Stadt. Kulturleistung im Spannungsfeld von Erhalt und Entwickeln, S. 109 -118; J. Weber, Baukulturerbe und städtische Entwicklungsdynamik vor Ort, S. 121-126 und M. Ripp, Baukulturelles Erbe als Ressource für nachhaltige städtische Entwicklung, S. 129-137. Weitere Veröffentlichungen sind vorgesehen in: *Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung* (Hrsg.), Stadt denken 3, Berlin 2019 (im Erscheinen).

gestellt; zum anderen wurde den wichtigsten Städtevereinigungen, die seit langem dem Erhalt der historischen Stadt verpflichtet sind, eine Plattform gegeben, sich – illustriert an Beispielen – vorzustellen und zu positionieren.

Die Indizien für den Bedeutungsverlust des städtebaulichen Denkmalschutzes sind zahlreich; um nur einige zu nennen: In den Klein- und Mittelzentren der strukturschwachen Regionen im Osten wie im Westen, viele davon mit bereits *sanierten historischen Stadtkernen*, nimmt vor allem die Schwächung des Einzelhandels inzwischen bedrohliche Ausmaße an. Unternutzung, Leerstand und bauliche Vernachlässigung prägen wieder vielfach das Bild. Des Weiteren ist ein unachtsamerer Umgang mit dem *historischen Industriebaubestand* zu beobachten. Die Vorbildwirkungen der einschlägigen IBA Emscher Park-Projekte sind inzwischen weitgehend verpufft. Hier muss es vor allem darum gehen, dass die oft außerordentlichen, wenngleich nicht sofort erkennbaren Potenziale dieser Bestände auch für neue Programme und Nutzungen erfasst und in Zukunftsstrategien einbezogen werden. Und es gibt immer noch wenig Verständnis in Stadtpolitik und Stadtgesellschaft in Fragen des Denkmalschutzes für den *Gebäudebestand der Nachkriegsmoderne*; dies gilt für Klein- und Mittelstädte allemal. Hier steht der Denkmalschutz oft allein und hat einen schweren Stand. Übergreifend muss das Verhältnis zwischen dem städtebaulichen Denkmalschutz einerseits und Beteiligung und Aktivierung der Bürgergesellschaft andererseits neu justiert und zum wechselseitigen Vorteil stärker aufeinander bezogen werden.

Divergierende Interessen, unterschiedliche Wertorientierungen, aber auch Synergien zwischen einer wachstumsorientierten Stadtpolitik, sozialer Quartierentwicklung und Baukultur müssen stets neu austariert werden. Eingefahrene Routinen und institutionelle Verfestigungen sind immer wieder in Frage zu stellen; neue Ansätze der Kooperation, des Interessensabgleichs und der Synergie sind gesucht. Wie kann sich der städtebauliche Denkmalschutz neu orientieren, um wieder stärker zu werden? Wie kann sich aber auch umgekehrt die Stadtpolitik mit Blick auf die Potenziale des städtebaulichen Denkmalschutzes stärker öffnen? Um diese Frage kreisten Diskussionen auf der Rostocker Tagung und damit befassen sich auch die meisten Beiträge in diesem Heft, bei denen es sich um überarbeitete Fassungen von Vorträgen auf der Tagung handelt.

Hathumar Drost nimmt das Praxisfeld Europäische Stadt aus übergeordneter Perspektive in den Blick und betrachtet vorrangig die kommunale Ebene. Hier entscheidet sich im Abgleich der von Max Weber postulierten Elemente Autonomie, Autarkie und Selbstverwaltung der Umgang mit dem bauhistorischen Erbe. Die gute konjunkturelle Lage verbunden mit einer anhaltenden Niedrigzinsphase ist eine besondere und neue Herausforderung für städtische Verantwortungsträger

und gleichzeitig eine besondere Chance der Gestaltung. Der durch einen Kongress des Bundesbauministeriums in diesen Kontext eingeführte Begriff der Zeitschichten fügt dem Handlungsansatz der integrierten Stadtentwicklung ein wichtiges Element hinzu. Die sich daraus ergebenden Ansprüche, Anforderungen, Möglichkeiten und Grenzen werden als Einführung für die nachfolgenden Beiträge grob skizziert.

In seinem Rückblick auf 150 Jahre Planungsgeschichte der Altstädte in Europa arbeitet *Harald Bodenschatz* heraus, dass dynamische Stadtentwicklung von Beginn mit zerstörenden Eingriffen in historische Bausubstanz einherging. Der Pariser Stadtumbau durch Haussmann ist hier nur das bekannteste Beispiel aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Gleichzeitig wird deutlich, dass um die Jahrhundertwende aus der jungen Fachdisziplin des Städtebaus selbst heraus erste starke Stimmen nicht nur in Deutschland laut wurden, die den hohen baukulturellen Wert der Altstädte betonten und für ihren Erhalt eintraten. Für die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen stellt der Artikel ein breites Spektrum des städtebaulichen Umgangs mit Altstädten in Europa vor; es reicht von der historischen Rekonstruktion der im Ersten Weltkrieg zerstörten flandrischen Stadt Ypern bis zur „Translozierung historischer Bauten“ in Moskau, die der Verbreiterung großer Ausfallstraßen im Weg standen und so erhalten blieben. Dabei erstaunt die große Zahl hier wenig bekannter Beispiele der Altstadterneuerung und -rekonstruktion, insbesondere in den Mittelmeerländern in dieser Epoche, auf die der Beitrag aufmerksam macht. Erinnert wird an die grundsätzliche Debatte nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Ost und West zur Frage über das Ob und Wie des Wiederaufbaus der zerbombten Altstädte. Bekanntlich waren die Konzepte einer Rekonstruktion wie in Freiburg, Münster oder Freudenstadt in der deutlichen Minderheit gegenüber einem modernen Wiederaufbau, der sich an den zeitgenössischen Prinzipien des Städtebaus und der Verkehrsplanung orientierte, nicht nur in Deutschland, sondern auch in kriegszerstörten Städten der Nachbarländer. Am Beispiel Bad Godesberg wird gezeigt, dass sie auch Pate standen bei der Sanierung von Altstädten, die den Krieg unbeschadet überstanden hatten. Dieser ruppige Umgang mit der historischen Substanz fand europaweit erst Anfang der 1970er Jahre, vor allem durch Bürgerproteste und eine neue Generation von Stadtplanern, ein Ende. Die Altstadterneuerung in Bologna war eines der international ausstrahlenden Referenzprojekte für die Erhaltende Erneuerung, die seitdem als Teil integrierter Stadtentwicklung Platz griff.

Einen ähnlichen historischen Bogen mit dem Fokus auf deutsche Städte schlagen *Markus Harzenetter* und *Anna Hitthaler* aus der Perspektive der städtebaulichen Denkmalpflege. Sie fragen, „mit welchen Begründungen zu welchen Zeiten und mit welchen Zielen Eingriffe und Überformungen historischer Ortskerne stattgefunden haben und welche Argumente und Strategien für einen achtsameren Umgang

mit dem Bestand entwickelt worden sind.“ Dies zeigen sie für den Zeitraum von ca. hundert Jahren vom letzten Quartal des 19. Jahrhunderts bis zum Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 an ausgewählten Beispielen deutscher Großstädte – vom durch Industrialisierung und ungesteuerter Urbanisierung komplett überformten historischen Kern der Stadt Essen bis zu den ersten Modellvorhaben der Altstadterneuerung in Regensburg, die seit den späten 1950er Jahren als wichtiges Experimentierfeld auf der Suche nach ersten Konzepten der städtebaulichen Denkmalpflege gelten können. An den Städten Kassel und Jena werden exemplarisch die Brüche und Diskontinuitäten im Umgang mit der Altstadt im 20. Jahrhundert illustriert. Dieser historische Rückblick mündet in dem Appell, das „mühsam errungene Niveau des städtebaulichen Denkmalschutzes täglich aufs Neue zu verteidigen.“

Nach Jahren der Stagnation hat die Hansestadt Bremen am gegenwärtigen Wachstumsboom teil. Davon legen nicht nur auch die ambitionierten großformatigen Stadtumbauvorhaben wie die Überseestadt Zeugnis ab, die sich schneller und dynamischer entwickeln als Stadtpolitik und Planung sich zuvor haben vorstellen können. Es zeigt sich auch in vielen privaten Einzelbauvorhaben und städtischen Aufwertungen des öffentlichen Raums in den zentralen Lagen und insbesondere entlang den stadtbildprägenden Uferlinien. Am Beispiel ihrer Stadt legt die Bremer Baudirektorin *Iris Reuther* für aktuelle städtebauliche Vorhaben dar, auf wie unterschiedliche Weise hier der „Bezug zu den historischen Referenzen“ gesucht wird. Je nach Lage des Projekts und Wertigkeit des Bestands wird ein eigener Weg gefunden, um die reichen und wertvollen bauhistorischen Hinterlassenschaften der Hansestadt offensiv als Ressource zu nutzen. Als besonders wichtig für den Erfolg arbeitet sie zweierlei heraus: die Einbettung der Einzelvorhaben in übergreifende Stadt(-teil)entwicklungskonzepte, die mit allen wichtigen Akteuren einschließlich der Denkmalbehörden abgestimmt sind, und die Einbeziehung der Bürger in die Entscheidungsprozesse.

In einer eher defensiven Situation sieht sich die Denkmalpflege in einer Stadt wie Stuttgart, die seit je kaum etwas anderes kennt als dynamisches Wachstum. Nicht nur Stadtpolitik und kommunale Planung, auch viele Bürger tun sich schwer, in den spärlichen baulichen Beständen, die die Bombenangriffe und den autoorientierten Wiederaufbau überstanden haben, eine schützenswerte Ressource zu sehen. Gerade der Umbau der Citylagen hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten enorm beschleunigt und droht die wenigen geschützten Bestände im Stadtkern zu überformen. An ausgewählten Projekten der jüngeren Zeit illustriert *Ellen Pietrus*, wie die untere Denkmalschutzbehörde mit hohem Engagement, aber begrenzten rechtlichen und politischen Mitteln versucht, die Belange des Denkmalschutzes auch in solchen innerstädtischen Einzelhandelsprojekten zu verankern, die unter dem enormen Investitionsdruck großer Konzerne stehen – mit wechselndem Erfolg, wie

sich in den dargestellten Beispielen eindrucksvoll zeigt. Die Autorin betont ebenfalls, dass es solange keine Alternative zu diesem „Abwehrkampf“ der Denkmalpflege auf der Ebene des Einzelobjekts gibt, wie es nicht gelingt, die Erfordernisse des städtebaulichen Denkmalschutzes zu einem unbestrittenen Bestandteil städtischer Entwicklungsstrategien auf allen Maßstabsebenen zu machen.

Das Kulturerbejahr 2019 ECHY hat mehrere Organisationen einander näher gebracht, die wie Forum Stadt e.V. sich im deutschsprachigen Raum seit vielen Jahren für die Belange des städtebaulichen Denkmalschutzes einsetzen und regional, national und auch international aktiv sind. In der Rubrik „Forum“ stellen sie sich, ihre Ziele und ihre Handlungsschwerpunkte vor: das Internationale Städteforum Graz – ISG (*Beitrag Hansjörg Luser*), die Arbeitsgemeinschaft Historische Stadt- und Ortskerne in Nordrhein-Westfalen (*Beitrag Angela Koch*) und die Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg (*Beitrag Claudia Mucha*). Angesichts der aktuellen Herausforderungen für den städtebaulichen Denkmalschutz besteht weitgehend Einigkeit, dass eine engere Zusammenarbeit und eine Bündelung der Kräfte helfen würden, die Position des städtebaulichen Denkmalschutzes in der Öffentlichkeit zu stärken.

Eine erste gemeinsame Initiative im Rahmen des ECHY 2018 zu einem *Weißbuch Kulturgut Europäische Stadt* war noch nicht erfolgreich; sie sollte weiter verfolgt werden. In diesem konsequent aus der kommunalen Perspektive zu entwickelnden Weißbuch zur städtebaulichen Denkmalpflege sollten das breit gestreute Wissen und die umfangreichen Erfahrungen im Umgang mit dem bauhistorischen Erbe der europäischen Stadt zusammengeführt und neue Ansätze für das Zusammenwirken von Stadtplanung und Denkmalpflege in historischen Stadtquartieren dokumentiert und zu Empfehlungen für die kommunale Handlungspraxis verdichtet werden.

Esslingen/Potsdam, April 2019
Johann Jessen, Hathumar Drost

Praxisfeld Europäische Stadt

In der aktuellen Wahrnehmung vollziehen sich städtische Veränderungsprozesse in einem rasanten Tempo, das Experten aus Forschung und Wissenschaft, Praktiker auf der kommunalen Ebene, aber auch Bewohner, Nutzer und Besucher gleichermaßen fordert. Hier ist – und das war die Grundintention der Tagung in Rostock¹ – ein Innehalten angebracht, um über unser heutiges Verhältnis zu historischen Stadtquartieren nachzudenken, den Versuch einer Einordnung unseres heutigen Handelns in den herrschenden Zeitgeist vorzunehmen und ein wenig vorauszudenken.

1. Die Europäische Stadt

Die Europäische Stadt wird als gemeinschaftlich gestaltete Lebenswelt verstanden, deren Ursprünge im Hochmittelalter liegen. Zu dieser Zeit waren die Städte die Orte, an denen sich wichtige Innovationen, die bis heute unsere Kultur und unser Alltagsleben prägen, vollzogen haben. Mit dem Stadtrecht bildete sich das Bürgertum heraus, das verschiedene Ämter schuf und diese durch Wahlen personell besetzte. Handel und Handwerk konnten sich in diesen rechtssicheren Räumen blendend entwickeln. Bildung, Kunst, Kultur und Kommunikation entfalteten sich in den jungen Städten. Städtebaulich wird unter der Europäischen Stadt unstrittig das Gefüge der historischen Altstädte gesehen, kurz all das, was wir mit dem Zusammenspiel von Rathaus, Kirche, Marktplatz und den diese umgebenden Gebäuden, Straßen und Gassen verbinden. Eine erweiterte Sicht reflektiert die sich im Laufe der Jahrhunderte vollziehenden baulich-räumlichen Veränderungen und stellt das Zusammenspiel von bis heute ablesbaren Zeitschichten in den Mittelpunkt. Die Europäische Stadt wird damit zum Gegenstand von integrierten Stadtentwicklungsprozessen, was 2007 in der Leipzig-Charta zur nachhaltigen Stadtentwicklung seinen Niederschlag fand.

1 Internationale Städtetagung „Praxisfeld historische Städte. Entwickeln – kooperieren – umsetzen“, veranstaltet von Forum Stadt e. V. und der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V., DASL vom 19.-21. April 2018 in Rostock.

Inzwischen ist die Europäische Stadt so zunehmend als Marke profiliert worden, wobei kaum eine abschließende Definition und damit ein einheitliches Verständnis zugrunde liegt. Die fachliche Annäherung an die Europäische Stadt erfolgt wahlweise aus historischer, städtebaulicher, kultureller, gesellschaftspolitischer oder soziologischer Sicht. Allen Sichtweisen ist das Herausstellen von Werten gemeinsam, die der Europäischen Stadt zuzuordnen sind. Das Bundesbauministerium hat die Europäische Stadt schon 2008 auf die Agenda gesetzt, 2011 und 2016 zwei wegweisende internationale Kongresse ausgerichtet, und im Europäischen Kulturerbejahr 2018 wurde die Europäische Stadt als ein Themenschwerpunkt der nationalen Beteiligung Deutschlands fokussiert.

2. Hohe Entwicklungsdynamik als Herausforderung

Die derzeitigen Rahmenbedingungen für die Entwicklung unserer Städte und damit für den Umgang mit dem bauhistorischen Erbe der Städte d. h. mit dem sich in Stadtstrukturen, Gebäuden und dem öffentlichen Raum manifestierenden Bestand – sind außerordentlich vielschichtig. Drei wesentliche Faktoren sind ausschlaggebend für die aktuelle Entwicklungsdynamik und haben mittelbaren und unmittelbaren Einfluss auf den Alltag in den Bau- und Planungsbehörden unserer Städte und Gemeinden: ein bislang ungebremsster immobilienwirtschaftlicher Boom, die anhaltend gute konjunkturelle Lage und gesamtgesellschaftlich bedeutende Transformationsprozesse von hoher Geschwindigkeit.

Immobilien gelten in unserer Zeit der finanzwirtschaftlichen Verunsicherung als krisensichere Anlage, die inflationsbedingte Wertverluste ausgleicht und mit der sich im besten Fall gute Renditen erzielen lassen. Viele Jahre setzten sich die „Anleger“ aus in der beruflichen Selbstständigkeit verorteten, unternehmerisch aktiven Individuen wie Handwerkern, Ärzten etc. zusammen, die als Privatpersonen oder in unterschiedlichen Rechtsformen Bestandsimmobilien erworben, saniert und vermietet haben.

Für größere Vorhaben zeichneten institutionelle Anleger unterschiedlicher Größenordnung verantwortlich. Die städtischen Bau- und Planungsämter kannten ihre „Investoren“ meist, und so konnten im Planungsalltag passende Lösungen ausgehandelt werden. Dem jeweiligen Zeitgeist geschuldet sind auch unter diesen Bedingungen in den 1960er bis 1990er Jahren Vorhaben entstanden, deren baukulturelle Qualität heute kritisch gesehen wird. Nach einer Phase gebremster Investitionsbereitschaft der 2000er Jahre erleben wir, mit gefühlt stetig zunehmender Beschleunigung, seit knapp zehn Jahren, eine Ausweitung der Planungen, Projekte, Käufe und Verkäufe. Die Unterscheidung in spekulative und ernstgemeinte Investitionsvorhaben wird schwieriger, und der Anteil der nicht mit dem jeweili-

gen Ort verbundenen Projektentwickler und Immobilienunternehmen wird größer. Privat finanzierte Bautätigkeiten haben tatsächlich erheblich zugenommen, und Bauunternehmen aber auch Handwerksbetriebe jeder Größe sind in der eigenen Stadt und Region gut ausgelastet. Die weiterhin guten Konjunkturaussichten und die Möglichkeit, höhere Miet- und Verkaufspreise zu erzielen, beflügeln die Branche. Auch wenn sich inzwischen die mahnenden Hinweise auf das Auf und Ab in der Immobilienwirtschaft, auf den sogenannten „Schweinezyklus“, mehren, ist der Boom noch ungebremst.

Die anhaltend gute konjunkturelle Lage füllt die Kassen – auch und gerade der öffentlichen Hand. Kommunen haben die Wahl zwischen einer Vielzahl staatlicher Zuwendungen für öffentliche Bauvorhaben, so dass über viele Jahre aufgeschobene Projekte möglich werden. Verwaltungsbauten werden neu errichtet, öffentliche Infrastruktureinrichtungen saniert, erweitert und neu gebaut, sozio-kulturelle Projekte in auch aktuell noch schwer zu vermarktenden Bestandsimmobilien auf den Weg gebracht, und im öffentlichen Raum werden lange überfällige Erneuerungen, Umbauten und Neugestaltungen möglich. Die Bau- und Planungsverwaltungen stehen unter einem immens hohen Druck. Die Zahl der Bauanträge ist erheblich gestiegen, öffentliche Baumaßnahmen müssen vorbereitet, ausgeschrieben, in der Durchführung gesteuert und abgenommen werden, und angesichts des gerade in Ballungsräumen drastischen Anstiegs der Wohnkosten werden die Rufe nach Regulierung auf kommunaler Ebene immer lauter. Doch auch in den kommunalen Verwaltungen ist der Fachkräftemangel deutlich spürbar. Hier liefern sich die Städte mit der Privatwirtschaft, aber regional auch untereinander einen erbitterten Wettbewerb um die besten Köpfe. Berufsanfänger haben nie gekannte Einstiegschancen und wechseln nach kurzer Zeit Positionen und Bereiche, um in den Genuss einer besseren Bezahlung und/oder eines inhaltlich anspruchsvolleren Aufgabenbereichs zu kommen.

Wir befinden uns in einer gesellschaftlichen Umbruchsituation. Die Industriegesellschaft entwickelt sich zur Wissensgesellschaft, und die dreidimensionale Realität der Städte wird ergänzt durch virtuelle Bewegungs- und Begegnungsräume, in denen Position und Rolle des Einzelnen nicht mehr eindeutig bestimmt werden können. Der Klimawandel wird zu einem Anstieg der Wärmebelastung im städtischen Raum führen. Mit der Digitalisierung wandeln sich derzeit Produktionsprozesse, Handel und Kommunikation grundlegend, und neue Formen der Fortbewegung beginnen die urbane Mobilität zu verändern. Ob aus beruflichen oder privaten Gründen – Notwendigkeit und Bereitschaft für einen Wohnortwechsel erhöhen sich fortlaufend. Neben der Zuwanderung ist dies eine wesentliche Ursache für eine stetige Veränderung von Stadtgesellschaften. Über Jahrzehnte gewonnene Gewissheiten stehen in Frage und fordern von Stadtpolitik, Stadtverwal-

tung und allen Bewohnern Offenheit, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Diesen Unwägbarkeiten der künftigen Entwicklung stehen immer sehr konkrete Entscheidungs- und Handlungsbedarfe auf der kommunalen Ebene gegenüber.

Zunächst haben Stadtplaner und Stadtentwickler in den vergangenen Jahren durchaus dankbar auf die neue Entwicklungsdynamik reagiert. Davor war ihr Arbeitsalltag von der intensiven Auseinandersetzung mit prognostizierten und tatsächlichen Bevölkerungsrückgängen, der Zunahme älterer Menschen, dem Strukturwandel und damit verbundenen Arbeitsplatzverlusten und Abwanderungen bestimmt. Die Tätigkeiten der Profession konzentrierten sich auf das Management von knappen öffentlichen Mitteln und das Auffangen von Enttäuschungen in Politik und Bevölkerung. Mit der erstarkenden Konjunktur ging ein Aufatmen durch Baubehörden, Planungsbüros und Immobilienunternehmen. Endlich konnte wieder zukunftsgerichtet und wachstumsorientiert gedacht, geplant, gestaltet und entwickelt werden.

Mit dem steigenden Steueraufkommen hat das öffentliche Bauen Auftrieb erhalten. Dringend notwendige Erhaltungs- und Sanierungsaufgaben in der öffentlichen Infrastruktur können nun angegangen werden und öffentlich finanzierte Neubauvorhaben stehen aller Orten auf den Tagesordnungen von Bauausschüssen und Stadtvertretungen. Denkmalschützer sehen sich aktuell besonders stark verpflichtet, standhaft zu bleiben, um den im Zuge dieser Dynamik drohenden Verlusten etwas entgegenzusetzen. Historisch geschützte Stadtanlagen sollen nicht zum Standort für Nutzungen mit Raumbedarfen werden, die Stadtbild und Stadtstruktur beeinträchtigen und verändern. Das gilt für Lebensmitteldiscounter in Kleinstädten genauso wie für Shopping-Malls in Altstädten mit überregionaler Ausstrahlung. Mancherorts führt das zur Verhärtung von Positionen, was nicht selten zu wenig qualitätsvollen Kompromissen führt. Auf der anderen Seite hat dies – gerade im Bereich der städtebaulichen Denkmalpflege – Diskurse beflügelt, die die Bedeutung und den Wert des bauhistorischen Erbes für die Bauwirtschaft, für Tourismus und Besuchergewinnung und für kulturelle Identität in ihrem Zusammenspiel konstruktiv beleuchten.

Der Handlungsansatz der städtebaulichen Denkmalpflege, der sich als ganzheitliche Sicht auf Gebautes und Schützenswertes, auf Strukturen und Gebäude, auf Geschichte und Identität versteht, wird seit fast drei Jahrzehnten durch die Städtebauförderstrategie *Städtebaulicher Denkmalschutz* unterstützt. Seit 28 Jahren fester Bestandteil der Städtebauförderung und einst zur Rettung historischer Stadtkerne in den östlichen Ländern aufgelegt, liegt der heutige Fokus des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz neben den Altstädten auf Siedlungen und Stadträumen der 1920er bis 1970er Jahre und der Industriekultur. Mit der Breite der Förderkulturen wird deutlich, dass sich der bewahrenswert gebaute Bestand aus heutiger

Sicht aus der Vielfalt des bauhistorischen Erbes unterschiedlicher Zeitschichten zusammensetzt.²

3. Ansätze für eine pragmatische Handlungspraxis

Die skizzierte Dynamik erfordert mehr denn je ein enges Zusammenspiel von Städtebauern, Stadtplanern, Stadtentwicklern, Architekten, Denkmalschützern und Denkmalpflegern im Umgang mit der Europäischen Stadt. Gemeinsam setzen die Akteure in diesen Arbeitsfeldern den Rahmen für das jeweils konkrete Umbauen und Weiterbauen in unseren Städten. Dabei gilt es zwei grundsätzliche Aufgabenbereiche in den Blick zu nehmen: die chancenorientierte Erhaltung, Inwertsetzung und Erneuerung der vorhandenen Zeitschichten sowie das qualitätsvolle, selbstbewusste und zeitgemäße Hinzufügen neuer Zeitschichten.

Der vorhandene Bestand aus unterschiedlichen Zeitschichten erfährt stetig Veränderungen, und wir haben bei der derzeitigen Entwicklungsdynamik vermehrt Substanzverluste zu verzeichnen. Sofern diese Verluste auch von ideellem Wert für die Bevölkerung sind, erfolgt geradezu reflexartig der Ruf nach der institutionalisierten Denkmalpflege. Doch nur etwa 3% des Gebäudebestandes in Deutschland sind Denkmale, aber für einen erheblichen Anteil des Gebäudebestandes ist ein genereller Erhaltungswert zu konstatieren. Es gibt allerdings keine verlässlichen Angaben zum baulichen Zustand dieser erhaltenswerten Bausubstanz. Es ist zudem schwer zu erkennen, welche Verluste möglicherweise durch Abgang von Gebäuden drohen, weil sich Vieles hinter den Kulissen des ersten Eindrucks vollzieht. In Städten aller Regionen in Deutschland gibt es Gebäudebestände, die dringend einer umfassenden Erneuerung bedürfen. Auch wenn im Erdgeschoss Einzelhandel und Gastronomie städtisches Leben entfalten, sind Dächer oftmals einsturzgefährdet, Obergeschosse ungenutzt, und rückwärtige Gebäudeteile benötigen eine Notsicherung. In zahlreichen Siedlungen entsprechen die Wohnverhältnisse nicht mehr zeitgemäßen Anforderungen, aber sie bestimmen das Stadtbild maßgeblich und werden doch aus wirtschaftlichen Gründen zur Disposition gestellt. Substanzbezogene Handlungsbedarfe bestehen in besonderem Maße in Regionen, die von Abwanderung geprägt sind und deren Wirtschaftskraft nicht ausreicht, um aus sich heraus die Bestandserhaltung zu sichern. Dieselben Handlungsbedarfe finden sich aber auch in Altstädten, erhaltenswerten Siedlungen und Stadtquartieren in

2 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hrsg.), Stadt als Ressource – Entwicklung aus dem Bestand. Positionspapier der Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz, Bonn/Berlin 2018; online: www.staedtebaufoerderung.info [15.02.2019].

Wachstumsräumen. Was bisher fehlt, sind übertragbare Bestandsaufnahmen und sorgfältige Analysen.

Die Kernfrage ist dabei, mit welchen Ansprüchen den nicht dezidiert denkmalgeschützten gleichwohl aber erhaltenswerten Beständen gegenüber getreten werden soll. Unstrittig ist, dass die Denkmalpflege mit historischer Fachkenntnis und Erfahrungswissen hier inhaltlich unterstützen kann, dass aber die kommunalen Bau- und Planungsämter die Verantwortung für den Umgang im Konkreten tragen. In einem ersten Schritt gilt es, die besonders erhaltenswerte Bausubstanz in der jeweiligen Stadt bzw. Gemeinde zu erkennen und zu erfassen. Hier bietet es sich an, im Ausschlussverfahren vorzugehen, d. h. zunächst Bereiche zu kartieren, für die über den Denkmalschutz oder Instrumentarien des Städtebaurechts, z. B. Sanierungssatzungen oder Erhaltungssatzungen, bereits rechtsverbindliche Regelungen gegeben sind. In einem zweiten Schritt können Bereiche mit offensichtlich bestandsgeprägten Qualitäten, sogenannte Empfindlichkeitsbereiche definiert werden. Eine weitere Kategorie umfasst potenzielle Empfindlichkeitsbereiche, die im Zuge weiterer Untersuchungen einer näheren fachlichen Betrachtung zu unterziehen sind.³ Im Rahmen eines durch das Bundesbauministerium initiierten Praxistestes werden aktuell unterschiedliche kommunale Herangehensweisen im Erkennen und Erfassen besonders erhaltenswerter Bausubstanz untersucht.

Da beispielsweise im Wohnungsbau im Jahr 2017 etwa zwei Drittel der Bauleistungen in den Bestand geflossen sind⁴ und die Bestandserhaltung einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet, ist der hochaktuelle Ruf nach einer bestandsorientierten Umbaukultur für unterschiedliche bauliche Zeitschichten mit Leben zu füllen. Die für den Bestand gültigen Qualitätsansprüche bilden den Maßstab für neue Zeitschichten und bieten so die Möglichkeit, den Städten Gebautes in den Ausdrucksformen der heutigen Zeit hinzuzufügen. Dabei gilt es, die Städte als Ganzes, mit ihren anzupassenden Strukturen und Gebäuden, im Blick zu haben. Zeitgemäße Mobilität, Barrierefreiheit, lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe, Möglichkeitsräume für Initiativen und Existenzgründer, Raum für soziale Aktivitäten und kulturelle Vielfalt sind hierfür wichtige Stichworte. Zahlreiche Planungsvorhaben und Projekte in deutschen Städten machen deutlich, welche Möglichkeiten wir heute haben, „unsere“ Zeitschicht in das Gefüge der Europäischen Stadt einzubringen. Öffentliche Gebäude, wie beispielsweise Museen und Bildungsbau-

3 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.), Die besonders erhaltenswerte Bausubstanz in der integrierten Stadtentwicklung. Erkennen – Erfassen – Entwicklung. Kommunale Arbeitshilfe Baukultur, Bonn/Berlin 2014, S. 18-20.

4 Bundestiftung Baukultur (Hrsg.), Baukulturbericht Erbe-Bestand-Zukunft 2018/19. Verhältnis von Bauleistungen an bestehenden Gebäuden und Neubau im Wohnungsbau 2017 (Grafik), Berlin 2018, S. 7.

ten, werden neu errichtet und innerstädtische Brachflächen neuen Nutzungen zugeführt. Im besten Fall wird jeweils im Wettbewerbsverfahren eine gute Lösung gefunden. Vielerorts entstehen neue Stadtteile, deren Städtebau und Architektursprache wenig abwechslungsreich den aktuellen Zeitgeist widerspiegeln. Welche Qualitäten der Europäischen Stadt sollten aber wichtig sein, wenn unseren Städten neue bauliche Zeitschichten hinzugefügt werden? Ein sorgfältig komponiertes Zusammenspiel von Dichte und einer gelungenen Mischung von Stadtfunktionen ermöglicht zeitgemäße Urbanität, die durch unterschiedliche Architektursprachen ihre stadtindividuelle Ausdrucksform gewinnt. Da wir zudem gefordert sind, städtische Mobilität neu zu denken und umzusetzen, kann der Rückgriff auf vergessene Qualitäten der Europäischen Stadt den Weg weisen: Die fußläufige Erreichbarkeit städtischer Ziele und die auf Belange des Fußgängers ausgerichtete Gestaltung öffentlicher und halböffentlicher Räume könnten als Maßstab und Qualitätskriterium überraschende Neuinterpretationen städtischer Bewegung generieren. Städtebauliche Dichte, Fußläufigkeit und vielfältige Nutzungen könnten wir als Grundelemente der Europäischen Stadt wiederbeleben und bei Entwicklungsvorhaben zur gebauten Realität werden lassen.

Angesichts des offensichtlichen Fachkräftemangels ist eine Verständigung auf klare, pragmatische Lösungen beim Umgang mit vorhandenen Zeitschichten und beim Hinzufügen neuer Zeitschichten unerlässlich. Die Rahmensetzungen müssen jeweils fachlich fundiert sein – hier werden Fachleute benötigt, die die unterschiedlichen Aspekte der städtebaulichen Denkmalpflege kennen und in der Lage sind, stadtindividuell und ortsbezogen Entwicklungsperspektiven und unmissverständlich Grenzen aufzuzeigen. Für die Ausgestaltung der Zukunft der Städte werden neben diesen Rahmensetzungen die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerschaft und deren Bereitschaft zur aktiven Verantwortungsübernahme entscheidend sein. Es sind daher neue Formen des Stadtmanagements gefordert, die externe Fachkompetenz, Investitionsinteressen privater Bauherren und aus der Stadtgesellschaft formulierte Bedarfe zielgerichtet zusammenführen. Besondere Bedeutung haben dabei Bündnisse und Partnerschaften, die auf eine Erhaltung und Inwertsetzung des baukulturellen Erbes ausgerichtet sind.

Unverzichtbar ist die Städtebauförderung, die auch die Rahmenbedingungen für Investitionen Dritter verbessert. Gerade bauhistorisch wertvolle Gebäude brauchen Eigentümer, die langfristige Renditeerwartungen verfolgen. Diese benötigen fachkundige Unterstützung, Beratung und, wo sich die Investition nicht rechnet, auch finanzielle Unterstützung. Hier sind Bund und Länder gleichermaßen gefordert zu überprüfen, ob die bisherigen Anstrengungen ausreichen oder ob Investitionshemmnisse wirksam abgebaut werden können, wenn die finanzielle Unterstützung privater Maßnahmen verbessert wird. Mit der entsprechenden För-

derung investieren wir gemeinsam in baukulturelle Werte, die unverzichtbarer Teil des Zusammenhaltes unseres Gemeinwesens sind. Die Qualität unseres Umgangs mit vorhandener Bausubstanz formuliert gleichzeitig unsere Erwartungshaltung an die städtebauliche und gestalterische Qualität von Neubauten. Die Umsetzungspraxis auf der kommunalen Ebene entscheidet langfristig über den Erfolg. Eine Stadtspitze, die mit klaren Grundsätzen, Besonnenheit und langem Atem bauhistorisch und baukulturell wertvolle Bestände in ihrer Stadt in den Blick nimmt und von einer fachlich kompetenten Verwaltung unterstützt wird, kann eine Menge bewegen. Das muss jedoch immer mit und darf niemals gegen die Bürger und die Stadtgesellschaft erfolgen. Die Vielfalt der Meinungen ist meist sehr breit; umso wichtiger sind daher klare Verfahren, gut strukturierte Prozesse und eine fortlaufende gute Vermittlung. Die konsequente Anwendung von Rechtsinstrumenten darf dabei nicht in den Hintergrund rücken. Das Baugesetzbuch (BauGB) mit dem besonderen Städtebaurecht bietet anwendungserprobte Möglichkeiten, um mit unterschiedlichsten Ausgangssituationen und Herausforderungen umzugehen. „Entwickeln, kooperieren und umsetzen“ – der Titel der Rostocker Tagung ist ein erfolgsversprechender Dreiklang zum chancenorientierten Umgang mit der historischen Stadt und ihren Zeitschichten.

Abbruch und Erhalt

150 Jahre Planungsgeschichte der europäischen Altstadt

150 Jahre Planungsgeschichte der europäischen Altstadt – das ist wirklich eine Herausforderung! Meine Antwort darauf ist zunächst eine Periodisierung nach Akteuren und Planungszielen, um die jeweils dominanten Motive wie Umstände zu klären, die zu Abrissen oder Erhaltungsmaßnahmen geführt haben. Allerdings bleibt festzuhalten, dass die Grundlagen für einen systematischen Überblick noch fehlen, es gibt erst Fragmente einer Planungsgeschichte der europäischen Altstadt-erneuerung. Ich werde mich daher auf die größeren Städte konzentrieren müssen, denn diese waren es zumeist, die Beachtung fanden und auch als Vorbild dienten. Insofern ist dieser Text nur ein kleiner planungsgeschichtlicher Schritt.¹

1. Altstadtumbau vor dem Ersten Weltkrieg

Ausgangspunkt meines Überblicks ist die Zeit um 1860, als sich mit großen Plänen eine neue Ära des Städtebaus ankündigte, Plänen, die die Chronisten der Stadtplanung bis heute begeistern oder erschrecken und die die betroffenen Städte gründlich in Bewegung gebracht haben und bis heute prägen. Bereits seit 1852 wurde Paris neu aufgestellt, seit 1858 erhielt Wien seinen Ring, seit 1859 wurde Barcelona gewaltig erweitert und 1862 erhielt die Hauptstadt Preußens den höchst umstrittenen Hobrecht-Plan. All diese Pläne zielten auf eine neue Stadt, die von neuen Akteuren entwickelt wurde, die für neue soziale Schichten gedacht waren, die den alten absolutistischen Städtebau de facto verabschiedeten. Was aber sollte mit den alten, überkommenen, vorindustriellen Städten geschehen? Die Pläne für Berlin, Barcelona und Wien boten auf diese Frage allenfalls eine indirekte Antwort. Sie sparten die historischen Städte mehr oder minder aus, die durch die geplanten

1 Es gibt bereits neuere Arbeiten, die dieses Forschungsfeld periodenübergreifend bereichern, vgl. etwa D. Cutolo/S. Pace, *La scoperta della città antica. Esperienza e conoscenza del centro storico nell'Europa del Novecento*, Macerata 2016. Vgl. weiter die bereits ältere, vorbildliche Längsschnittuntersuchung zu Berlin: B. Goebel, *Der Umbau Alt-Berlins zum modernen Stadtzentrum. Planungs-, Bau- und Besitzgeschichte des historischen Berliner Stadtkerns im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 2003.



Abb. 1: Modell Paris: radikal neue Räume in der alten Stadt, 1863. Der übertrieben breit dargestellte neue Boulevard Richard Lenoir bot eine Bühne für neue privilegierte soziale Schichten. Hinter dem Boulevard existierte die alte Stadt fort; Quelle: L. Benevolo, *Storia della Città*, Roma / Bari 1976, S. 790.

Erweiterungen ja erst zu Altstädten wurden. Sie ermöglichten aber neue Wohnlagen, mit denen die Wohnlagen der Altstadt nicht mehr konkurrieren konnten, sie schufen damit wichtige Voraussetzungen für den Exodus begüterter sozialer Schichten aus der Altstadt.

1.1. *Modell Paris*

Nur in Paris wurde der Umbau der vorindustriellen Stadt nicht nur geplant, sondern flächendeckend in einer atemberaubenden Art und Weise auch umgesetzt: durch eine Fülle von Straßendurchbrüchen kreuz und quer durch die Stadt.² Allein unter dem diktatorischen Regime Napoleon III. war es möglich, die alte, historische Stadt radikal in Frage zu stellen. Denn dafür brauchte es nicht nur ein Enteignungsrecht, sondern auch politische Verhältnisse, die es ermöglichten, dieses Recht in großem Maßstab anzuwenden. Finanziert wurden die Straßendurchbrüche durch ein modernes Geschäftsmodell – durch die Abschöpfung der Bodenwertzuwächse, die den Planungen geschuldet waren.

2 Zum Fall Paris liegen zahllose Studien in vielen Sprachen vor, darunter auch eine interessante Publikation mit Blick auf die Rezeption des Werks von Haussmann aus der NS-Zeit: W. Waetzoldt, *Paris. Die Neugestaltung des Stadtbildes durch Baron Haussmann*. Leipzig 1943.

Mit den Durchbrüchen wurden völlig neue lineare und breite öffentliche Räume geschaffen. Die Boulevards boten Fußgängern wie Gefährten großzügigen Raum und ermöglichten den Bau von prächtigen, mehrgeschossigen Wohnpalästen, die sozial nach Geschossen gestaffelt waren und dem neuen Bürgertum repräsentative Wohnungen samt Dienstpersonalunterkünften boten. Dazu kamen andere Nutzungen im Dienste dieser sozialen Klasse wie etwa Theater und Bahnhöfe. Auch militärische Erwägungen spielten eine Rolle. Wer an einem Boulevard lebte, der befand sich in unmittelbarer Nähe der alten Stadt, die ja weiter existierte, aber hinter die Boulevards rückte. Damit wurde dem aufstrebenden Bürgertum mitten in der Altstadt und gleichzeitig jenseits der Altstadt ein urbaner Lebensraum geboten, einer sozialen Klasse, die in den USA und in England die alte Stadt schon in Richtung Suburbia zu verlassen begonnen hatte. Paris wurde damit zum Kultort des neuen Altstadtumbaues, das Altstadtumbaumodell Paris zum immer wieder beschworenen, aber nie mehr erreichten Vorbild.

1.2. Modell London

Die umfassende soziale und funktionale Besetzung des Territoriums der alten Stadt durch das neue Bürgertum nach Teilabriss und Neubau unterschied den Pariser Typus des Altstadtumbaues vom englischen Typus der „Citybildung“, der Verdrängung jeglicher Wohnnutzung aus der alten Stadt, die sich zum monofunktionalen Geschäfts-, Verwaltungs- und Vergnügungszentrum entwickelte. Es war das Londoner,³ nicht das Pariser Modell, das die Entwicklung der Altstädte der neuen expandierenden europäischen Großstädte bis zum Ersten Weltkrieg prägte. Eine Citybildung war auch leichter durchzusetzen, Schritt für Schritt, im fragmentierten Umbau durch private Investoren.

In London war dieser Prozess bereits längst im Gange, als Paris radikal umgebaut wurde. Die Transformation einer historischen Stadt in das Zentrum einer Großstadt war ein Prozess von unglaublicher Wucht, der die alte Stadt grundsätzlich in Frage stellte. Im Zuge der Citybildung musste die historische Stadt drei völlig neue Aufgaben übernehmen: (1.) Standorte für zentrale Funktionen wie Banken, Kauf- und Warenhäuser, Vergnügungstätten usw. bereit stellen, (2.) dem neuen Massenverkehr Raum geben und (3.) die neue Großstadt nach Innen wie Außen repräsentieren. Für diese dreifache Aufgabe war die historische Stadt nur begrenzt geeignet: Oft waren die Straßen zu schmal, die Grundstücke zu klein, die Häuser viel zu bescheiden und unbrauchbar, die Bewohner zu arm. Dort, wo die Um-

3 Zum Fall London gibt es ebenfalls zahlreiche Studien. Einen ersten Eindruck der fragmentarischen baulichen Veränderungen gibt G. Stamp, *The Changing Metropolis. Earliest photographs of London 1839-1879*, Harmondsworth 1986.



Abb. 2: Modell London: schrittweise Transformation der alten Stadt in eine Geschäftsstadt („City“). Das Bild zeigt den Bau der Uferbefestigung (Victoria Embankment) in der Nähe von Charing Cross während der 1860er Jahre. Die kleinen Bauten im Vordergrund mussten kurz darauf der Anlage einer Straße weichen; Quelle: *G. Stamp* (s. A 3), S. 166.

setzung der graduellen Citybildung auf städtebauliche Grenzen stieß, erforderte der private Altstadtumbau daher eine aktive, auf Abriss zielende Rolle der öffentlichen Hand. Diese war aber oft nicht in der Lage, diese Maßnahmen durchzusetzen. Denn das Instrumentarium für diese Abrisse war beschränkt: Enteignungen waren meist nur zugunsten von Straßen möglich, und die Eigentümer mussten entsprechend entschädigt werden. Vor allem aber mussten diese Strategien politisch eine Mehrheit finden. Enteignungen waren für die durch Grundbesitzer dominierten Stadtregierungen aber kein beliebtes Verfahren.

Dies hatte für die Umwandlung der historischen Stadt in ein Zentrum gravierende Folgen. Denn dort, wo die alltäglichen Prozesse der Citybildung nicht funktionierten, wo es zu viele kleine Grundstücke gab, die alle aufzukaufen einem privaten Investor kaum gelang, und wo die Gassen und Plätzchen so klein waren, dass eine Erschließung moderner Cityfunktionen unmöglich war, dort wurden Teile der historischen Stadt zur Wohnstatt der Ärmsten. Das neue Zentrum war daher keineswegs identisch mit der neuen City, sondern es gab dort ein hartes Nebeneinander von glitzernder Pracht und Elendsvierteln – ein Thema, das in der Fachliteratur oft diskutiert wurde.⁴ Die Beseitigung der Elendsviertel wurde daher zur vierten Aufgabe des Altstadtumbaus.

4 Vgl. etwa R. Eberstadt, *Handbuch des Wohnungswesens und der Wohnungsfrage*, 3. Aufl., Jena 1917, S. 358.

Was bedeutete vor diesem Hintergrund die Citybildung, das Altstadtumbaumodell London, für die alte Stadt? Breiter Konsens bestand nur darin, dass große und prächtige Bauten der Vergangenheit, die auch zur Repräsentation dienen konnten, erhalten bleiben sollten – die großen Kirchen, Schlösser und Paläste. Nur die dritte Aufgabe, die Repräsentation der wachsenden Großstadt, bot diesen Bauten ein wenig Schutz. Einfache Bauten hatten dagegen keine Lobby. Allenfalls wurde der Abbruch malerischer Winkel mit einem weinenden Auge begleitet.

2. Neue Wertschätzung der Altstädte in der Fachwelt

Bereits weit vor dem Ersten Weltkrieg formierten sich kritische Positionen, die die Erfahrungen mit den massiven Zerstörungsprozessen in den historischen Städten zum Ausgangspunkt für eher erhaltende Altstadtumbaukonzepte nahmen. Große Beachtung fand das Werk von Charles Buls, dem Bürgermeister von Brüssel in den Jahren 1881-1889.⁵

2.1. Gustavo Giovannoni

Unter ausdrücklicher Berufung auf Charles Buls entwickelte 1913 der Italiener Gustavo Giovannoni ein Konzept des Altstadtumbaus,⁶ das er *diradamento* nannte, eine Art Auflockerung der Altstadt. Giovannoni war einer der wichtigsten europäischen Fachleute in diesem Feld. Er unterschied zwischen künstlerischer Restaurierung, die das ursprüngliche Aussehen eines historischen Gebäudes wiederherstellen, und anpassender Restaurierung, die historische Gebäude behutsam modernen Ansprüchen annähern sollte. Bei Neubauten sollte die „Atmosphäre“ eines Quartiers berücksichtigt werden, um eine Harmonie zwischen Alt und Neu zu erreichen.

Zum Tragen kamen solche Positionen in größerem Umfang erst nach dem Ersten Weltkrieg. Denn der Krieg veränderte die Produktionsverhältnisse, aber auch die Zielsetzungen, und zwar anders, als in der Regel vermutet. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche wurde der Prozess der Citybildung erheblich verlangsamt, vor allem auch in Deutschland. Wie erst kürzlich David Koser in seiner Dissertation über die Entwicklung der Berliner City⁷ gezeigt hat, gab es dort nach 1918 nur mehr vereinzelte Umbaumaßnahmen – eine völlig neue Situation, die den Eindrücken widerspricht, die unsere Architekturbücher suggerieren.

5 Zum gestalterischen Programm des Brüsseler Bürgermeisters vgl. C. Buls, *Esthétique des villes*. Brüssel 1893; vgl. weiter M. Smets, Charles Buls. *Les principes de l'art urbain*, Liège 1995.

6 Vgl. G. Giovannoni, *Vecchie città ed edilizia nuova*, in: *Nuova Antologia* 1. Juni 1913, S. 449 ff.; G. Giovannoni, *Il "diradamento" edilizio dei vecchi centri. Il quartiere della Rinascenza in Roma*, in: *Nuova Antologia*, 1. Juli 1913, S. 53 ff.

7 D. Koser, *Abbruch und Neubau. Die Entstehung der Berliner City*, Berlin 2017.

Dem relativen Stillstand des Altstadtumbaus entsprach aber noch etwas anderes: eine neue Wertschätzung der Altstadt. Es waren die Jahre zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg, in denen der historische Baubestand neue Aufmerksamkeit und in einigen Fällen eine weniger zerstörerische Behandlung erfuhr. Gustavo Giovannoni erhielt in Italien erst nach dem Ersten Weltkrieg größere Beachtung und konnte dann auch zumindest fragmentarisch sein Konzept umsetzen. 1931 legte er eines der wichtigsten Bücher zum Altstadtumbau vor: das Werk *Vecchie città ed Edilizia nuova*.⁸

2.2. Cornelius Gurlitt

In Deutschland veröffentlichte Cornelius Gurlitt mit dem „Handbuch des Städtebaues“ im Jahr 1920 ein Grundlagenwerk.⁹ Dort findet sich ein Kapitel „Die Planbildung im Stadtkern“, das mit folgender Aufforderung endet: „sorgsame Pflege der Altstadt zu dem Zwecke, sie in ihrem alten baulichen Wesen und somit dem Mittelstande und durch diesen dem Kleinhandel zu erhalten.“¹⁰ Bemerkenswert ist hier wie auch bei anderen Fachleuten die Verknüpfung von städtebaulichen mit sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten – eine gerade beim Altstadtumbau unverzichtbare Sichtweise. Gurlitt betonte aber auch, dass Erhaltung ohne die öffentliche Hand gar nicht denkbar ist – das betraf nicht nur die Frage der Instrumente, etwa der Ortsgesetze gegen Verunstaltungen und die präventive städtebauliche Planung, die den verkehrlichen und funktionalen Druck auf die Altstadt mindern sollte, das betraf auch die Erhaltungsmaßnahmen selbst, die von den privaten Eigentümern oft nicht geleistet werden konnten. Aber gerade der Appell an die öffentliche Hand hatte nach dem Ersten Weltkrieg im Zuge eines stärker kommunalwirtschaftlichen und später auch staatswirtschaftlichen Städtebaus einen besseren Resonanzboden als im privatwirtschaftlichen Städtebau vor 1914.

2.3. Otto Schilling

Ein Jahr nach dem Erscheinen des Werks von Gurlitt erschien in Deutschland ein zweites wichtiges Werk, das erstmals das Thema Stadtumbau selbst zum Gegenstand hatte: „Innere Stadt-Erweiterung“.¹¹ Sein Autor Otto Schilling stellte in diesem Werk den Prozess der Citybildung bzw. des Altstadtumbaus mit all seinen Folgen im Detail vor, systematisch und am Beispiel ausgewählter Städte, vor-

8 G. Giovannoni, *Vecchie città ed Edilizia nuova*, Turin 1931. Dieses programmatische Grundlagenwerk ist außerhalb Italiens zu Unrecht wenig bekannt.

9 C. Gurlitt, *Handbuch des Städtebaues*, Berlin 1920.

10 Ebda., S. 287.

11 O. Schilling, *Innere Stadterweiterung*, Berlin 1921.

nehmlich deutscher großer Städte, aber auch von Paris. Das Vorwort zu diesem Werk schrieb übrigens Cornelius Gurlitt. Was in beiden Büchern keine Erwähnung fand, war die Frage, wie man auf die durchaus erheblichen Zerstörungen des Ersten Weltkrieges antworten sollte.

3. Wert- und Geringschätzung der Altstädte zwischen den Kriegen

Nach dem Ersten Weltkrieg differenzierte sich das Spektrum des Umgangs mit den Altstädten weiter aus. Für nahezu all diese mehr oder minder erhaltenden oder rekonstruierenden Varianten wurden nun öffentliche Gelder in Anspruch genommen, sie waren Ausdruck eines öffentlich kontrollierten Städtebaus. Sie hatten es mit einer anderen Trägerschaft zu tun als die marktvermittelte Citybildung vor dem Ersten Weltkrieg. Damit waren sie aber auch ganz anderen Legitimationszwängen ausgesetzt. Begründet wurden solche Maßnahmen vor allem erinnerungspolitisch: durch die Beschwörung und Betonung der großen Vergangenheit einer Stadt oder einer Nation. Sie sollten aber auch den Tourismus fördern, dem neuen privaten Massenverkehr Bahn brechen und vor allem die neuen Mittelschichten wieder in die Altstädte zurückholen – zum Wohnen und zum Arbeiten. In den Großstädten der Diktaturen war diese Erinnerungspolitik mit flächenhaften Zerstörungen und Verdrängungen verbunden. Dagegen waren viele kleinere Städte in Diktaturen Gegenstand von weniger gewaltsamen Sanierungsplanungen – etwa Bergamo und Siena in Italien.

3.1. Neue Wertschätzung:

historische Rekonstruktion – der Fall Ypern

Eine der spektakulärsten Antworten auf die Zerstörungen des Ersten Weltkriegs wurde in Belgien gegeben. Dort war Ypern, eine der bedeutenden mittelalterlichen Städte, 1914 bis 1917 flächendeckend vernichtet worden. 1919 setzte sich die Position einer möglichst originalgetreuen Rekonstruktion der Stadt durch. Die zerstörte Stadt wurde daraufhin nahezu vollständig wieder aufgebaut.¹²

3.2. Widersprüchliche Wertschätzung:

atmosphärischer Rückbau – der Fall Lissabon

In großem Umfang wurden auch vorhandene Bauten wieder in einen gesicherten oder eher vermuteten Originalzustand zurückgebaut, d.h. de facto neugebaut. Vollständig übersehen in der Planungsgeschichtsschreibung wurde in diesem Kontext

¹² Vgl. Ieper. De herrezen stad. Koksijde 1999; D. Dendooven/J. Dewilde, The Reconstruction of Ieper, Ieper 1999.



Abb. 3: Fall Ypern: historischer Wiederaufbau nach dem Ersten Weltkrieg, hier die neugebaute Boterstraat nahe dem Grote Markt im Jahr 1923; Quelle: K. Baert u.a., *leper, de herrezen stad*, Koksijde 1999, S. 183.



Abb. 4a, b: Fall Lissabon: atmosphärischer Neuaufbau. Das Areal der verschwundenen Burg von Lissabon (oben, um 1938) wurde anlässlich der großen Jahrhundertfeier der Salazar-Diktatur im Jahr 1940 durch Kahlschlag frei geräumt und durch einen Neubau der Burg bekrönt (unten, um 1938); Quelle: Sammlung C. v. Oppen.



bislang Portugal. Dort wurden in den späten 1930er Jahren während der Diktatur Salazars in kaum glaublichem Umfang Stadtmauern und Burgen ausgebaut oder neu gebaut. Das spektakulärste Beispiel ist sicher die Burg von Lissabon, das Kastell St. Georg. Es war längst verschwunden und im Laufe der Jahrhunderte durch neue Bauten überformt worden. Ende der 1930er Jahre wurde der Bereich großräumig abgerissen, die Burg neu gebaut, mit historischen Spolien angereichert und in eine Art Park gesetzt.¹³ Eine Nebenwirkung war die Beseitigung von Armenvierteln.

3.3. *Überschwängliche Wertschätzung: Neuschöpfung mittelalterlich anmutender Bauten – die Fälle Barcelona/Bologna*



Abb. 5: Fall Bologna (1920er Jahre): nachempfunderer Neubau. Teil des kleinen neomittelalterlichen Quartiers östlich der Piazza Maggiore, zweite Hälfte der 1920er Jahre, Architekt Giulio Ulisse Arata; Quelle: *H. Bodenschatz* (s. A 15), S. 310).

Eine weitere und bis vor kurzem weithin unbekanntere Variante betraf die Neuschöpfung von mittelalterlich erscheinenden Neubauten, die oft anstelle abgebrochener Altbauten oder als deren Zusatz errichtet wurden. Dafür gab es natürlich schon früher Beispiele, etwa in der altherwürdigen englischen Stadt Chester im 19.

13 Vgl. *H. Bodenschatz/M. Welch Guerra* (Hrsg.), *Städtebau unter Salazar. Diktatorische Modernisierung des portugiesischen Imperiums (1926-1960)*, Kapitel über Lissabon, verfasst von *C. von Oppen*, im Erscheinen.

Jahrhundert. Unter diesem Aspekt ist kürzlich das gotische Viertel in Barcelona diskutiert worden, das als solches eine „Erfindung“ war und Ende der 1920er Jahre durch frei gestaltete neo-gotische Zutaten bereichert wurde.¹⁴ Für diesen Typus gibt es aber viele Beispiele, etwa das Viertel westlich der Piazza Maggiore in Bologna.¹⁵ Ein interessanter Fall ist auch der Bau einer vorher nicht existenten mittelalterlich anmutenden neuen Straße in Weimar aus der NS-Zeit, die als Ersatzwohnungsbau für den Kahlschlag angelegt wurde, der für den Bau des Gauforums nötig wurde – ein Modell nationalsozialistischen Altstadtumbaus.¹⁶

3.4. Zerstörerische Wertschätzung:

Freilegung von Zeugnissen vergangener Größe – der Fall Rom



Abb. 6: Fall Rom: freilegender Kahlschlag für die Anlage der Prachtstraße Via dell'Impero, 1932; Quelle: *H. Bodenschatz* (s. A 15), S. 121.

14 Vgl. zum Fall Barcelona A. C. *Gant*, *El Barrio Gótico de Barcelona. Planificación del Pasado e Imagen de Marca*, 2. Aufl., Barcelona 2014; A. C. *Gant/S. Palou-Rubio*, *Tourism promotion and urban space in Barcelona. Historic perspective and critical review, 1900-1936*, in: *Documents d'Anàlisi Geogràfica* 61/3 (2015), S. 461 ff.; J.-M. *García-Fuentes*, *Reinvenzione del barri gòtic di Barcellona. Sull'interpretazione creativa del passato*, in: *D. Cutolo/S. Pace* (s. A 1), S. 95 ff. Zur Skandalisierung dieser Variante vgl. U. *Prinz*, *Der Gòtic-Fake*, in: *taz* 31.03./01.-02.04.2018, S. 34.

15 Vgl. *H. Bodenschatz* (Hrsg.), *Städtebau für Mussolini. Auf der Suche nach der neuen Stadt im faschistischen Italien*, Berlin 2011, S. 309 f.; vgl. auch *E. Pozzi/M. Pretelli/L. Signorelli*, *Progettare il Medioevo: Giulio Ulisse Arata in Emilia Romagna*, Beitrag auf der Konferenz „Paesaggio in Transizione. Trasformazione, riordinamento e continuità nell'architettura della città italiana tra le due guerre“ am 14.06.2018 in Sorrent.

16 Vgl. *H. Bodenschatz*, *Weimar. Modellstadt der Moderne? Ambivalenzen des Städtebaus im 20. Jahrhundert*, hrsg. von der Klassik Stiftung Weimar, Weimar 2016, S. 25 ff.

In weit größerem Umfang wurde in Diktaturen mit Freilegungen und Rekonstruktionen an eine angeblich heroische und großartige nationale Geschichte erinnert. Das betraf vor allem Italien. In Rom wurde um das Kapitol herum das wohl größte Kahlschlagprogramm Europas in der Zwischenkriegszeit realisiert, nicht nur, um die erhabenen Ruinen der Antike zur Schau zu stellen, sondern auch, um eine Prachtstraße zwischen dem Regierungssitz Mussolinis und dem Kolosseum anzulegen.¹⁷ Und wiederum wurden weniger begüterte Schichten verdrängt.

3.5. Widersprüchliche Wertschätzung: Translozierung von historischen Bauten – der Fall Moskau



Abb. 7: Fall Moskau: Translozierung wertvoller Bauten, hier: Gebäudeverschiebung des Hauses Nr. 24 in der Gor'kijstraße, um 1940; Quelle: *H. Bodenschatz/C. Post* (s. A 18), S. 229.

Translozierungen waren ein möglicher Weg, historische Gebäude irgendwie zu retten, wenngleich an einem anderen Standort. In der Sowjetunion gab es eine besondere Variante der Translozierung: Im Zuge der Erweiterung einer der wichtigsten Ausfallstraßen Moskaus, der Gorkistraße, wurden vorhandene historische Prachtbauten, die erhalten bleiben sollten, in einem aufwändigen Verfahren verschoben, so dass sie hinter den neuen Wohnpalästen einen neuen Standort fanden.¹⁸ In die Wohnpaläste selbst aber zogen die neuen Eliten der Stalinzeit. In Berlin sollte während der NS-Zeit das Nikolaiviertel als eine Art mittelalterliches Architekturmuseum ausgebaut werden, mit Gebäuden, die an anderer Stelle im Zuge des Alt-

17 Vgl. *H. Bodenschatz*, Städtebau für Mussolini. Auf dem Weg zu einem neuen Rom, Berlin 2013, S. 101 ff., 199 ff.

18 Vgl. *H. Bodenschatz/C. Post* (Hrsg.), Städtebau im Schatten Stalins. Die internationale Suche nach der sozialistischen Stadt in der Sowjetunion 1929-1935, Berlin 2003, S. 226 ff.

stadtumbaus abgerissen werden sollten. Es ist bis heute wenig bekannt, dass in dieser Zeit ein großer Teil von Alt-Berlin zerstört worden ist. Grundlage dafür war, wie immer, eine flächenhafte Enteignung, in diesem Fall zugespitzt durch den Raub jüdischen Eigentums.¹⁹

4. Kriegszerstörung, Wiederaufbau und Kahlschlag

Der Zweite Weltkrieg wendete die neue, wenngleich oft fragwürdige Wertschätzung der Altstädte auf eine schreckliche Art und Weise in einen Akt der Zerstörung. Gerade weil sie als etwas Besonderes, als Bezugspunkt nationaler Identität, galten, wurden sie zum Ziel von zerstörerischen Bombenangriffen. Nach Kriegsende galten die Zerstörungen der Altstädte oft als „Chance“, einen modernen Neuaufbau auf den Weg zu bringen. Und in den 1950er und 1960er Jahren wurde die als rückständig erachteten Altstädte mit Kahlschlagprogrammen konfrontiert. Im Schatten dieser Entwicklung standen die durchaus beachtlichen Versuche, die Altstädte wieder aufzubauen oder ohne große Zerstörungen in die Zukunft zu führen.

4.1. Zerstörerische Wertschätzung:

Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg – der Präzedenzfall Guernica



Abb. 8: Fall Gernika / Guernica: franquistischer Wiederaufbau. Neue Hauptstraße mit neuem Rathaus, um 1945; Quelle: *Reconstrucción 55* (1945), S. 231.

19 Vgl. *Stadtmuseum Berlin* (Hrsg.), *Geraubte Mitte. Die „Arisierung“ des jüdischen Grundeigentums im Berliner Stadtkern 1933-1945*, Buch zur Ausstellung (wiss. Kuratoren: B. Goebel/L. Mauersberger), Berlin 2013.

Die nahezu vollständige Vernichtung der den Basken heiligen Altstadt Guernica (baskisch: Gernika) durch deutsche und italienische Kampfflugzeuge im April 1937 war wohl die erste Bombardierung und Zerstörung dieser Art überhaupt.²⁰ Es folgten der verheerende Luftangriff auf Coventry im Jahr 1940, die Bombardierung von Lübeck und Rostock sowie von Bath, Canterbury, Exeter, Norwich und York, alle im Jahre 1942, und am Ende stand 1945 die flächenhafte Zerstörung von Dresden. In diesem Kontext muss auch an die Zerstörung von Warschau und Danzig erinnert werden. Und an die Zerstörung von historischen Städten in der Sowjetunion, etwa von Minsk 1941.

4.2. Streit nach dem Zweiten Weltkrieg: Wiederaufbau oder Neuaufbau?



Abb. 9: Fall (Ost-)Berlin: Altbaubestand auf der südlichen Spreeinsel, 1969. Für die Hochhäuser der „Fischerinsel“ wurde die vom Krieg verschonte alte Bebauung vollständig abgerissen. Noch Anfang der 1950er Jahre sollten die Altbauten erhalten bleiben; Quelle: *Fotosammlung H. Bodenschatz.*

Nach den Zerstörungen von Altstädten im Zweiten Weltkrieg stellte sich die Frage: Wie sollen die Altstädte wieder aufgebaut werden, was ist ein Zentrum von morgen? Berühmt sind die historischen Rekonstruktionen der Altstädte von Warschau und Danzig, die freilich nicht den zum Zeitpunkt der Zerstörung schon stark veränderten Zustand, sondern einen purifizierten vorindustriellen Zustand berücksichtigten. In der Sowjetunion dominierte der triumphierende Neuaufbau, etwa in

20 Vgl. H. Bodenschatz/M. Welch *Guerra*, Guernica/Gernika: Bild, Zerstörung und Wiederaufbau. Ein vergessenes Kapitel europäischer Städtebaugeschichte, in: *Forum Stadt* 39. Jg., 3/2012, S. 279 ff.

Minsk. Während in den Diktaturen ein staatswirtschaftlicher Städtebau zum Tragen kam, wurde der Wiederaufbau in den westlichen Ländern kommunal entschieden. In Rotterdam und Coventry wurden die Zerstörungen zu einem modernen, autogerechten Neuaufbau genutzt. In Deutschland gab es neben mehr oder minder freien Wiederaufbauten wie in Freudenstadt, Münster und Donauwörth auch moderne Neuaufbauten wie etwa in Kassel und Stuttgart. Vor allem in (Ost-)Berlin wurde die ehemalige Altstadt einer radikalen Veränderung unterzogen – eine Entscheidung, die so aufgrund des dafür notwendigen Zugriffs auf privates Eigentum nur in einer Diktatur möglich war und bis heute Konflikte erzeugt.²¹

4.3. *Modernisierung durch autogerechten Umbau und Kahlschlag – der Fall Bad Godesberg*



Abb. 10: Fall Bad Godesberg: ein Programm der Flächensanierung. Die Planung begann im Juni 1962, beflügelt durch die Wahl Bonn als Bundeshauptstadt. Der Grad der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg betrug 6,5 Prozent; Quelle: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (Hrsg.), *Deutscher Städtebau 1968*, Essen 1970, S. 156.

21 Vgl. H. Bodenschatz, *Berlin Mitte: The product of two dictatorships*, in: H. Hökerberg (Hrsg.), *Architecture as propaganda in twentieth-century totalitarian regimes. History and heritage*, Florenz 2018, S. 167 ff.

Was aber tun mit den Altstädten, die den Krieg überlebt haben? Diese wurden in den 1950er und 1960er Jahren durch einen autogerechten Ausbau erheblich beschädigt. Nun gab es eine vierte große Zerstörungswelle, die sich von der ersten Welle, der Citybildung vor dem Ersten Weltkrieg, der zweiten, dem Kahlschlag während der Diktaturen in Großstädten und der dritten, der Bombardierung im Zweiten Weltkrieg, erheblich unterscheidet: Jetzt wurden in einem staatlich und kommunal geförderten Programm die als nicht mehr zeitgemäß betrachteten Altstädte durch den autogerechten Ausbau der Hauptstraßen und Hauptplätze beeinträchtigt oder – wie in Bad Godesberg – sogar durch umfassende Kahlschlagprogramme gleich beseitigt.

Doch auch dies ist nur die halbe Geschichte. Bereits in den 1950er Jahren wurden ganze Altstädte unter Denkmalschutz gestellt – und zwar wiederum in Diktaturen wie Spanien und Portugal, aber in Kleinstädten. So wurde die kleine historische Stadt Óbidos in Portugal während der Salazarzeit mit staatlichen Mitteln umfassend restauriert und rekonstruiert und schließlich 1951 als Gesamtdenkmal ausgewiesen. Die kleine historische Stadt Santillana del Mar in Spanien wurde sogar schon 1943, vier Jahre nach Ende des Bürgerkrieges, als Gesamtdenkmal geschützt. Diese Geschichte, wie überhaupt die Geschichte des Altstadtumbaus während der Diktaturen, harrt noch einer systematischen Forschung.²²

4.4. Erhaltende Erneuerung – die Fälle Bologna und Berlin (Ost)

In den 1960er Jahren begann vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem zerstörerischen Altstadtumbau der Nachkriegszeit die lange Zeit der behutsamen Altstadterneuerung, die im Modell Bologna einen weltweit bewunderten Ausgangspunkt fand. In Bologna wurde die Altstadt insgesamt, also einschließlich der einfachen Bauten, als ein schützenswertes Ensemble entdeckt, und zwar nicht nur von Denkmalpflegern, sondern auch von Architekten, Stadtplanern und Kommunalpolitikern.²³ Im Rahmen der Erneuerung der Altstadt von Bologna wurden auch zerstörte historische Gebäude rekonstruiert – typologisch rekonstruiert, so nannte man dies damals. Das Modell Bologna bewies wieder einmal, dass es weder beim Abbruch noch bei der Erhaltung nur um Bauten und öffentliche Räume ging, sondern immer auch um Wirtschaft und Gesellschaft. Insofern war der Bologneser Plan für den sozialen Wohnungsbau im historischen Zentrum, der soziale und

22 Zu Óbidos vgl. C. von Oppen (s. A 13), Abschnitt Óbidos; zu Santillana del Mar vgl. P. Sassi, in: H. Bodenschatz/M. Welch Guerra (Hrsg.), Städtebau während der Franco-Diktatur. Ein vergessenes Kapitel europäischer Stadtproduktion (1938-1957) (Arbeitstitel), im Erscheinen.

23 Vgl. H. Bodenschatz/T. Harlander, 40 Jahre Stadterneuerung Bologna, in: Forum Stadt 42. Jg., 4/2015, S. 357 ff.

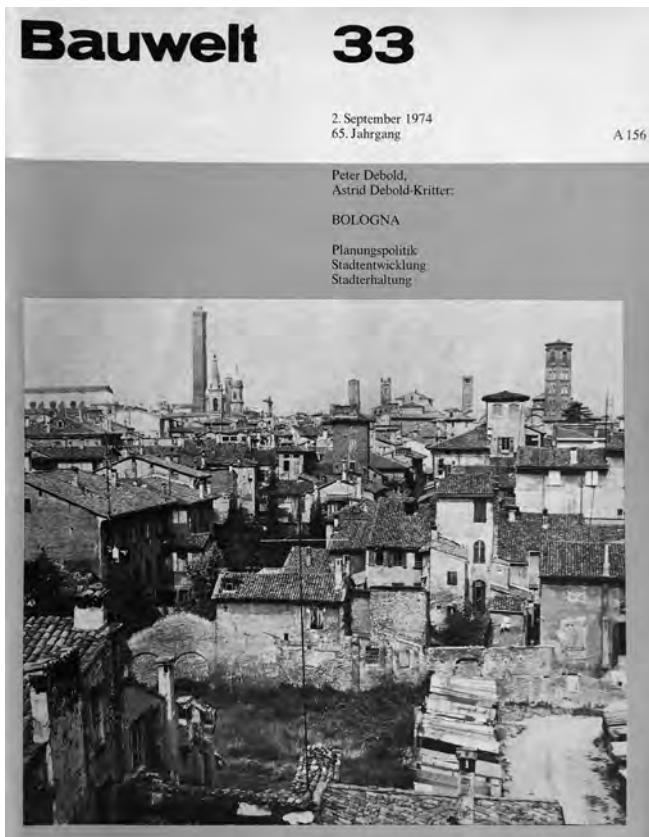


Abb. 11: Fall Bologna: Modell behutsamer Stadterneuerung, hier das Titelbild des Bauwelt-Heftes von Peter Debold und Astrid Debold-Kritter aus dem Jahr 1974, das die deutsche Bologna-Begeisterung wesentlich begründete; Quelle: Bauwelt 33 (1974), Titel.

städtebauliche Ziele programmatisch und ausdrücklich verknüpfte, ein Gipfelpunkt der Planungsgeschichte des Altstadtumbaus. Und er war ein Gipfelpunkt des kommunalwirtschaftlichen Städtebaus. Das Modell Bologna prägte auch den Altstadtumbau in der Bundesrepublik, etwa in den Modellstädten Bamberg, Lübeck und Regensburg, indirekt auch ein wenig in der DDR.

Nicht erst im europäischen Denkmalschutzjahr 1975 wurde aber auch deutlich, dass die Wende zur erhaltenden Erneuerung kein Topdown-Paradigmenwechsel war, sondern von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen getragen wurde. Und in der DDR waren die vielen Initiativen zur Rettung der Altstädte Teil der großen Protestbewegungen des Jahres 1989. In der Bundesrepublik gab es zudem ein äußerst wirkungsreiches Instrument für den erhaltenden Altstadtumbau: die

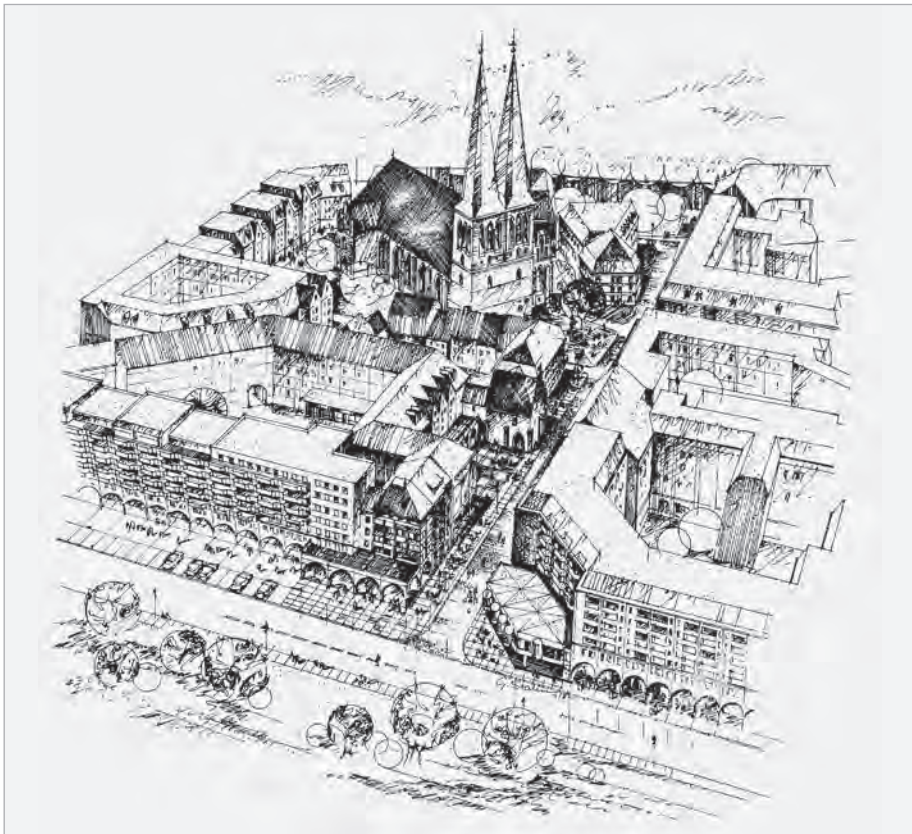


Abb. 12: Fall Berlin (Ost): freier Wiederaufbau des Nikolaiviertels nach Plänen von Günter Stahn, Zeichnung von 1982; Quelle: G. Stahn, Das Nikolaiviertel am Marx-Engels-Forum, Berlin 1985, S. 72.

Städtebauförderung. Dazu kam eine aktive, engagierte staatliche Institution, die Denkmalpflege, die in den Bundesländern ihre jeweils besondere Form fand.

Die Vorkämpfer für eine erhaltende Altstadterneuerung konnten damals freilich noch nicht ahnen, dass im Zuge des Erfolgs dieser Variante des Altstadtumbaus die Altstädte selbst sich radikal verwandeln würden, wenngleich ihre Bauten erhalten blieben. Während der Nachkriegsjahrzehnte waren Altstädte noch relativ normale Wohn- und Lebensräume. Das galt selbst für Orte wie San Gimignano. Erst seit den 1970er Jahren änderte sich das rapide. Jetzt entstand ein sich von der übrigen Stadt deutlich abgrenzender Raum, der eine Bühne für Tourismus, lokale Erinnerungspolitik und spezielle Bewohner und Nutzungen wurde. Der unübersehbare Erfolg der erhaltenden Stadterneuerung führte auch zu Entwicklungen, die neue

Streitfronten eröffneten – nicht nur zur Nutzung der Altstadt als Bühne für Events aller Art, sondern auch zu Initiativen, die den Neubau von Altbauquartieren propagierten und oft auch durchsetzten, etwa in Dresden, in Potsdam, in Frankfurt am Main, in Berlin und in Lübeck. Staatswirtschaftlich gab es das schon in den 1980er Jahren in Ost-Berlin.

5. Ausblick

Heute können wir auf ein breites und verwirrendes Spektrum des Umgangs mit den europäischen Altstädten zurückblicken. Dazu gehörten etwa die flächendeckende Aneignung, auch als Wohnort, der vorindustriellen Stadt durch neue gehobene Schichten (Modell Paris), die das Wohnen verdrängende Citybildung (Modell London), historische Rekonstruktionen (Fälle Ypern und Warschau), überschwängliche Wertschätzung (Fall Barcelona), gewaltsame Freilegung von Zeugnissen vergangener Größe (Fall Rom), Translozierung historischer Bauten (Fall Moskau), atmosphärischer Rückbau (Fall Lissabon), vollständige Unterschutzstellung (Fall Óbidos, Santillana del Mar), modifizierender Wiederaufbau (Fall Freudenstadt), purifizierender Wiederaufbau (Fall Münster, Donauwörth), autogerechter Neuaufbau (Fall Kassel, Berlin), triumphierender Neuaufbau (Fall Minsk, auch Fall Rostock), flächenhafte Kahlschlagsanierung (Fall Bad Godesberg), erhaltende und sozial orientierte Erneuerung sowie typologische Rekonstruktion (Fall Bologna), annähernde Rekonstruktion verschwundener Altstadtviertel (Fall Berlin, Dresden, Potsdam, Frankfurt am Main, geplant: Lübeck). Dazu käme eine ergänzende Typologie des Umgangs mit öffentlichen Räumen, die während der letzten 150 Jahren noch weit mehr Veränderungen ausgesetzt waren als die Gebäude. Das betrifft nicht nur den historischen Stadtgrundriss, sondern vor allem auch die Profilierung und Ausstattung überkommener Straßen, Wege und Plätze.

Der Altstadtumbau der letzten 150 Jahre war stark durch Zerstörungen geprägt. Insbesondere Diktaturen, Krieg, aber auch die Citybildung und der individuelle Massenverkehr förderten umfangreiche Abrisse. Das Jahr 1942, als Europa die Bombardierung und Zerstörung zahlreicher Altstädte erleiden musste, kann vermutlich als das schlimmste Zerstörungsjahr überhaupt angesehen werden. Jenseits der Kriegszerstörungen war vor allem der erleichterte Zugriff auf privates Immobilieneigentum die wichtigste Voraussetzung für umfangreiche Zerstörungen von Altstädten – in erster Linie während der Diktaturen. Es waren aber auch die Diktaturen, die aus eigenem Interesse erstmals in größerem Umfang mehr oder minder erhaltende Erneuerungsmaßnahmen in kleineren Städten auf den Weg brachten. Und es ist der Zugriff auf unverantwortlich behandeltes Eigentum, der auch historische Bauten retten kann.

Vor allem nach dem Ersten Weltkrieg, als die Wertschätzung der Altstädte zunahm, zeigt sich ein breites Spektrum neuer Architektur in Altstädten, das den heute verengten Blick auf „zeitgemäße Architektur“ in Frage stellt: So fanden sich – neben wenigen radikal „modernen“ Bauten – zahlreiche regionalistische, zurückhaltend bis überschwänglich neomittelalterliche, „atmosphärisch“ angepasste, neusachlich traditionelle, aber auch historisch rekonstruktive oder vereinfachend rekonstruktive Stilvarianten. All diese Bauformen, keineswegs nur die mit den historischen Gebäuden unübersehbar kontrastierenden, sind, wenn man keinen in diesem Feld ungerechtfertigten kulturkämpferischen Ansatz vertritt, „zeitgenössisch“ oder „zeitgemäß“, sie alle waren bis in die 1960er Jahre hinein auch eine Antwort auf die ungeliebte Architektur aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg.

Zudem ist unübersehbar: Der Umgang mit den Altstädten betraf nie nur Gebäude und öffentliche Räume, sondern immer auch die Menschen, die dort lebten. Von Anfang an ging es darum, Armenviertel, oft Elendsviertel genannt, zu beseitigen, die wiederum ein Ergebnis des segregierenden Wachstums der Städte in die Fläche während des späten 19. Jahrhunderts waren. Manchmal gab es für die Verdrängten Ersatzwohnungen (etwa in England), oft aber auch nicht (wie in Deutschland). Die Verdrängung Armer aus den Altstädten war auch ein wichtiges Ziel der Altstadterneuerung während der Diktaturen, vor allem in der Sowjetunion, Italien und Deutschland. Sie spielte selbst nach dem Zweiten Weltkrieg eine große Rolle, auch in den sozialistischen Staaten, etwa bei der hoch angesehenen denkmalgerechten Erneuerung der Altstadt von Krakau. Und heute sind die neuen Altstädte wieder Teil einer durchgreifenden Gentrifizierung der Innenstädte. Das liegt aber nicht so sehr an den Gebäuden an sich, sondern vor allem an der herrschenden Politik. Das prominenteste Gegenbeispiel für diese Entwicklungen war lange Zeit Bologna. Diese Vorbildfunktion hat es aber schon längst nicht mehr. Dennoch finden sich dort auch heute noch Altstadtviertel, die Immigranten eine Wohnstatt bieten.

Deutlich ist auch geworden: Erhaltender Altstadtumbau war und ist ohne öffentliche Unterstützung letztlich nicht möglich. Öffentliche Unterstützung aber bedarf öffentlicher Legitimation. Diese wurde oft durch die Beschwörung einer großartigen Geschichte – der Stadt wie der Nation – hergestellt. In der Bundesrepublik war es das Städtebauförderungsprogramm, das eine auch international einzigartige Förderkulisse schuf. Wie dieses dann Anwendung fand, hing von Grundhaltungen ab, die sich auf zentralstaatlicher Ebene festigten, aber auf kommunaler Ebene noch einmal konkretisiert wurden. In den 1970er Jahren wurde freilich nicht nur die Städtebauförderung begründet, sondern auch die föderal organisierte Denkmalpflege neuen Typs – eine Einrichtung, die keineswegs selbstverständlich ist, auf die wir stolz sein können (wie auch auf die Städtebauförderung) und die dauernd gepflegt werden muss.

Nahezu alle dargestellten Formen und Varianten des Altstadtumbaus der letzten 150 Jahre gibt es auch heute noch. Allerdings steht die Altstadt vor neuen Problemen: Selbst in Deutschland ist die Denkmalpflege geschwächt, institutionell und finanziell, selbst die Städtebauförderung wurde in Frage gestellt, die Krise des Einzelhandels beutelt viele Altstädte, die Generation derer, die den harten Kampf um eine erhaltende Altstadterneuerung durchlebt haben, verlassen die gesellschaftliche Bühne, neue Fachleute in der Verwaltung werden oft nicht mehr eingestellt. Damit sind wichtige Pfeiler eines kommunalwirtschaftlichen Städtebaus erschüttert, die die Grundlage der erhaltenden Stadterneuerung seit den 1970er Jahren bildeten. Auch die Kampffronten haben sich verschoben, hin zu den Auseinandersetzungen um die Nachkriegsmoderne, aber auch hin zu einer verbissenen Auseinandersetzung um den Wiederaufbau verlorener Altstadtviertel. Vor diesem Hintergrund verblasst die Sorge um den vorindustriellen Baubestand. Die topdown-Aktion *Sharing Heritage* mit ihrer unübersehbaren Unbestimmtheit spiegelt diese unklaren Verhältnisse wider.

Nicht zuletzt angesichts einer neuen simplifizierenden Politisierung des Altstadtumbaus gilt es, die Debatte um die Zukunft der Altstädte neu zu justieren. Man kann das vielleicht auch positiv sehen: Die Altstadt ist wieder oder immer noch oder mehr denn je ein gesellschaftliches Thema, das die Gemüter in Wallung bringt, und sie ist ein bevorzugter Gegenstand neuer Forschung geworden. Vor allem aber stellt sich die Aufgabe, neue Strategien für den Altstadtumbau zu entwickeln, Antworten auf neue Herausforderungen zu finden. Das heißt aus meiner Sicht auch: Die Diskussion um die Bedeutung und Zukunft des noch vorhandenen vorindustriellen Baubestands muss – mit Blick auf unsere Verantwortung gegenüber künftigen Generationen – wieder neu geführt werden. In diesem Kontext kann es – wie auch in der Vergangenheit – nicht um einfache Rezepte gehen, wohl aber sollte um Prinzipien gerungen werden. Vor dem Hintergrund der Kenntnis der Entwicklung der Altstädte während der letzten 150 Jahre könnte über folgende Prinzipien nachgedacht bzw. erneut nachgedacht werden:

- ▷ Es ist notwendig, den zeitlichen Horizont des schützenswerten Baubestands und damit auch dessen städtebaulicher Formen zu erweitern. Natürlich ist heute etwa das Nikolaiviertel aus den 1980er Jahren ein für seine Zeit einzigartiges Beispiel freier Rekonstruktion einer Altstadt. Doch dies sollte nicht zu einer unangemessenen Gleichmacherei verführen. Aufgrund der historischen Tiefe und Seltenheit bedürfen vorindustrielle Zeugnisse eines besonderen Schutzes – sie vermitteln weit mehr Zeitschichten und sind – gerade in Deutschland – aufgrund von Kriegszerstörungen stark dezimiert. Altstädte sind daher ein besonderer Ort, in denen jede Intervention einer besonderen Verantwortung bedarf.

- ▷ Jede vorindustrielle Altstadt in Europa heute ist nicht einfach eine alte Stadt, sondern das Produkt vielfacher Interventionen der letzten 150 Jahre. Es ist sorgfältig zu prüfen, ob und in welchem Umfang auch diese Interventionen schutzwürdig sind.
- ▷ Schützenswerte historische Bauten sind heute wieder leichter disponibel – aufgrund des Veränderungsdrucks, aufgrund geschrumpfter öffentlicher Mittel, aufgrund verblasster Verantwortung. Deshalb stellt sich erneut die Frage: Wer ist begründungspflichtig – derjenige, der den Abriss anstrebt, oder derjenige, der ihn verhindern will? Ziel ist es: Jeder Abriss, nicht die Erhaltung eines historisch bedeutenden Gebäudes, aus welcher Zeit auch immer, bedarf einer ausführlichen Begründung.
- ▷ Jeder Eingriff in einen bedeutsamen historischen, baulichen oder städtebaulichen Bestand muss soweit wie möglich reversibel sein. Das gilt nicht nur für Bauten, sondern auch für öffentliche Räume.
- ▷ Maßnahmen der Altstadterneuerung beeinflussen immer – nolens volens – die sozialen Verhältnisse einer Altstadt. Jede Maßnahme muss in dieser Hinsicht geprüft und bewertet werden, um das Ziel einer zukunftsfähigen und zugleich sozial vielfältigen Altstadt nicht zu verfehlen.
- ▷ Heute sind die Plattformen zur Verständigung über angemessene Formen des Umgangs mit Altstädten deutlich geschrumpft. Ohne entsprechende Zeitschriften, ritualisierte Gesprächsrunden und Tagungen, die den Erfahrungsaustausch fördern, kann eine Politik, die darauf zielt, Altstädte auch künftigen Generationen zu erhalten, nicht stabilisiert werden.

Damit eine Diskussion über Prinzipien dieser Art aber überhaupt einen Sinn macht, müssen die Kommunen handlungsfähig bleiben oder es wieder werden. Wir dürfen aber nicht nur auf Deutschland blicken. Sicher, viele deutsche Städte erleben ein neues Wachstum – demographisch wie ökonomisch. Beides, das darf nicht vergessen werden, hat aber mit gravierenden Krisen anderswo zu tun, mit wirtschaftlicher Notlage und Krieg. Wenn deutsche Städte gewinnen, gibt es anderswo auch Verlierer, nicht nur außerhalb Europas.

Markus Harzenetter / Anna Hitthaler

Stadtentwicklungsdynamik und baukulturelles Erbe aus der Perspektive der städtebaulichen Denkmalpflege

1. Stadt als Palimpsest

Wachstum und Schrumpfung von Städten sind ein epochenübergreifendes Phänomen, und an kaum einer anderen Stadt kann man diese Dynamik so deutlich darstellen, wie an Rom. Die zur Zeit der Caesaren größte und bedeutendste Stadt der Welt – Caput Mundi – erfuhr mit dem Niedergang des Römischen Reiches einen politischen Bedeutungsverlust ohne Beispiel, der mit einem rapiden Bevölkerungsverlust einherging: Hatte die Stadt innerhalb der im 3. Jahrhundert errichteten Aurelianischen Mauer in der Spätantike noch über eine Million Einwohner, befanden sich im 8. Jahrhundert nur noch geschätzt 20.000 Menschen in einem Stadtge-



Abb. 1: Veduta di Campo Vaccino, aus den „Vedute di Roma“; G. B. Piranesi, um 1750/60.



Abb. 2: Das mittelalterliche Rom mit der vermutlichen Ausdehnung des abitato, aus: R. Krautheimer, Rom. Schicksal einer Stadt 312-1308, München 1987, S. 271.

biet, das größtenteils brachlag. Einzelne bewohnte Inseln, insbesondere entlang des Tiberufers, das *abitato*, lagen im *disabitato*, unbewohnten Landschaftsflächen, wo sich das Grün der Campagna breit machte und man zwischen den monumentalen Ruinen des Forum Romanum, des Kapitols oder des Kolosseums Obst und Gemüse anbaute.¹ Eine Pilgerfahrt zu den Märtyrerstätten der Apostel Petrus und Paulus war eine lebensgefährliche Unternehmung, boten die Ruinen doch auch Räuberbanden gute Rückzugsmöglichkeiten. Der aus dem Zisterzienserklster Pairis im Elsass stammende Mönch Gunther beschreibt Ende des 12. Jahrhunderts eindrücklich das furchterregende Ödland und die Sümpfe in den Niederungen der Stadt. Er spricht von „monstergebärende[n] Seelen“ hinter öden, schrecklichen Ruinenstätten, wo grüne Schlangen, schwarze Kröten und geflügelte Drachen hausen.² Es sollte bis in das späte 19. Jahrhundert dauern, bis hier der Bereich innerhalb der Aurelianischen Mauern wieder vollständig besiedelt war.

1 Vgl. A. Esch, Zeugenaussagen im Heiligsprechungsverfahren für S. Francesca Romana als Quelle zur Sozialgeschichte Roms im frühen Quattrocento, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Bibliotheken und Archiven 53 (1973), S. 133.

2 Vgl. R. Krautheimer, Rom. Schicksal einer Stadt, München 1987, S. 346.

Stagnations- und Schrumpfungsphasen, Funktions- und Bevölkerungsverschiebungen waren und sind ebenso Ursache für städtebauliche Interventionen wie der Wunsch nach politischer Repräsentation. Planlose Veränderungen stehen neben geplanten Neugestaltungen und gezielte Abbrüche zur Verwirklichung von Neuplanungen führen gleichermaßen zu Neubausituationen wie katastrophale Ereignisse durch Feuer oder Kriegszerstörungen. Die gebaute Stadt ist ein Spiegel der hier stattgefundenen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Ereignisse. Für diese Veränderungen auf dem immer gleichen Grund wird gerne auch die Metapher von der „Stadt als Palimpsest“ verwendet: Ein Palimpsest meint ein Manuskript, das durch Schaben oder Waschen ganz oder teilweise gereinigt und danach wieder neu beschrieben wurde, ein Vorgang der den teuren Schreibmaterialien geschuldet ist.

Schlaglichtartig soll hier in der gebotenen Kürze die Entwicklung hin zum heutigen Konzept von städtebaulicher Denkmalpflege anhand von vier Beispielstädten skizziert werden – einer städtebaulichen Denkmalpflege, die sich versteht als ausgleichender und integraler Part der Stadtentwicklung, mit dem Ziel, die denkmalwerte bauliche und strukturelle Substanz als stabiles, identifikationstragendes Element zu tradieren.

2. Altstadt als romantisches Gegenbild zur industriellen Stadt

Die Entdeckung der Altstadt gewissermaßen als romantisches Gegenbild erfolgte nicht zufällig in der Phase der Hochindustrialisierung, verstärkt nach der Reichsgründung 1870/71: Die in Deutschland Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzende Industrialisierung hatte als Begleiterscheinung des enormen wirtschaftlichen Wachstums eine massive Urbanisierung zur Folge. Verkehrswegebauten, Industrieansiedlungen, Stadterweiterungen veränderten in kürzester Zeit das Erscheinungsbild und die Struktur der Städte und Landschaften.

Wie unter dem Vergrößerungsglas lässt sich diese Entwicklung im Ruhrgebiet beobachten. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts lebten hier rund 220.000 Menschen, die meisten davon in den Städten der Hellwegzone, die vom Fernhandel entlang der mittelalterlichen Königs- und Heeresstraße profitierten, in einem im Übrigen landwirtschaftlich geprägten Umfeld.³ Binnen einhundert Jahren entstand im Zuge der Industrialisierung eine Siedlungsagglomeration, in der abgegrenzte Städte kaum mehr auszumachen sind. Diese Entwicklung überformte massiv auch bestehende mittelalterliche Stadtstrukturen, wie das Beispiel Essen zeigt.

3 Vgl. W. Köllmann (Hrsg.), *Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung*, Düsseldorf 1990.



Abb. 3: Entree der Industriemetropole Essen: Nördlicher Bahnhofsvorplatz mit Hotel Handelshof, 1912; Quelle: Fotoarchiv Ruhrmuseum.



Abb. 4: Das Essener Grillo Theater mit klei-
maßstäblicher Bebauung im Hinter-
grund, um 1900; Quelle: Fotoarchiv Ruhrmuseum.

Zwar befanden sich bereits um 1800 auf dem heutigen Gebiet der Stadt etwa 80 kleinere Kohlezechen, diese gewannen jedoch erst im Laufe des 19. Jahrhunderts mit fortschreitenden technischen Innovationen an Bedeutung. Der Ausbau des Eisenbahnsystems ermöglichte billigen Massentransport und beförderte den Aufstieg der Krupp'schen-Gussstahlfabrik zum Weltkonzern. Diese sich gegenseitig verstärkenden wirtschaftlichen Entwicklungen, veränderten den Maßstab der Stadt radikal: Die Werksanlagen westlich des alten Stadtgebietes hatten im Zuge der Expansion Ende des 19. Jahrhunderts ein Mehrfaches der Altstadtfläche erreicht. 1896 war Essen mit 100.000 Einwohnern Großstadt geworden.⁴ „Vor den Toren“ der Altstadt entstanden Mietskasernen für die Industriearbeiter, auch zur Entlastung der überbevölkerten, engen, mittelalterlichen Altstadt. Zur Anpassung der Stadt waren bereits im Jahre 1865 mit dem Heckingturm die letzten Reste der mittelalterlichen Stadtbefestigung gefallen. Die Entwicklung überrollte sich selbst, als der erste Bahnhof aus den 1860er Jahren bereits nach drei Jahrzehnten mit neuen Bahnsteiganlagen und hochgelegten Gleisen erneuert werden musste, da er der steigenden Verkehrsleistung nicht mehr genügte. Nun bildete das neue Bahnhofsgebäude der Jahrhundertwende mit großem Vorplatz den repräsentativen Auftakt zur Essener Altstadt. Aufgrund der zentralen Lage wandelte sich Essen zur Metropole des Reviers, die zum Sitz von Banken und Börse, von Behörden und Verbänden der Montanindustrie umgestaltet wurde. Repräsentative Verwaltungs- und

⁴ Vgl. www.essen.de/rathaus/aemter/ordner_41/stadtarchiv/geschichte/Geschichte_Chronik_17_19.de.html [27.06.2018].

Geschäftsgebäude traten an die Stelle der kleinstädtischen Bebauung. In rascher Folge entstanden neue Kulturbauten: Ein Theater, ein Museum der Stadt, der Saalbau für das städtische Orchester und die Stadtbücherei.⁵

Diese massive Überformung mittelalterlicher Altstädte im Zuge der Industrialisierung stieß zunehmend auf Gegenwehr. Einer der prominentesten Kritiker war der Wiener Architekt und Kulturtheoretiker Camillo Sitte mit seiner Schrift: „Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen“.⁶ Aus der Analyse urbaner Strukturen der vormodernen Stadt leitet er Prinzipien für die Planung der neuen Stadt ab. Die an Gestaltungsprinzipien orientierten künstlerischen Grundsätze zur Betrachtung von Raumwirkung lenken den Blick auf Gebäudegruppen – Ensembles. Sittes Herangehensweise steht dabei deutlich in der Tradition des aus der Vedutenmalerei entwickelten malerischen Sehens. Sein Anliegen war ausdrücklich kein denkmalpflegerisches, sein Werk besitzt jedoch insofern eine hohe Bedeutung für die Denkmalpflege, als es die Wahrnehmung und Wertschätzung der historischen Stadt beförderte.

Bis ins späte 19. Jahrhundert – und, wenn man ehrlich ist, bis in die 1970er Jahre hinein – richtete sich das Interesse der Denkmalpfleger primär auf herausragende, monumentale Zeugnisse der Baukunst. Der stadträumlichen Inszenierung eines Monuments durch seine Freistellung wurden vielerorts bedeutende Gebäudegruppen geopfert. In Regensburg wurde beispielsweise 1894 zugunsten eines Domplatzes auf der Südseite des Domes der aus dem frühen 13. Jahrhundert stammende Hof des Salzburger Erzbischofs abgebrochen.⁷ Bemerkenswerterweise wurde die im eleganten Neurenaissance-Stil errichtete ehemalige Königliche Oberpostdirektion, die seither den südlichen Abschluss des Domplatzes bildet, bereits in den 1930er Jahren zugunsten einer pseudomittelalterlichen Fassade „entschandelt“.⁸

3. Heimatschutz als Reaktion auf die industrielle Transformation

Auch der mittelalterliche Baubestand Jenas geriet durch die Transformation von einer Universitäts- zu einer Industriestadt unter Bedrängnis: Der Aufstieg der Mechanischen Werkstätten von Carl Zeiß und des Glaswerkes von Otto Schott zu Weltmarktführern führte zum Bau der gewaltigen Industrieburg der Zeiss-

5 Vgl. https://geschichte.essen.de/historischesportal_orte/denkmalpfad/denkmalpfad_innenstadt/denkmalpfad_1.de.html [27.06.2018].

6 C. Sitte, *Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen*, Wien 1889.

7 Vgl. A. Hubel/A. Borgmeyer/A. Tillmann/A. Wellnhofer (Hrsg.), *Stadt Regensburg. Ensembles – Baudenkmäler – Archäologische Denkmäler. Denkmäler in Bayern*, Bd. III., 37, Regensburg 1997, S. LXX.

8 Vgl. ebda, S. LXXVI.



Abb. 5: Jena von Osten mit Turm der Stadtkirche und dem im Bau befindlichen Verwaltungshochhaus der Zeiss-Werke, 1935/1936; Quelle: *Stadtmuseum Jena*, Glasplattenarchiv.

Werke. Das zehn- bzw. elfgeschossigen Industriebauwerk Friedrich Pützers (1915) im Werksinneren zählt zu den ältesten Hochhausbauten Deutschlands – in einzigartiger städtebaulicher Lage am altstädtischen Grabenring der ehemaligen Stadtbefestigung. Einer der ersten, der sich im denkmalpflegerischen Sinne für den Erhalt der Altstadt Jenas in diesem Spannungsfeld einsetzte, war der Kunsthistoriker Paul Weber, Mitautor in der „Kommission zur Aufzeichnung der Kulturdenkmäler Thüringens“ und Mitbegründer der Heimatschutzbewegung.⁹ Webers Bemühungen zum Erhalt der Altstadt Jenas setzten bei der Dokumentation ein: Über 3.000 Glasplattenegative, Federzeichnungen und Aquarelle ließ er anfertigen, zur Unterstützung seiner Vermittlungsarbeit durch Vorträge und Veröffentlichungen. Mit Erfolg: Lange galt Jena, im Unterschied zu anderen Industriestädten, als positives Beispiel für eine gelungene Verbindung von Altem und Neuem.

Anlässlich des 75-jährigen Jubiläums des Zeiss-Werkes schrieb Weber mahnend, Gewinn und Verlust industrieller Modernisierung müssten gegeneinander abge-

⁹ Vgl. B. Hellmann, Die Bemühungen Paul Webers um die Erhaltung mittelalterlicher Teile des Stadtbildes von Jena, in: M. Escherich/C. Misch/R. Müller (Hrsg.), Entstehung und Wandel mittelalterlicher Städte in Thüringen, Berlin 2007, S. 241 ff.

wogen werden und das aus zwei verschiedenen Welten zusammengesetzte, unharmonisch gewordene Stadtbild solle wieder ausgeglichen werden.¹⁰ Als Zeiss Anfang der 1930er Jahre mit dem Hochhausprojekt Emil Fahrenkamps eine Erweiterung des stetig wachsenden Werks anstrebte, erhob sich ein Sturm der Entrüstung gegen dieses Vorhaben.¹¹ In diese Debatte mischte sich auch Paul Schulze-Naumburg ein, der interessanterweise das Projekt zwar stilistisch ablehnte, die Idee eines über zwanzigstöckigen Hochhauses aber als belebend für die Stadtlandschaft ansah: „Wir wissen, dass eine Stadt wie Bologna im späten Mittelalter allein über 100 der sog. Geschlechtertürme gehabt hat.“¹² Schließlich entschied man sich zwar nicht für den Entwurf Fahrenkamps, aber Schulze-Naumburgs Gutachten war ausschlaggebend, dass 1935/36 nun nach dem Entwurf Hans Hertleins ein vierzehnstöckiges Hochhaus errichtet wurde.

4. Konzepte erhaltender Stadterneuerung

Die neue Wertschätzung der Altstadt führte in Kassel früh zum Konzept der erhaltenden Stadterneuerung: Hier war es nach der Annexion durch Preußen 1866 ebenfalls zu einem umfassenden industriellen Aufschwung gekommen. Im Norden und Osten der Stadt entstanden große Arbeiterquartiere, während im Westen die bedeutende gründerzeitliche Stadterweiterung des Hohenzollernviertels anschloss. Die Altstadt wurde zum Wohnort der Arbeiter – mit der höchsten Wohn-dichte in Kassel in der Zeit der Wohnungsnot nach dem Ersten Weltkrieg. In den späten 1920er Jahren begannen unter Stadtbaurat Gerhard Jobst erste Sanierungen. Die Vorderhäuser wurden instandgesetzt und die Wohnblöcke entkernt, zur Beseitigung des Wohnungselends und zur Verbesserung der hygienischen Verhältnisse. Dieses Vorgehen fand deutschlandweit Aufmerksamkeit und galt als vorbildlich, konnten dadurch doch die prägenden Fachwerkhäuser des 16. und 17. Jahrhunderts und damit das „malerische Stadtbild“ erhalten bleiben.¹³ Die Aufweitung der Marktgasse zur Lösung des als besonders drängend empfundenen Verkehrsproblems stand noch aus. Doch der Verlust historisch wertvoller Gebäude schien

10 Zit. nach J. John, „Schiller – Abbe – Haeckel“. Strukturen und Konstellationen national konnotierter „Jena-Bilder“, in: J. John/J. Ulbricht (Hrsg.), Jena. Ein nationaler Erinnerungsort, S. 26.

11 Vgl. R. Stutz, Herzkammer oder Barriere der Stadtentwicklung? Zum Widerstreit um die Erneuerung von Alt-Jena in der NS- und frühen Nachkriegszeit, in: M. Escherich/C. Misch/R. Müller (s. A. 9), S. 254 ff.

12 Zit. nach ebda, S. 271.

13 Vgl. D. Mehlhorn, Städtebau zwischen Feuersbrunst und Denkmalschutz. Erhaltung – Veränderung – Bewahrung, Berlin 2012, S. 264 ff. und H. Schulz, Altstadtsanierung in Kassel: Stadtumbau und erhaltende Stadterneuerung vor dem Zweiten Weltkrieg, Kassel 1983.



Abb. 6: Entkernter Block der Kasseler Altstadt zwischen Wildemanngasse und Brüderstraße um 1926; aus: *H. Schulz, Altstadtsanierung in Kassel: Stadtumbau und erhaltende Stadterneuerung vor dem Zweiten Weltkrieg, Kassel 1983, S. 46.*

der unvermeidbare Preis für die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Altstadt – „selbst auf die Gefahr hin, dass der Bezirkskonservator einen Schlaganfall erleide“.¹⁴ Die 1929 zum Erliegen gekommene Stadtsanierung wurde 1933 von den Nationalsozialisten wieder aufgenommen und als „Altstadtgesundung“ unter propagandistischem Aufwand weiterentwickelt, verbunden mit der Beseitigung unerwünschter Personen des „roten Stadtteils“.

5. Denkmalpflege im Wiederaufbau

Nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Altstadt Kassels in der Nacht vom 22. auf den 23. Oktober 1943 im Bombardement der Royal Air Force nahezu vollständig untergegangen war, wurden die Zerstörungen in erster Linie als Chance begriffen, eine moderne, neue, autogerechte Stadt erstehen zu lassen, mit großen Blockinnenräumen und aufgeweiteten Straßenräumen. Andere, differenziertere Lösungen wie sie der Provinzialkonservator Friedrich Bleibaum mit seinem Wertstufenplan vorgeben wollte, die auf eine teilweise Wiederaufnahme des historischen Straßengrundrisses und eine Wiederherstellung prägender Straßenzeilen abzielten, fanden kaum Verfechter.¹⁵ Kassel wurde so zum Vorreiter der autogerechten Stadt mit Fußgängerunterführungen unter dem Innenstadtring und der berühmten Treppenstraße

¹⁴ Kasseler Post, 22.03.1929.

¹⁵ Vgl. *F. Lüken-Isberner, Große Pläne für Kassel 1919 bis 1949. Projekte zu Stadtentwicklung und Städtebau, Marburg 2017, S. 180 ff.*



Abb. 7: Der Kasseler Altmarkt als Verkehrskreuzung autogerecht umgestaltet, 1958;
Quelle: *Stadtarchiv Kassel*, Bildsignatur 0.007.086.

als erste Fußgängerzone Deutschlands. Im Bereich der ehemaligen Altstadt entstanden Wohnquartiere gemäß einem an der Heimatschutztradition orientierten Städtebau, der auch Anforderungen des Luftschutzes genügen sollte. Eine bessere Stadt sollte so geschaffen werden. Aufgrund der beispiellosen Konsequenz in der Umsetzung der gegliederten und aufgelockerten Stadt wurde Kassel bereits 1988 von der Süddeutschen Zeitung als „Freilichtmuseum für Architektur und Städtebau der 1950er Jahre“ bezeichnet.¹⁶

Vollkommen konträr war die Vorgehensweise in Rothenburg ob der Tauber, dessen Altstadt zu 45% zerstört worden war, was vielleicht angesichts des heutigen vollständig „mittelalterlichen“ Erscheinungsbildes zunächst erstaunlich erscheint. Die Wiederherstellung Rothenburgs mit seiner weit in das 18. Jahrhundert zurückreichenden Rezeptions- und Tourismusgeschichte entsprach dem breiten Konsens der Stadtbevölkerung. Der bayerische Generalkonservator Georg Lill, der Rothen-

¹⁶ C. Wiedemann, Dokumente des Neubeginns. Die Architektur der fünfziger Jahre wird vom Denkmalschutz entdeckt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 06.09.1988.



Abb. 8: Die Galgengasse in Rothenburg ob der Tauber nach dem Wiederaufbau in den 1950er Jahren; Quelle: Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege.

burg bereits wenige Wochen nach Kriegsende besucht hatte, erklärte programmatisch: „Es geht heute nicht mehr um Einzelnes, denn ganze Städte müssen als Gesamtkunstwerk gerettet werden.“¹⁷

Ein Wiederaufbauamt mit einem aus München delegierten Architekten bündelte die Maßnahmen: Befördert wurden neben dem Wiederaufbau privater Häuser, die Rekonstruktion der öffentlichen Gebäude und der Stadtmauer. Gelegentlich geriet der Wiederaufbau auch zur Übertreibung mittelalterlicher Situationen: So ersetzt die prächtig gotisierende Gerlach-Schmiede im Fachwerkstil an der Stadtmauer eine vormalige unscheinbare Natursteinscheune. Für das Quartier an der Galgengasse hingegen entwickelte das Stadtbauamt unter Beratung durch das Landesamt für Denkmalpflege Neubauten mit vereinfachten Fassaden, die ein „Alt-Rothenburg“ repräsentieren und dennoch als Wiederaufbau identifizierbar bleiben sollten.¹⁸

17 G. Lill, Rettung von Bayerns Kulturbauten. Beseitigung von Kriegsschäden. Grundsätzliche Fragen der Planung, in: Süddeutsche Zeitung, 06.10.1945.

18 Vgl. H. Berger/T. Lauterbach, Rothenburg ob der Tauber. Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, Rothenburg o. d. T. 2009.

6. Stadtsanierung in einem unzerstörten Altstadtensemble

Während die Zerstörungen des Weltkriegs vielen Städten im Wiederaufbau Möglichkeiten zur Anpassung ihres Stadtkerns an das Ideal von „Licht, Luft und Sonne“ boten, waren die Spielräume in den unzerstörten Altstadtensembles deutlich kleiner. Die Regensburger Altstadt, die den Krieg vergleichsweise gut überstanden hatte, war in der Wohnungsnot der unmittelbaren Nachkriegszeit hoffnungslos übernutzt und wies in den 1950er Jahren eine verwehrte Bausubstanz auf; die Altstadt verarmte mit all den Folgen für die Sozialstruktur im Viertel. Bauunterhaltung und Investitionen in die Altstadt unterblieben. Zum Fanal wurde 1955 der dramatische Zusammenbruch des Treppenhauses in der Keplerstraße 7. In diesem Gebäude wohnten zu diesem Zeitpunkt 94 Personen, für die fünf Wasserzapfstellen und fünf Etagenklos im Bereich des Treppenhauses zur Verfügung standen: Die Rettung der Altstadt Regensburgs wurde zum „Prüfstein für das kulturelle Gewissen Deutschlands“¹⁹ ausgerufen und führte zur Auflage eines ersten Bund-Land-Sanierungsprogramms.

Es wurde ein „Erneuerungsgebiet I“ ausgewiesen, das weitgehend identisch war mit dem mittelalterlichen Bezirk der Donauwacht. Auflage für die Mittelbereitstellung war, einen im Städtebau und der Baudenkmalpflege besonders erfahrenen Architekten mit der städtebaulichen Gesamtplanung zu beauftragen. Dafür gewonnen wurde 1958 Hans Döllgast, zu dieser Zeit als Ordinarius an der Technischen Hochschule München frisch emeritiert und an bedeutenden Wiederaufbauprojekten wie dem Würzburger Dom oder der Alten Pinakothek in München beteiligt. Die Planung Döllgasts sah vor, nur die historisch bedeutsame Blockrandbebauung zu erhalten, das Blockinnere sollte stark entkernt, durchgrünt und aufgelockert werden und eine neue West-Ost-Schneise erhalten, bei weitgehendem Erhalt der das Viertel prägenden Nord-Süd-Gassen. Die großzügigen Entkernungen der Baublöcke führten zur Entstehung völlig neuer Plätze insbesondere nördlich des Scheugässchens: Dieser Platz, der sich nach einer Aussage von Hans Döllgast „wie eine Bühne“ zeigen sollte, erscheint heute in der Betrachtung der Rückansichten, die nie als Schauffassaden entwickelt wurden und in keiner Bauflucht stehen, ungewohnt und letztlich unbewältigt. Die heutige Nutzung als Spielplatz ist sicher besser als die vorherige Nutzung als Parkplatz, wirkt aber als Gestaltungselement wie

19 Zu Regensburg (einschließlich Nachweis der Binnenzitate) ausführlich *M. Harzenetter*, Ein Prüfstein für das kulturelle Gewissen Deutschlands. Paradigmen der Altstadtsanierung Regensburgs, in: *P. Schmidt* (Hrsg.), *Geschichte der Stadt Regensburg*, Bd. 1, Regensburg 2000, S. 572-603; vgl. auch *A. Borgmeyer/H. Gieß*, *Geschichte der Stadtsanierung und Denkmalpflege*, in: *A. Hubel/A. Borgmeyer/A. Tillmann/A. Wellnhofer* (Hrsg.), *Stadt Regensburg. Ensembles – Baudenkmäler – Archäologische Denkmäler. Denkmäler in Bayern, Band III*, 37, Regensburg 1997, S. LXXIX.



Abb. 9: Entkernter Block in der Regensburger Altstadt mit zur Schau gestellten Rückfassaden und „erfundenen“ Patriziertürmen, nördlich des Scheugässchens; Quelle: *Stadt Regensburg, Peter Ferstl*.

eine Verlegenheitslösung. Die dortigen „Patriziertürme“ sind in dieser Form und Gestaltung freie Erfindungen der 1950er und 1960er Jahre.

Während an der einen Stelle noch um die Grundsätze für den angemessenen Umgang mit der Altstadt gerungen wurde, wurden an anderen Stellen bereits Fakten geschaffen: Zur Verbesserung des Verkehrsflusses und zur baulichen Modernisierung der Stadt stimmte der Stadtrat dem Abbruch von sieben historischen Gebäuden zugunsten eines Neubaus zu, dem Pustet-Block, benannt nach dem Verleger und Buchhändler Pustet, dem diese Liegenschaften gehörten. Entstanden ist ein breit gelagerter Baublock mit Lochfassade, der in der Straßenflucht zurückversetzt ist. Bezeichnend die seinerzeitige Begründung des Stadtrates: „Nur eine gesunde Synthese zwischen Romantik und vitalen Gesichtspunkten der Realistik einer in die Zukunft hineinstürmenden Gegenwart gebietet daher [...] zugunsten des Lebens auch gewisse Opfer zu bringen.“ Die Umsetzung des Planes, diese Schneise durch die gesamte Altstadt zu führen, und damit ganze Straßenzeilen den Bedürfnissen des Verkehrs zu opfern unterblieb jedoch glücklicherweise. Schon in den frühen 1960er Jahren gab es erste Überlegungen zu einem Neubau des Kaufhauses Merkur-Horten. Das erste Vorprojekt, das 1966 der Stadtverwaltung vorgestellt wurde, wurde durch das Stadtbauamt grundsätzlich befürwortet mit Argumenten, die nahezu unverändert auch heute noch bei ähnlichen Vorhaben vorgebracht werden: „Wenn auch aus der Sicht der Erhaltung der Regensburger Altstadt städtebaulich

ein anderer Standort vorzuziehen wäre, so überwiegen die Gründe wirtschaftlicher Art so sehr, dass dieser Gedanke nicht weiter verfolgt werden kann. [Wir glauben], dass solche Kristallisationspunkte in der Altstadt unentbehrlich sind, wenn das Leben dort erhalten bleiben soll.“ Eine sehr heftige, öffentliche Debatte, heftiger Widerstand der Denkmalpflege und die Einschaltung des Bayerischen Landesbaukunstsausschusses führten zu wenigen, nicht wirklich tröstlichen Ergebnissen: Erstens wurde der Entwurf für die Außengestaltung durch den Münchner Architekten Josef Wiedemann „denkmalgerecht“ überarbeitet, zweitens ein mittelalterlicher Keller erhalten und drittens die klassizistische Fassade der „Alten Wache“ – und nur diese – in den Neubau integriert.

Die Schockwellen über diese Baumaßnahmen waren so groß, dass in der Folge in Bayern 1973 ein schlagkräftiges Denkmalschutzgesetz erlassen wurde. Es wurde erkannt, dass historische Bausubstanz nicht folgenfrei durch Neubauten zu ersetzen ist. Eine konsequent eingesetzte historische Bauforschung und vorbereitende Untersuchungen in Form der sogenannten „Baualterspläne“ wurden zur Voraussetzung bei weitreichenden baulichen Entscheidungen. 1975 trat Regensburg als Modellstadt des Europäischen Denkmalschutzjahres auf und in der Folge wurde aus offiziellen Bekenntnissen zur Erhaltung der Altstadt zunehmend auch wirkliche Denkmalpflege. Seit 2006 ist Regensburgs Altstadt UNESCO-Welterbe.

7. Überplanung der Altstadt

Waren es in der „alten“ BRD vorwiegend Kaufhaus- und Sparkassenbauten, die mit einer maßstabssprengenden Attitüde zum Abbruch ganzer Baublöcke führten, war die Überformung der Altstädte in der DDR primär planwirtschaftlich-politisch motiviert: In den 1960er Jahren beschloss der Ministerrat der DDR, den Aufbau und die Neugestaltung wichtiger Städte des Landes zu beschleunigen. Sogenannte „Stadtdominanten“ sollten historischen Stadtzentren ein neues, „sozialistisches“ Aussehen geben und insbesondere die Kirchtürme überragen. Für Jena wurde der Staatsarchitekt Hermann Henselmann mit dem Entwurf eines Rundturms beauftragt, der ein Fernrohr symbolisieren sollte. Vorgesehen war eine Nutzung als Forschungszentrum des Kombines Carl Zeiss Jena. Ferner waren ein Kulturhaus, Verwaltungsgebäude und ein zentraler Aufmarschplatz für Kundgebungen geplant.²⁰ Im Juni 1969 wurde das vom Zweiten Weltkrieg verschonte historische Wohn- und Geschäftsviertel um den Eichplatz abgerissen, um Bauplatz für den geplanten Rundturm zu gewinnen. Die feierliche Einweihung des rund 160 m

20 Vgl. M. Diers, *Der Turm von Jena. Architektur und Zeichen*, Jena 1999.



Abb. 10: Jena: Der Eichplatz mit dem Jentower am Rande der Altstadt mit dem Komplex der Zeisswerke im Hintergrund, 2017; Quelle: *Stadt Jena, Geoinformation*.

hohen Hochhauses fand am 2. Oktober 1972 statt. Da für eine Nutzung durch den VEB Carl Zeiss Jena kein Bedarf mehr bestand, wurde das Gebäude der Friedrich-Schiller-Universität Jena übergeben.

Mit der Errichtung des Industriebaus innerhalb des Grabenrings war die noch erhaltende Parzellenstruktur zerstört worden und die Südseite der Straßenfassaden der historischen Johannisstraße bildete die einzig markante Platzfront. So wurde die seit 1979 „Platz der Kosmonauten“ genannte Park-, Grün und Aufmarschfläche nach der politischen Wende vor allem als Innenstadtbrache wahrgenommen.²¹ Auch wenn dem Turm heute zweifelsfrei Denkmalqualitäten zu attestieren sind, bedeutet das herausragende Städtebauprojekt der 1960er Jahre zugleich eine erhebliche Störung des Altstadtensembles der Jenaer Kernstadt. Die Platzgestaltung der 1970er Jahre mit Tribüne, die Volksbuchhandlung, das Café und der Orchideenbrunnen verschwanden, als das Einkaufszentrum „Neue Mitte“ ab Mitte der 1990er Jahre die Turmumbauung ersetzte. Bei der Aufstellung der Sanierungsziele für die

21 Vgl. *M. Lerm*, Freianlagengestaltungen in der früheren DDR, in: *Freie und Hansestadt Hamburg, Kulturbehörde, Denkmalschutzamt* (Hrsg.), *Konversionen. Denkmal – Werte – Wandel. Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland*, Hamburg 2012, S. 193.

Jenaer Innenstadt wurde beschlossen, den Eichplatz ebenfalls wieder zu bebauen. Nach der Wiederaufnahme der Entwicklung des Eichplatzareals wurde 2016 unter anderem der Grundsatz beschlossen, dass der Stadtteil eine „eigene, vielfältige und qualitätvolle städtebaulich-architektonische Prägung erhalten“ [soll], mit „Sichtachsen auf markante Punkte“.²²

8. Das Europäische Denkmalschutzjahr 1975

Es war die Auflehnung gegen solcherart maßstabs- und rücksichtslose Modernisierungen der alten Städte und Dörfer, die in den 1970er Jahren zu einer von großem bürgerschaftlichen Engagement getragenen Gegenwehr geführt haben: Zur Verstärkung des Trends trugen die zahlreichen Publikationen und Veranstaltungen bei, die im Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 für die Bewahrung des baukulturellen Erbes warben. Hans Meier, Vorsitzender des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, schrieb in der Broschüre zum Denkmaljahr 1975: „War früher hauptsächlich der natürliche Verfall zu bekämpfen, so sind heute unsere Altstädte vor allem vor der von uns selbst verübten Zerstörung durch neue Straßen und Gebäude zu schützen.“²³

Europaweit bekannten sich starke gesellschaftliche Kräfte – bezeichnenderweise in einer Phase der wirtschaftlichen Stagnation – zu den Werten einer historisch gewachsenen Kulturlandschaft, zur Kraft der Ortskerne und zur Bedeutung und zum Wert von Einzeldenkmälern. Die neue Disziplin der städtebaulichen Denkmalpflege – der Begriff ist eine Wortprägung dieser Zeit²⁴ – zielt auf das Erkennen und die Bewahrung von baulicher und sozialer Identität. Dabei rückten auch erstmalig Gründerzeitviertel in den Fokus, die noch in den 1950/1960er Jahren als architektonisch wertlos galten. Die Gesetzgebung begann sich auf Denkmalbereiche, Ensembles und Flächendenkmale zu erstrecken; das moderne Städtebauförderungsgesetz wurde 1971 eingeführt.

Es ging in den Debatten vielfach um weit mehr als Denkmalpflege, nämlich um Milieuschutz; es war bekanntlich die Zeit der ersten Hausbesetzungen im Frankfurter Westend, in Berlin-Kreuzberg und in der Hamburger Hafenstraße. Die denkmalpflegerischen Anliegen fielen auf fruchtbaren Boden und wurden erfolg-

22 https://blog.jena.de/stadtmitte/wp-content/uploads/sites/15/2016/03/Grunds%C3%A4tze_Beteiligungsverf-Stadtmitte-Eichplatz_3-2016_03.compressed.pdf, S.9 [27.06.2018].

23 P. Bode (Hrsg.), Unser Lebensraum braucht Schutz. Denkmalschutz. Haus für Haus stirbt dein Zuhause, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 3.

24 Vgl. V. Eidloth, Geschichte der städtebaulichen Denkmalpflege, in: *Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland* (Hrsg.), Handbuch Städtebauliche Denkmalpflege, Petersberg 2013, S. 23 f.



Abb. 11: Veränderungen der Stadt in den Illustrationen Jörg Müllers, aus: *J. Müller* (s. A 25).

reich popularisiert, etwa in dem Bilderbogen von Jörg Müller, „Hier fällt ein Haus, dort steht ein Kran und ewig droht der Baggerzahn“ von 1976.²⁵

9. Städtebaulicher Denkmalschutz als Strategie

Die Ausdifferenzierung der Idee des Städtebaulichen Denkmalschutzes soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Verwiesen sei nur noch paradigmatisch auf das seit 1991 laufende staatliche Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“, das unter den Auspizien der Städtebauförderung nach der Wiedervereinigung zunächst mit Blick auf den dramatischen Sanierungsstau in den historisch bedeutsamen Stadtkernen der vormaligen DDR eingeführt wurde. Der Erhalt der „bau- und kulturhistorisch wertvollen Stadtkerne über die jeweiligen Einzeldenkmäler, Straßen und

²⁵ *J. Müller*, Hier fällt ein Haus, dort steht ein Kran und ewig droht der Baggerzahn, oder die Veränderung der Stadt, Aarau 1976.

Plätze hinaus in ihrer baulichen und strukturellen Eigenheit und Geschlossenheit“²⁶ wird hier zur Förderstrategie.

Ziel dieser exemplarischen Darstellung war es zu veranschaulichen, mit welchen Begründungen zu welchen Zeiten mit welchen Zielen Eingriffe und Überformungen historischer Ortskerne stattgefunden haben und welche Argumente und Strategien für einen achtsameren Umgang mit dem Bestand entwickelt worden sind. Wie das Durchleuchten eines Palimpsests illustrieren und erklären archäologische und städtebauliche Untersuchungen die Zeitschichten einer Stadt. Es ist nicht das Ziel der städtebaulichen Denkmalpflege, Entwicklungsprozesse anzuhalten, wohl aber durch die argumentierende Darstellung von historisch begründeten Qualitäten Planungsprozesse konstruktiv zu begleiten. Es geht darum, die Stadt zu verstehen als „ein komplexes System aus materiell greifbarer und immateriell ablesbarer Überlieferung, das eine immense zeitliche Tiefenschichtung besitzt, die sich in der aktuellen Struktur, in Gestalt und Bild ausdrückt.“²⁷

Ob Wachstum oder Schrumpfung: Es gilt, Städte aus dem Bestand heraus weiter zu entwickeln. Das heute mühsam errungene Niveau des städtebaulichen Denkmalschutzes ist in der Praxis der Stadtsanierung täglich aufs Neue zu verteidigen. Nach wie vor gibt es in historischen Stadtquartieren eklatante Sanierungsrückstände und gravierende Substanzverluste. Jeder neue Baudezernent, jeder neue Bürgermeister und jeder neue Minister muss erneut an die Gefahren für unser historisches Erbe erinnert werden, die Max Dvořák vor 100 Jahren treffend charakterisierte:²⁸

„Sie beruhen:

1. auf Unwissenheit und Indolenz
2. auf Habsucht und Betrug
3. auf missverstandenen Fortschrittsideen und Forderungen der Gegenwart
4. auf unangebrachter Verschönerungs- und Neuerungssucht, künstlerischer Unbildung oder Verbildung.“

26 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, *BMVBS* (Hrsg.), *Städtebaulicher Denkmalschutz. Programmstrategie*, Berlin 2010, S. 5.

27 T. Gunzelmann, *Flächenhafte geschichtliche Überlieferung als Gegenstand städtebaulicher Denkmalpflege*, in: *Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland* (Hrsg.), *Handbuch Städtebauliche Denkmalpflege*, Petersberg 2013, S. 59.

28 M. Dvořák, *Katechismus der Denkmalpflege* [zuerst 1916], in: N. Huse (Hrsg.), *Denkmalpflege. Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten*, München 2006, S. 177.

Die Stadt entwickeln und weiterbauen **Konzeptioneller Städtebau und baukulturelles Erbe in Bremen**

Die alten und historisch geprägten Städte in Europa, zu denen die Hansestädte im Nord- und Ostseeraum gehören, haben besonders günstige Voraussetzungen für erfolgreiche Stadtentwicklungsstrategien im 21. Jahrhundert. Sie vereinen in ihrer Verfasstheit und ihren Bau- und Raumstrukturen eine lange Tradition als eigenständige, stolze und integrationsfähige Kommunen in Verbindung mit einem reichen und vielfältigen baukulturellen Erbe.

Die hier betrachteten Städte nehmen einen gewichtigen Platz auf den geographischen und mentalen Landkarten ein und wirken als historische Zeugnisse und zentrale Orte im deutschen und europäischen Städtesystem genau wie in ihren Regionen und lokalen Kontexten. Daraus erwachsen besondere Herausforderungen im Spannungsfeld zwischen der Dynamik der Stadtentwicklung und dem Eigensinn und Wert ihrer historischen Bestände.

Als Gemeinwesen müssen die Städte den Zusammenhalt einer von Singularität und Polarisierung gekennzeichneten Stadtgesellschaft leisten. Das hat einen ganz unmittelbaren Bezug zu den historischen Prägungen der Städte mit ihren sehr verschiedenen Baustrukturen, öffentlichen Räumen, Architekturen, Milieus und Identitäten. Des Weiteren haben sich die Städte den Auswirkungen globaler und transnationaler Entwicklungen auf ihre lokalen Märkte und Standorte zu stellen. Das betrifft den Immobilien- und Wohnungsmarkt und die Bauwirtschaft, aber ebenso gravierend den Strukturwandel großer Produktionsstätten oder öffentlicher Infrastrukturen, die häufig Areale von erheblichen Dimensionen, charaktervolle städtebauliche Räume, historisch wertvolle Gebäude oder hochkarätige Denkmale umfassen. Dabei stehen die Städte vor der Aufgabe, für die Umwälzungen und Disruptionen der Digitalisierung in ihrem Einfluss auf die technischen und sozialen Infrastrukturen, aber auch auf die bis dato lokal verorteten Nutzungen, Mobilitätsmuster und Logistikprozesse neue stadtstrukturelle und bauliche Antworten zu finden. Das betrifft unter anderem den Einzelhandel in den Innenstädten mit großen Kaufhäusern und traditionellen Geschäftsstraßen, aber auch zahlreiche Dienstleistungs-, Versorgungs- und Bildungseinrichtungen mit ihren herkömmlichen Typologien, Baustrukturen und Betriebsformen.

Die Schauplätze der aktuellen Stadtentwicklung und des zeitgenössischen Städtebaus umfassen – auch mit dem Blick auf Bremen – die Reprogrammierung der Innenstadt, den Umbau zentraler Adressen und damit häufig markante Ensembles oder Denkmalobjekte, aber zugleich die Auseinandersetzung mit städtebaulichen Strukturen und großen Siedlungsbeständen aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hinzu kommt die Transformation großer Hafen- und Infrastruktura-reale, zu denen Bahn- und Militärfächen, Krankenhäuser, Wasser- und Gaswerke sowie traditionelle Sport- und Freizeitareale gehören. Diese Entwicklungen stehen in einem engen Zusammenhang mit den Aufgaben des Wohnungsbaus und der Schaffung bezahlbarer Wohnungen, aber auch mit der Sicherung der Perspektiven für gewerbliche und industrielle Nutzungen.

Schließlich planen und bauen die Städte wieder neue Quartiere oder ganze Stadtteile, die selbst auf großen Konversionsflächen oder an den Stadträndern immer einen direkten Bezug zur gewachsenen Siedlungs- und Kulturlandschaft haben und somit in den Topographien der Städte einen Platz suchen und finden müssen.

1. Leitbild und Planwerke für Bremen

Die Freie Hansestadt Bremen kann auf eine lange und reiche Geschichte als Bischofssitz, Freie Reichsstadt, bürgerliche Stadtgemeinde, wachsende Hafen- und Großstadt sowie Regierungssitz des kleinsten der 16 Länder der Bundesrepublik Deutschland blicken. Der Zweistädtestaat Bremen umfasst 404 qkm, von denen 324 qkm auf die Stadtgemeinde der Freien Hansestadt Bremen und 80 qkm auf die ca. 60 km wesenabwärts an der Küste gelegene Seestadt Bremerhaven entfallen.

Bremen verzeichnet seit 2010 kontinuierlich steigende Einwohnerzahlen durch eine Reurbanisierung und vor allem eine gestiegene Fern- und Auslandszuwanderung. Mit ca. 569.000 Einwohnern hat die Stadt im Jahr 2017 wieder die Größenordnung von 1980 erreicht und ist derzeit die elftgrößte deutsche Stadt. Damit stellt sich Bremen als attraktives Zentrum der Metropolregion im Nordwesten der Bundesrepublik Deutschland mit einer wachsenden Entwicklungsdynamik dar.

Im Wettbewerb mit europäischen Ballungsräumen und in der Region steht für Bremen das Entwicklungsziel einer lebenswerten Stadt im Vordergrund. Dies erfordert einen integrierten und ganzheitlichen Ansatz der Stadtentwicklung für die Profilierung des Wirtschaftsstandortes, ausreichend Wohnraum für alle Nachfragegruppen, eine gute Bildungsinfrastruktur, kulturelle Angebote und eine hohe Freiraum- und Lebensqualität. Im Fokus stehen deshalb eine erlebbare Kulturlandschaft, die Stadt der kurzen Wege und Quartiere mit attraktiven Zentren als Kristallisationspunkte eines vielgestaltigen urbanen Lebens in einer Großstadt mit

eigener Identität. Hierfür ist das Leitbild „Bremen! Lebenswert – urban – vernetzt“¹ maßgebend und konsensfähig. Auch wenn es in einigen Punkten durch die Zuwanderung, ein neues Bevölkerungswachstum und die globalen Herausforderungen des Klimawandels oder der Digitalisierung eine Aktualisierung erfährt, ist es Leitfaden für die räumliche Entwicklung der Stadt. Es gibt Orientierung für große städtebauliche Projekte und Bauvorhaben gleichermaßen.

Das Leitbild bezieht sich auf den Stadtraum und die räumlichen Schwerpunkte der Stadtentwicklung. Dabei sind ein Weiterdenken der Maxime zum „Leben mit dem Fluss“, zur Perspektive der Innenstadt als „Mitte Bremen“, zur Transformation der alten Hafen- und Industriequartiere als neue Ortsteile und Entwicklungsbereiche, zum Wohnen in traditionellen und neuen Quartieren, aber auch zu den Perspektiven der klassischen Industriestandorte und neuen Dienstleistungs- und Innovationsstandorte sowie zur Rolle der Universitäten und Hochschulen als Motoren der Wissensgesellschaft essentiell.

Im Jahr 2015 hat die Stadtgemeinde Bremen einen neuen Flächennutzungsplan aufgestellt und hier die Grundzüge eines Landschaftsprogramms für die Gesamtstadt integriert. Parallel dazu wurden ein Verkehrsentwicklungsplan und ein Klimaschutzprogramm verabschiedet, die ebenfalls auf das Jahr 2030 zielen. Im Vergleich zu Konzepten der Stadtentwicklung aus vergangenen Epochen soll es mit den aktuellen Planwerken gelingen, den Siedlungsraum der Stadt nachhaltig zu entwickeln und in der Summe zugunsten der Innenentwicklung zu qualifizieren. Hierfür wurden neue Wohnbauflächen in integrierten, gut erschlossenen Lagen, gemischte Bauflächen und neue Gewerbeflächen, aber auch Standorte der produktiven Stadt als entsprechende Potenziale ausgewiesen.

Die Kernaussagen des Landschaftsprogramms kommen in Freiraumverbindungen und einem eigens für den Bremer Flächennutzungsplan entwickelten Planzeichen – einer „Grünschräffur“ für bebaute Bereiche mit entsprechenden Orientierungen für die verbindliche Bauleitplanung – zum Tragen. Dies betrifft u. a. die für die Stadt typischen Bremer-Haus-Gebiete mit wertvollen Baumbeständen und städtebaulichen Bezügen zu den großen Parkanlagen sowie die teils unter Denkmalschutz gestellten Gartenstädte aus der Wiederaufbauphase der 1950er Jahre mit ihren charakteristischen Grünräumen. Das Verkehrskonzept setzt auf alle Mobilitätsformen gleichermaßen und favorisiert den Umweltverbund.

Den Planwerken liegt ein räumliches Leitbild der Gesamtstadt (Abb. 1) zugrunde, das die Innere Stadt, als urbanen, gut erschlossenen und vielfältig genutzten Raum interpretiert. Das schließt Innovationsbereiche wie das Areal der Universität mit

1 *Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa* (Hrsg.), Komm mit nach Morgen! Leitbild der Stadtentwicklung 2020, Bremen 2008.



Abb. 1: Räumliches Leitbild für die Gesamtstadt 2030;

Quelle: *Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr*, 2013.

dem Technologiepark, die Überseestadt als großen Transformationsstandort oder die Airport Stadt als Standort des Luft- und Raumfahrtclusters, aber auch Entwicklungsschwerpunkte wie den Bremer Westen, Bremen Nord und perspektivisch auch den Bremer Osten oder das Vordere Woltmershausen südlich der Weser ein.

Die breite Akzeptanz für eine solche Lesart der Stadtentwicklung wurde mit dem 2014 beschlossenen Innenstadtkonzept Bremen² durch eine stadtstrukturelle Setzung bekräftigt (Abb.2). Diese folgt einer Stadtidee, die sich über die Konturen der historischen Altstadt mit dem Rathaus und Dom hinaus an beiden Ufern der Weser orientiert. Der Umgriff für die Bremer Innenstadt schließt deshalb die denkmalgeschützten Wallanlagen nördlich der Altstadt und die Neustadtwallanlagen als Abschluss der Alten Neustadt im Süden ein. Darüber hinaus gehört auch die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts städtebaulich überformte Bahnhofsvorstadt mit ihrer hohen Zentralität zur Bremer Innenstadt. Und schließlich prä-

2 *Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und Handelskammer Bremen* (Hrsg.), *Bremen Innenstadt 2025*, Bremen 2014.



Abb. 2: Räumliches Leitbild Innenstadtkonzept Bremen 2015;

Quelle: Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr / Pesch & Partner, 2013.

gen die großen Verkehrsinfrastrukturen der Wilhelm-Kaisen-Brücke im Zentrum, der lange Zug der Bürgermeister-Smidt-Straße und Langemarkstraße über die Weser und die Stephaniebrücke als Zäsur zur Überseestadt die Bremer Innenstadt. Damit haben sich der historische Gründungsort und das Zentrum, aber ebenso die Stadtlandschaft mit dem Flussraum und den großen Parks sowie das Verkehrsinfrastrukturmuster der Großstadt bis hin zu den Brücken in die aktuell gültigen Planwerke der Bremer Stadtentwicklung eingetragen.

Prognosen zeigen, dass Bremen mit weiter wachsenden Einwohner- und Haushaltszahlen bis 2030 rechnen kann. Zugleich wirken sich demographische Entwicklungen und eine Veränderung der Lebensstile aus. Toleranz und Pragmatismus prägen den Umgang mit Zuwanderern und die Impulse, die sich daraus ergeben, werden positiv genutzt. Was Konrad Röthel 1955 in seinem Buch über die Hansestädte festgestellt hat, besitzt für Bremen noch immer Gültigkeit: „Die ständige Berührung mit der Ferne hat den Blick geweitet, und die immer neue Auseinandersetzung mit dem Fremden zeitigte als eine der reifsten Früchte im Charakterbild dieser Bürger eine Toleranz, die – fern aller philosophischen Spekulation – aus

der einfachen Notwendigkeit zu friedlichem und nützlichem Zusammenleben geboren war.“³

2. Stadt am Fluss – Leben mit der Weser

Stadträumlich ist Bremen durch die Lage an der Weser geprägt. Der große Fluss durchzieht auf einer Länge von 42 km das Stadtgebiet von Hemelingen im Südosten bis Reum im Nordwesten. Der historische Kern der Stadt, der durch die Doppeltürme des Doms auf einer Weserdüne weithin sichtbar markiert ist, hat sich bereits im 17. Jahrhundert mit der Neustadt planmäßig auf die andere Flussseite erweitert. Hinzu kamen ab Mitte des 19. Jahrhunderts und insbesondere im 20. Jahrhundert die Häfen flussabwärts an der Weser. Schließlich charakterisieren auch die großen Verkehrsinfrastrukturen mit der Autobahn- und Eisenbahnbrücke sowie die erst in den 1930er Jahren eingemeindeten Vorstädte mit industrieller Entwicklung die Bezüge der Stadt am Fluss (Abb. 3).

Die Weser ist ein zentraler Bezugspunkt für die historische Bedeutung von Bremen, aber auch für die Perspektiven und zukünftigen Qualitäten der Stadt. Der Fluss verkörpert Identität, ist ein Standortfaktor für die Wirtschaft und zugleich eine hervorragende Adresse für das Wohnen und gemischte Nutzungen. Er fungiert mit seinen Uferlandschaften als wichtiger Erholungsraum und zunehmend auch als Freizeit- und Tourismusziel. Deshalb orientieren sich wesentliche Elemente des Stadtbildes, wie die Silhouette der Stadt oder bedeutungsvolle öffentliche Räume und Adressen auf den Fluss und seinen Landschaftsraum. Eine Besonderheit ist dabei der respektvolle Umgang mit dem Bremer Dom in seiner Wirkung und Sichtbarkeit im Stadtbild, was vor allem im Zusammenhang mit neuen Hochpunkten oder Hochhausprojekten einen sensiblen städtebaulichen Belang darstellt.

Bremen hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten viele erfolgreiche Entwicklungen angestoßen, die Lage der Stadt am Wasser durch städtebauliche Projekte in Wert zu setzen. Ein zentraler Baustein ist die Entwicklung der Überseestadt auf dem ehemaligen Hafensareal zu einem lebendigen, gemischt genutzten Stadtteil. Auf dem Teerhof und Stadtwerder zwischen Stromweser und Kleiner Weser sind Ensembles aus Wohn- und Bürobauten entstanden. Der Umbau der Schlachte zu einem Boulevard mit Terrassen hat die historische Altstadt zur Weser geöffnet. Die Renaturierung von Uferbereichen wie der Park am Weserwehr oder der Rablhauser Uferpark haben den Flussraum für weitere Stadtteile belebt. Schließlich steht das traditionsreiche Weserstadion von Werder Bremen direkt am Osterdeich

3 K. Röthel, Die Hansestädte, München 1955, S. 3.



Abb. 3: Luftbild Innenstadt / Überseestadt; Quelle: *Studio B, Bremen, 2017.*

und ist in eine öffentlich nutzbare Flusslandschaft eingebunden, die 2016 in Verbindung mit Flutschutzmaßnahmen neu gestaltet wurde.

Mit über vier Metern verzeichnet die Weser in der Bremer Altstadt den höchsten Tidehub in der norddeutschen Bucht. Ohne sichere Deiche wären fast 90% des Stadtgebietes ständig von Überflutung bedroht. Der Klimawandel sowie die Belange des Hochwasser- und Küstenschutzes erfordern erhebliche bauliche Maßnahmen an den Wasserkanten Bremens. Die großen Hochwasserschutzanlagen und ihre städtebauliche Einbindung sowie freiräumliche Gestaltung eröffnen Möglichkeiten der Profilierung von Stadtteilen und Standorten, wenn eine funktionale Neuordnung erfolgt und angrenzende Bereiche einbezogen werden können. Daraus erwächst die Chance, mit dem kulturellen Erbe an der Weser und dem räumlichen Potential der Wasserlage weitere wirksame Impulse für die Stadtentwicklung zu setzen. Dazu gehören perspektivisch auch die Verbindungen der beiden Seiten des Flusses durch Fähren oder Brücken, um Stadtteile stärker zu vernetzen, in denen neue Wohnquartiere entstehen oder zukünftige Entwicklungsschwerpunkte liegen.

Von besonderer Bedeutung für das Leben mit dem Fluss sind derzeit zwei Projekte (Abb. 4). In der Neustadt soll im Ergebnis eines landschaftsarchitektonischen

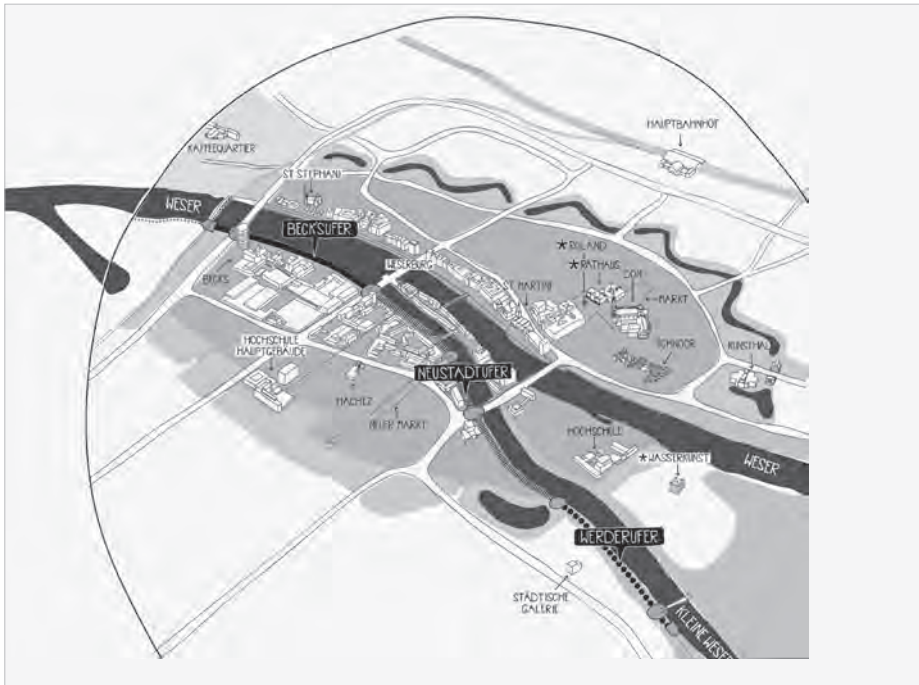


Abb. 4: Leben mit dem Fluss; „Stadtstrecke“ und „Weiche Kante“;
Quelle: *Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr / Urban Catalyst*, 2015.



Abb. 5: Stadtstrecke; Quelle: *Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr / Topotek 1*, 2016.

Wettbewerbes entlang der Stadtstrecke vis-à-vis der historischen Altstadt eine große „Terrasse“ (Abb. 5) entstehen, die Hochwasser- und Flutschutz bietet und zugleich vielfältig nutzbare Aufenthaltsangebote mit städtischen Qualitäten für die angrenzenden Quartiere ermöglicht. In der Überseestadt wird an ihrem westlichen Abschluss der „Waller Sand“ angelegt, der eine neue Deichanlage, aber vor allem einen neuen Freizeitbereich mit einem räumlichen Bezug zu den vielfältigen Zeugnissen der Industrie- und Hafengeschichte zwischen dem historischen Molenturm und dem Wendebassin am Holz- und Fabrikenhafen darstellt. Beide Projekte haben einen engen Bezug zu historisch wertvollen städtebaulichen Ensembles der Stadt und erfahren derzeit eine Förderung des Bundes im Rahmen seines Programms für national bedeutsame Projekte des Städtebaus.

3. Die Innenstadt in Bewegung

Der Kernbereich der Bremer Innenstadt mit den zentralen Gebäuden des Rathauses, der Bürgerschaft, des Doms und der Handelskammer sowie den prägenden öffentlichen Räumen Markt, Domshof und Domsheide verkörpert ein einmaliges städtebauliches Ensemble, das seit 2003 mit dem Rathaus und Roland als UNESCO-Weltkulturerbe gilt. Dieser zentrale Ort erfährt im Zusammenhang mit der Profilierung der Innenstadt als Einzelhandels-, Dienstleistungs-, Verwaltungs- und Kulturstandort eine städtebauliche und architektonische Weiterentwicklung. Herausragende aktuelle Beispiele hierfür sind der Neubau der Bremer Landesbank am Domshof, die Erneuerung der Bremischen Volksbank an der Domsheide, aber auch die Revitalisierung eines großen Bankhauses am Domshof mit einer hochwertigen Einzelhandelsnutzung. Das Projekt Jakobshof (Abb. 6) als Verbindung zwischen dem Bau eines neuen Geschäftshauses an der Obernstraße und der Umnutzung der historischen Stadtwage an der Langenstraße markiert den Auftakt für die Erneuerung eines historischen Quartiers im Verlauf der Balge, dem ersten Hafen von Bremen. Hier erfahren markante historische Kontor- und Bankgebäude sowie hochkarätige Einzeldenkmale eine Neuinterpretation für eine gemischte Nutzung in ganz zentraler Lage. Dabei sind konzeptionelle städtebauliche Veränderungen in Form von Neu- oder Umbauten jeweils im Rahmen von Architekturwettbewerben oder in Begleitung des Bremer Gestaltungsgremiums entwickelt worden. In diese Gremien sind Senatsbaudirektorin und Landeskonservator gleichermaßen eingebunden.

Am Brückenkopf der Wilhelm-Kaisen-Brücke wird am Gründungsort des Unternehmens der neue Geschäftssitz von Kühne & Nagel in Bremen gebaut. An der Stephanibrücke ist in direkter Nachbarschaft zur Stephanikirche ein Wohnprojekt (Abb. 7) entstanden, das die Architektur der historischen Speicherhäuser mit ihrer



Abb. 6: Entwurf Jacobshaus;
Quelle: Felgendreher/Ohlfs/Köchling.



Abb. 7: Wohnprojekt, vor Stephani;
Quelle: Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr.

Orientierung auf den Fluss interpretiert. Auf dem über 150 Jahre von der Bremer Sparkasse genutzten Areal mit einem markanten denkmalgeschützten Gebäude am Brill soll ein ganzes Quartier mit neuen Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Wohnnutzungen entwickelt werden. Aus einem Werkstattverfahren, in das auch die Stadtgesellschaft einbezogen war, ging eine neue städtebauliche Figur für das Areal hervor, das mit mehreren „stattlichen Häusern“ an die historischen Bau- und Raumstrukturen der Bremer Innenstadt anknüpft.

Der zentrale Bereich der Bremer Innenstadt steht vor weiteren strategisch bedeutsamen Veränderungen. Mit den Verkehrsräumen der Bürgermeister-Smidt-Straße und der Martinistraße wurde der zentrale Teil der Stadt in der Nachkriegszeit zum Teil autogerecht umgestaltet und mit Parkhäusern bestückt. Neben dem historischen Karstadt-Kaufhaus mit Denkmalstatus entstanden zwischen Obernstraße, Hanseatenhof, Knochenhauerstraße und Sögestraße weitere Kaufhausstandorte, die im Zusammenhang mit zwei größeren Passagen bis dato die zentrale Einzelhandelslage von Bremen bilden. Ein großes Einkaufszentrum mit einer Mall wie in vergleichbaren Städten konnte sich in der Bremer Innenstadt nicht etablieren. Deshalb besteht hier die Chance, die „Mitte Bremen“ mit einem innovativen Programm und städtebaulichen Projekt neu zu definieren. Dabei geht es um die Entwicklung eines zukunftsfähigen Einzelhandelsstandortes in Verbindung mit Gastronomie, Dienstleistungen, aber auch Wohnen, Wissenschaft oder Verwaltung. In Anknüpfung an den historischen Stadtgrundriss können gemischt genutzte Baustrukturen eine vielfältige Vernetzung charaktvoller Stadträume ermöglichen und die Bremer Innenstadt beleben. Das Spannungsfeld zwischen Städtebau und Denkmal-

pflege erwächst hier aus der unmittelbaren Nachbarschaft und den engen räumlichen Bezügen zur Kern- und Pufferzone des Weltkulturerbes.

Die Bahnhofsvorstadt zwischen den Gleisanlagen am Hauptbahnhof im Norden und den Wallanlagen im Süden sowie zwischen Rembertikreisel im Osten und der Oldenburger Kurve mit dem Nord-West-Knoten im Westen ist hervorragend erschlossen. Sie hat für die Stadtentwicklung eine besondere Bedeutung als Ankunftsort, Mobilitätsschnittstelle, Ausgehquartier, aber auch als Verwaltungssitz, Bürostandort und Wohnquartier. Im Kontrast zur historischen Altstadt prägte der Wiederaufbau der 1950er und 1960er Jahre hier einen neuen Stadtgrundriss, der für das „moderne Bremen“ stand. Zentraler Ort ist der Hauptbahnhof mit mehr als 120.000 täglichen Nutzern. Der parallel zur Bahn verlaufende Verkehrs- und Stadtraum Breitenweg bildet in seiner Bedeutung für das Verkehrsnetz der Gesamtstadt und mit seinem markanten städtebaulichen Ensemble das Rückgrat der Bahnhofsvorstadt. Er ist Bezugspunkt unterschiedlicher zentraler Adressen und aktueller Projekte. Hierzu gehören das neue Geschäftshaus-Ensemble „City-Gate“ am Bahnhofsvorplatz, ein neues Fernbusterminal in Verbindung mit einem Hotel und Parkhaus westlich vom Überseemuseum, aber auch die Erneuerung und Arrondierung des GEWOBA-Hochhauses an der Rembertistraße und die Umnutzung des ehemaligen Bundeswehrhochhauses an der Falkenstraße. Den hoch erschlossenen Bereich der Bahnhofsvorstadt tangieren neben zahlreichen Autofahrern auf dem Breitenweg in wachsendem Maß vor allem Fußgänger, Passanten und Gäste in ihrem Alltag, zu besonderen Anlässen in der Innenstadt oder für ihre Freizeitaktivitäten. Schließlich führen Radwegverbindungen mit Bedeutung für die Gesamtstadt durch die Bahnhofsvorstadt. Diese Themen wurden in einer 2016 formulierten Aktualisierung des städtebaulichen Leitbildes für die Bremer Bahnhofsvorstadt aufgegriffen. Dazu gehören perspektivisch die Neuordnung und Gestaltung des Verkehrs- und Stadtraumes Breitenweg (Abb. 8) oder die Verbesserung der Aufenthaltsqualitäten in angrenzenden Straßenräumen. Auch in diesem städtebaulichen Kontext sind hochkarätige Einzeldenkmale, wie das Bahnhofsgebäude, das Überseemuseum und die ehemalige Hauptpost oder mit dem Fruchthof ein Verwaltungsgebäude der Logistikbranche aus den 1950er Jahren zu berücksichtigen.

Die Alte Neustadt links der Weser gehört derzeit zu den dynamischsten Stadtteilen von Bremen. Mit ihrer guten Erreichbarkeit, baulichen Vielfalt, Nutzungsmischung und einem dichten Netz kultureller Einrichtungen ist sie ein beliebter Wohnort, aber auch der Standort der Hochschule Bremen mit ca. 9.000 Studierenden. Als Vertiefung des Innenstadtkonzeptes Bremen 2025 hat die Stadtgemeinde in Kooperation mit der Hochschule das Projekt „Campus Neustadt“ initiiert. Es umfasst die Erneuerung und Arrondierung der z. T. ebenfalls denkmalgeschützten Hochschulbauten an der Langemarkstraße und auf dem Stadtwerder, die Eta-



Abb. 8: Breitenweg; Quelle: *Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr / Cobe Berlin, 2017.*

blierung neuer, auf die Hochschule bezogener Nutzungen, wie ein Wohnprojekt der GEWOBA am Hohentorsplatz, ein Graduiertenkolleg in Verbindung mit einer Kita in einem denkmalgeschützten Gebäude oder auch die Qualifizierung der Alten Neustadt als erstes „Fahrradmodellquartier“ in Deutschland mit Maßnahmen im öffentlichen Straßenraum bis hin zu einem Fahrradrepaircafe in Regie der Hochschule Bremen.

4. Die Überseestadt – ein neues Stück Stadt

Die insgesamt 300 ha umfassende Überseestadt erstreckt sich westlich der Innenstadt über eine Länge von mehr als drei Kilometer entlang der Weser. Sie gehört in Bezug auf die Gesamtstadt flächenmäßig zu den größten städtebaulichen Entwicklungsgebieten in Europa. Ihre Entwicklung wurde mit einem 2003 verabschiedeten Masterplan auf den Weg gebracht und ist auf ca. 25 Jahre angelegt. (Abb. 9) Die Überseestadt hat sich zu einem dynamischen Dienstleistungs- und Wohnstandort entwickelt und dies in direkter Nachbarschaft zu Betrieben und Standorten der traditionellen Hafengewirtschaft, deren Bestand und Perspektive durch vielfältige Maßnahmen gesichert werden. Dieses Nebeneinander macht die Besonderheit der

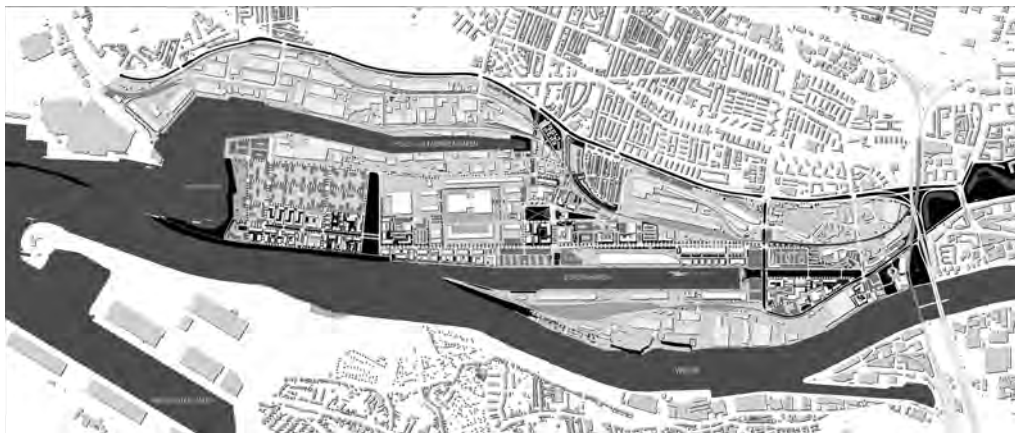


Abb. 9: Rahmenplan; Quelle: WFB, 2017.

städtebaulichen Entwicklung in der Bremer Überseestadt aus und erfordert konzeptionelle Planungsprozesse. Es ist von erheblicher städtebaulicher Bedeutung für die Überseestadt, dass auf dem gesamten Areal des ehemaligen Übersee- und Europahafens eine größere Zahl an Bauten verschiedener Entwicklungsetappen jeweils Einzeldenkmale darstellen und entsprechend behandelt oder berücksichtigt werden müssen.

Nachdem in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts vor allem die großflächigen Erschließungen und neuen öffentlichen Infrastrukturen, wie die Verlegung einer Straßenbahnlinie in den östlichen Teil der Überseestadt, drei neue Parks und die Promenaden am Europahafen, das Grundgerüst für eine Transformation des Gesamtareals gelegt haben, prägen seither vor allem Bauvorhaben mit unterschiedlichen Nutzungskonzepten und urbane Architekturen das Bild der Überseestadt. Das betrifft sowohl zahlreiche Neubauvorhaben in allen Teilen der Überseestadt, als auch eindrucksvolle Revitalisierungen der historischen, denkmalgeschützten Speicher- und Schuppengebäude.

So haben sich im Bereich des alten Weserterminals, der durch den 2010 nach einem Entwurf von Helmut Jahn errichteten, 82 m hohen Wesertower geprägt ist, inzwischen ein Hotel, ein Varieté sowie verschiedene Bürogebäude in jeweils eigener architektonischer Form angesiedelt. Nördlich des Europahafens zeugen vor allem der denkmalgeschützte, umgebaute große Schuppen 1, ebenso der reprogrammierte Speicher 1 und weiter nördlich das erhalten gebliebene, als Bürohaus qualifizierte Hafenhochhaus sowie der eindrucksvolle historische Speicher IX mit dem Standort der Kunsthochschule und dem Sitz des Bremer Zentrums für Baukultur von den ursprünglichen Konturen und städtebaulichen Maßstäben der Hafenterrassen.

nutzung. Auf jeweils benachbarten Arealen entwickeln sich neue Gewerbe- und Dienstleistungsbauten in unterschiedlicher Korngröße. Das Spektrum reicht von Bürogebäuden mit jeweils eigenen Architekturen über besondere Objekte wie das Verwaltungsgebäude eines kommunalen Infrastrukturunternehmens am Überseepark oder ein Flüchtlingshotel am Übersektor bis zum Neubau für einen Fahrradmarkt am Hansator, der die Typologie der großen Schuppen aufgreift.

Ein Schwerpunkt der Entwicklung in der Überseestadt liegt beim Wohnungsbau. Nachdem zunächst die Nordseite des Europahafens direkt am Europahafenkopf und östlich des Landmarktower bebaut worden war, gab 2013 das Pilotprojekt „Marcuskaye“ des Bremer Bündnisses für Wohnen an der Konsul-Smidt-Straße mit insgesamt 240 Wohnungen, davon 60% gefördert, den Startschuss für den geförderten Wohnungsbau in der Überseestadt. Weitere Projekte mit einer Mischung aus frei finanzierten und geförderten Wohnungen im Bereich der Hafenkante, aber vor allem auch in zentraler Lage auf dem Areal von Schuppen 3 und in der nördlich davon gelegenen Hafenpassage oder auf dem Kaffee-Quartier am Hilde-Adolf-Park folgen.

Im Bereich der Hafenkante entwickelt sich beiderseits des Kommodore-Johnsen-Boulevards zwischen dem Park im Überseepark und dem Waller Sand ein großes neues Wohnquartier. Differenziert gestaltete, jeweils mindestens 100 neue Wohnungen umfassende, einzelne Baublöcke prägen hier die ursprünglich viel stärker auf Dienstleistungen ausgerichteten neuen städtebaulichen Strukturen. Die Erdgeschossbereiche am Boulevard sind für eine gewerbliche Nutzung ausgelegt. In mehreren Baufeldern nördlich des Boulevards werden die Wohnbauten mit Büro- und Dienstleistungsbauten gemischt. Von besonderer Bedeutung für die Qualität dieses neuen Wohnquartiers ist ein hoher Anspruch an das architektonische Erscheinungsbild an der Weser. Deshalb erhalten hier alle Wohnbauten eine Klinkerfassade. Zugleich profitieren die Bewohner von der Nähe zum Park im Überseepark mit integrierten Sport- und Spielflächen, aber vor allem vom Bezug zur Weser und der Etablierung des neuen Freizeitbereichs „Waller Sand“ (Abb. 10). Der wasserorientierte Naherholungsort wird durch eine Fährverbindung zwischen Molen-turm, Waterfront und Rablinghausen zukünftig auch als Begegnungsort zwischen den Bewohnern der Überseestadt und den Stadtteilen an den anderen Ufern dienen und damit einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung der Quartiere leisten. Für die Gesamtstadt ist eine hohe Ausstrahlungskraft zu erwarten, stellt doch dieser Ort wie kaum ein anderer in Bremen einen direkt erlebbaren Bezug zur Industriekultur im Holz- und Fabrikenhafen her.

Schneller als zu Beginn gedacht, wurden in der Überseestadt die angestrebten Zielzahlen an Arbeitsplätzen und insbesondere an Einwohnern erreicht. Langfristig werden hier nach gegenwärtigem Erkenntnisstand voraussichtlich rund 11.000



Abb. 10: Weiche Kante; Quelle: WFB / A 24 Landschaft, 2017.

Menschen wohnen und mindestens 18.000 Menschen arbeiten und lernen. Daraus erwachsen neue Anforderungen an die Versorgungsinfrastruktur, aber auch an die Leistungsfähigkeit, Qualität und Vielfalt der Erschließung und Erreichbarkeit. Deshalb wird in zentraler Lage direkt am Großmarkt ein Nahversorgungsstandort mit einem besonderen Profil entwickelt. Weiterhin sind mehrere Kitas in allen Bereichen geplant, die größtenteils in Wohnprojekte integriert werden. Schließlich ist für die Überseestadt der Neubau von zwei Grundschulen, einer weiterführenden Sekundarschule und einer Berufsschule vorgesehen.

Einen besonderen Entwicklungsschub erfährt die Überseestadt durch ein großes städtebauliches Projekt am Europahafenkopf (Abb. 11). Hier wird ein Ensemble aus Büro- und Wohngebäuden in Verbindung mit einem Mobilitätshaus entstehen, das von drei Hochpunkten geprägt sein wird. Diese städtebauliche Figur wird sowohl über das lange Hafenbecken aus Richtung Weser, als auch in der Achse des Hilde-Adolph-Parks aus Richtung Innenstadt wirken. Damit wird zugleich ein direkter städtebaulicher Bezug zu mehreren, bereits umgenutzten Einzeldenkmälern in der unmittelbaren Nachbarschaft sowie zu den Konturen des historischen Hafenbeckens hergestellt.

Die Positionierung, städtebauliche Einbindung und architektonische Gestaltung von Hochhäusern und Hochpunkten ist ein wesentliches Element der Gesamtkomposition der Überseestadt. In Anknüpfung, aber auch in Weiterentwicklung des ursprünglichen Masterplanes wurden zunächst der Wesertower im Kontext des Auftakts der Überseestadt am Nord-West-Knoten und an der neuen Verkehrsverbindung zur Innenstadt sowie der ca. 70 m hohe Landmarktower errichtet, der das



Abb. 11: Luftbild Südseite Europahafen; Quelle: *Studio B*, Bremen, 2017.

westliche Ende des Europahafenbeckens markiert. Das dreizehngeschossige Hochhaus Bömers Spitze prägt im Zusammenhang mit dem erneuerten denkmalgeschützten Weinkontor ein Bürohausquartier am Auftakt des Hilde-Adolf-Parks. Ein ebenfalls dreizehngeschossiges Wohnhochhaus auf dem Areal des zukünftigen Europa-Quartiers kann mit dem ehemaligen Hafenhochhaus, das ursprünglich am Kopf eines im Zuge der Errichtung des Großmarktes zugeschütteten Hafenbeckens lag, korrespondieren. Im Kontext dieser beiden Hochhäuser sind im zentralen Bereich der Überseestadt weitere Hochpunkte als Teil neuer Gebäude-Ensembles vorstellbar. Schließlich ist auch am westlichen Abschluss der Überseestadt in der Achse des Kommodore-Johnsen-Boulevards ein Hochhausstandort avisiert worden.

Mit der Entscheidung des Unternehmens Kellogg, die seit den 1960er Jahren in der Überseestadt lokalisierte Produktion einzustellen und das Grundstück zu veräußern, haben sich für den zentral gelegenen und hervorragend erschlossenen Bereich direkt an der Weser und südlich des Europahafens neue Perspektiven entwickelt. Im Ergebnis eines internationalen städtebaulichen Qualifizierungsverfahrens wird auf diesem Areal die „Überseeinsel“, ein gemischt genutztes Wohn- und Arbeitsquartier mit innovativen Mobilitäts- und Energieversorgungsangeboten entstehen. Dabei werden einige identitätsstiftende, bis dato industriell genutzte Ge-

bäude neue, auch publikumswirksame Nutzungen erhalten und in attraktive Freiräume und Grünbereiche entlang der Weser eingebunden. Damit erwächst die Chance, der Überseestadt direkt an der Weser ein neues Gesicht zu geben.

5. Wohnen in traditionellen und neuen Quartieren

Prognosen zeigen, dass in Bremen weiterhin eine wachsende Nachfrage nach Wohnraum bestehen wird. Aus diesem Grund gelten die Wohnungsbauoffensive und eine sorgfältige Bestandspflege als herausragende Schwerpunkte der Bremer Stadtentwicklung. Die Stadt strebt einen zukunftsfähigen und interessanten Wohnungsbau in einer großen Bandbreite an, der trotz wachsender Zahlen auf Qualitäten setzt, weil es für das Wohnen in Bremen mit dem Bremer Haus oder der Neuen Vahr, die in Teilen Denkmalstatus genießen, eine Tradition dafür gibt, die weithin bekannt ist. Neben den Grundstrukturen der Bremer Haus-Gebiete mit einem hohen Eigentumsanteil und teils hochwertigem Geschosswohnungsbau der Nachkriegsjahrzehnte führen deshalb neue Wohnungsbauprojekte auf Transformationsstandorten diese Tradition mit entsprechenden Qualitätsansprüchen fort.

Ein strategischer Partner ist dabei das in Bremen ansässige Wohnungsunternehmen Gewoba, das sich sowohl im Bestand, als auch im Neubau zu bezahlbaren Mietpreisen verpflichtet fühlt und hierfür Innovation leistet. Aus Wettbewerben unter dem Titel „Ungewöhnlich Wohnen“ gingen mehrere Wohnbautypen für die bedarfsgerechte und bestandssensible Weiterentwicklung der Siedlungen aus den 1950er und 1960er Jahren in serieller Bauweise hervor. Die beiden Neubauprojekte „Tarzan & Jane“ und der „Bremer Punkt“ bieten eine flexible Grundrissgestaltung und barrierefreien Wohnungsbau und somit ein hohes Maß an Individualisierung auch im geförderten Wohnungsbau. Nach ersten Realisierungen in der Gartenstadt Süd sind weitere Baustandorte in der denkmalgeschützten Gartenstadt Vahr (Abb. 12) in Vorbereitung. Hier gilt es, neben der maßvollen Arrondierung der Stadträume auch die historischen Außenanlagen zu berücksichtigen.

Von den Stadtteilen und Siedlungen, die diese innovativen Wohnprojekte ebenfalls ergänzen sollen, ist die Neue Vahr herausragend. Zwischen 1956 und 1961 wurden hier rund 10.000 Wohnungen errichtet. Nach Plänen der Arbeitsgemeinschaft von Max Säume, Günther Hafemann, Ernst May und Hans Bernhard Reichow wurden die fünf Nachbarschaften so angelegt, dass die Bebauung von zwei Geschossen am Rande über vier- und achtgeschossige Häuser zu einem vierzehngeschossigen „Punkthaus“ als städtebauliche Dominante aufsteigt. Das Zentrum bilden das Einkaufszentrum Berliner Freiheit und das hochaufragende sowie stadtbildprägende denkmalgeschützte Wohnhochhaus des Finnischen Architekten Alvar Aalto. Die Neue Vahr war, was den Maßstab und den Städtebau angeht, europaweit bei-



Abb. 12: Bremer Punkt in der Gartenstadt Süd; Quelle: *Gewoba / ASP Atelier Schreckenberg.*

spielhaft. In einem Leitbildprozess hat die Eigentümerin der großen Wohnungsbestände in Kooperation mit der Stadtgemeinde Bremen „Zukunftsbilder für die Neue Vahr“⁴ entwickelt, die auf eine Weiterentwicklung der Mobilitätsangebote, eine Qualifizierung der Freiräume sowie des Regenwassermanagements als Beitrag zur Bremer Klimaanpassungsstrategie und schließlich auf eine Anpassung und Erweiterung der Wohnungsbestände und Versorgungsinfrastrukturen zielen.

Hervorzuheben ist die Bedeutung der einzelnen Quartiere für das Wohnen in Bremen. Diese setzen sich je nach Entstehungszeit zwar baulich aus ähnlichen Typen wie dem Bremer Haus in gründerzeitlichen Quartieren zusammen, haben jedoch alle ihren eigenen Charakter und ihre besondere Atmosphäre. Dies trifft zu für die ehemaligen hafennahen Arbeiterstadtteile im Bremer Westen (Walle und Gröpelingen), das Flüsseviertel in der Neustadt, das bürgerliche Schwachhausen oder Horn-Lehe, die ehemals hannoverschen bzw. preußischen und bis in die

4 Vgl. dazu *K. A. Pahl / I. Reuther / P. Stubbe / J. Tietz* (Hrsg.), *Potenzial Großsiedlung – Zukunftsbilder für die Neue Vahr*, Berlin 2018.

1930er Jahre von Bremen unabhängigen Stadtteile in Hemelingen und im Bremer Norden. Vergleichbares gilt für die großen Standorte des Wohnungsbaus der Nachkriegsmoderne, wie die Neue Vahr, Blockdieck, Osterholz-Tenever, die Gartenstadt Süd und Huchting oder Bestände in Marßel und Lüssum. Die Qualitäten als identitätsstiftende und funktionierende Nachbarschaften wurden schon früh erkannt und ihre Förderung und Stärkung gilt als ausgewiesenes Ziel der Bremer Stadterneuerung. Sie bilden ein wesentliches Element für die Lebensqualität, das Image und die Attraktivität der Stadt.

Bremens Quartiere und Stadtteile sind bunt und vielfältig. Sie haben ihre Eigenarten, ihre spezifischen Stärken und Schwächen. Insbesondere die Bestandsquartiere Bremens gilt es, in den nächsten Jahren zukunftsfähig zu machen. Das Bremer Haus und die sehr hohe Eigentumsquote sind Alleinstellungsmerkmale der Stadt.

Die Entwicklungsflächen sind allerdings begrenzt. Der Bremer Senat verfolgt daher das Ziel der integrierten Quartiersentwicklung auch im Bereich des Neubaus bzw. einer Stadterweiterung „mit Augenmaß“. Neue Quartiere entstehen im bereits bebauten Zusammenhang der Stadt: Das Neue Hulsberg Viertel auf einem seit ca. 100 Jahren als Klinikum genutzten Areal mit ca. 1.200 Wohnungen, die Gartenstadt Werdersee neben dem in den 1950er Jahren angelegten Friedhof Huckelriede mit ca. 600 Wohnungen, das Stiftungsdorf Ellener Hof auf einem ebenfalls über mehr als 100 Jahre caritativ betriebenen Standort mit ca. 500 Wohnungen und zahlreichen sozialen Einrichtungen. Perspektivisch sind die Überseeinsel auf dem ehemaligen Grundstück von Kellogg, das avisierte Rennbahnquartier auf der bisherigen Galopprennbahn in der Vahr sowie das Vordere Woltmershausen mit einer historischen Tabakfabrik beispielgebend für die Schaffung neuer Quartiere in Bremen. In allen Fällen sind historische Prägungen und Gebäudebestände oder Denkmale bei der städtebaulichen Planung und Projektentwicklung zu berücksichtigen.

Wohnungsbau ist Städtebau und Grundrissarbeit. Das meint eine gezielte Programmierung der Standorte in der Inneren Stadt und die Entwicklung neuer Quartiere gleichermaßen. Diese muss man entwerfen, in den Kontext einfügen, mit geeigneten Nutzungsprogrammen und Wohnformen belegen und erschließen. Deshalb braucht man qualitätsvolle städtebauliche Entwürfe und Konzepte für den öffentlichen Raum sowie eine sorgfältige Abwägung von Dichten, Typologien und Nutzungsmischungen bis hin zu gut funktionierenden Grundrissen und effizienten Bauweisen. Mit Blick auf die dafür erforderliche Schaffung von neuem Planungs- und Baurecht geht in Bremen für alle großen Wohnbaustandorte den formellen Verfahren ein informeller städtebaulicher Planungsprozess voraus. Neben Studienaufträgen zur Vorbereitung von Ausschreibungen finden im Rahmen der Vergabe von Grundstücken in der Regel städtebauliche Qualifizierungsverfahren in Form von Wettbewerben bzw. Ideenkonkurrenzen oder in Begleitung

eines auf den Standort bezogenen Gestaltungsgremiums statt. Für die großen neuen Quartiere werden Gutachterverfahren oder interaktive Städtebauwerkstätten durchgeführt, die mit Beteiligungsprozessen verknüpft sind. Wesentliche städtebauliche Maßgaben werden sowohl in den Bebauungsplänen, aber insbesondere auch in städtebaulichen Verträgen und Gestaltungshandbüchern fixiert und gesichert. Für herausgehobene und große Projekte werden Wettbewerbe durchgeführt.

6. Nachsatz

Stadtentwicklung und Städtebau zielen auf die Veränderung der Stadt in ihrem sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und räumlichen Gefüge. Weiterbauen schließt den Erhalt von Beständen und die Bewahrung von Strukturen, Milieus und Qualitäten ein, beschränkt sich aber keineswegs darauf. Konzeptioneller Städtebau umfasst deshalb Strategien, Qualifizierungsinstrumente und Prozessformate, die einen Bezug zu den historischen Referenzen suchen und Bautraditionen fortsetzen, sich im Dialog und Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement vollziehen und dabei die Kooperation zwischen den Akteuren – auch der Stadtplanung, des Städtebaus und der Denkmalpflege – erfordern.

Stadtentwicklung und Städtebau werden in Bremen durch das bemerkenswerte Engagement der Bürger und der Kaufmannschaft sowie den ausgeprägten Eigensinn einer stolzen und diskursfreudigen Stadtgesellschaft getragen. Sie hat sowohl das große Ganze, aber vor allem auch die konkreten Stadt- und Ortsteile im Blick. Es ist hanseatisch, sich um das Gemeinwesen zu kümmern, Ehrgeiz zu zeigen und auf Qualität zu achten.

Für die wachsende Stadt Bremen ist es viel besser, sich nicht ausschließlich mit den großen Metropolen dieser Welt zu messen, sondern die eigenen Stärken zu kennen. Dazu gehören die Werte des historischen Bestandes. Deshalb ist die Urbanität von Bremen wohl eher entspannt. Der Städtebau ist nachhaltig, aber auch nachdenklich und konzeptionell. Als architektonische Maxime gelten weniger die Superlative, sondern Charakterstärke, ein gewisses Maß an Bescheidenheit und ein gepflegtes Understatement.

Denkmalpflege im Wachstumsboom

Das Beispiel Stuttgarter Innenstadt

Anders als in Städten wie Lübeck oder Regensburg, deren Altstädte als Welterbestätten eingetragen sind, gilt das Diktum Dehios „Die Stadt als Ganzes ist Denkmal“ für Stuttgart nicht. Nach dem Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg besteht die Möglichkeit, durch Satzung Bereiche einer Stadt als Gesamtanlage unter Denkmalschutz zu stellen. Dieses trifft beispielsweise auf die Innenstädte von Meersburg, das die älteste Gesamtanlagensatzung in Baden-Württemberg aufweist, und Schwäbisch Gmünd zu. Es können aber nicht nur historische Stadt- und Ortskerne die Kriterien einer Gesamtanlage erfüllen, sondern auch Straßen- und Platzräume, Stadtquartiere oder historische Kulturlandschaften. In Stuttgart sind die Obere Calwerstraße, die Marktstraße in Bad Cannstatt und der Stadtteil Rotenberg einschließlich der Grabkapelle durch Gesamtanlagensatzung geschützt.

In diesem Beitrag wird am Beispiel Stuttgart der Frage nachgegangen, inwieweit in einer Großstadt, die einem starken Veränderungsdruck unterliegt, Denkmalschutz und Denkmalpflege auf die Stadtentwicklung Einfluss nehmen können. Sind Denkmalschutz und Denkmalpflege geeignete Instrumente, um das Stadtbild und das bauliche Erbe zu bewahren?

Der Stuttgarter Bürgermeister für Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht, Fabian Mayer, bemerkte auf einer Fachexkursion einer Delegation von 23 Vertretern des Stuttgarter Gemeinderats und der Verwaltung nach Hamburg: „Städte wie Hamburg und Stuttgart ziehen immer mehr Menschen an. Sie sind wirtschaftlich stark, gesellschaftlich vielfältig und kulturell attraktiv. Die Politik hat große Anstrengungen zu unternehmen, wenn sie Erreichtes und zukünftigen Erfolg sichern will.“¹ Die Themen Wohnraum, Mobilität und Luftreinhaltung bestimmen in Stuttgart die öffentliche Debatte wie in kaum einer anderen Stadt. Der Druck von Investoren auf die gesamte Stadt, im Besonderen aber auf die Innenstadt, ist so groß, dass oftmals nicht nur Bauvorhaben im Volumen einzelner Objekte realisiert werden, sondern ganze Baublöcke neu überplant werden. Der Grund ist weniger in

1 Zitiert nach Stuttgarter Amtsblatt, 06.12.2018.

dem unzureichenden Zustand der Bausubstanz als vielmehr in kommerziellen Verwertungszwängen zu suchen. Oftmals werden auch Aspekte des Brandschutzes genannt, die in Neubauplanungen münden.

Das Schlagwort der „Integrierten Stadtentwicklung“ ist aus Sicht des Denkmalschutzes schwer zu fassen. Die ganzheitliche Betrachtungsweise bezieht Aspekte aus unterschiedlichen Disziplinen ein; zu nennen sind dabei die Themen Energieeinsparung, Verkehr, Freiflächen und Bürgerbeteiligung. Auch das historische Erbe findet in diesem Zusammenhang zunehmend Beachtung.² Diesen eher positiv auf das Kulturdenkmal blickenden Ansätzen stehen durchaus skeptische Blicke gegenüber. In der Übersicht der Handlungsfelder integrierter Stadtentwicklung wird der Denkmalschutz gar nicht erst erwähnt.³ Und Thomas Will, der eine Professur für Denkmalpflege und Entwerfen an der Technischen Universität Dresden innehatte, fragte: „Sind Baudenkmale für die Stadtentwicklung tatsächlich vollkommen irrelevant? [...] Bleibt der Denkmalpflege nur mehr die Pflege von Traditionsreservaten in der anlagestrategisch bereinigten, ‚perforierten‘ Stadt?“⁴

Das in Teilen der Stuttgarter Bevölkerung vorhandene Unbehagen angesichts des Verlusts historischer Bausubstanz mündete im Jahr 2016 in die Fotoausstellung „Stuttgart reißt sich ab“, die in der Architekturgalerie am Weißenhof gezeigt wurde. Das Plädoyer für den Erhalt stadtbildprägender Gebäude fand bei der Podiumsdiskussion große Resonanz. Die Ausstellungsmacher machten dabei auf den Umstand aufmerksam, dass es für den Erhalt stadtbildprägender Gebäude, die nicht unter Denkmalschutz stehen, kaum Instrumente der Verwaltung gibt, diese zu erhalten, und auch dem Erhalt von denkmalgeschützten Gebäuden mitunter tragfähige Belange entgegenstehen, die zu einem Abbruch führen. Trotz dieses Unbehagens ist das bürgerschaftliche Engagement in Stuttgart, das sich für den Erhalt von Kulturdenkmälern einsetzt, nur sehr schwach ausgeprägt. Der Verein „Aufbruch Stuttgart“, der seit seiner Gründung im Jahr 2017 mit seinen Aktionen und Workshops großen Widerhall in der Bevölkerung erfährt, hat ebenfalls nicht den Denkmalschutz oder die Wahrung des baulichen Erbes ins Zentrum seiner Tätigkeit gestellt.

Thomas Sieverts, langjähriger Hochschullehrer für Städtebau an der TU Darmstadt, „spricht sich für eine Aufwertung der Behörden der Denkmalpflege zu einer

2 H.-R. Meier, Denkmalpflege und Stadtentwicklung in historischer Dimension, in: *Historisches Erbe als Ausgangspunkt integrierter Stadtentwicklung*, Berlin 2014, S. 10-15.

3 Vgl. *Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)*, Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen, BBSR-Online-Publikation, Nr. 37/2009 S. 50: www.google.com/search?client=firefox-b&q=Handlungsfelder+integrierte+stadtentwicklung+in+stadtregionen [20.01.2014].

4 T. Will, Denkmale in der Stadt – die Stadt als Denkmal. Stichworte und Themen zur Einführung, in: H.-R. Meier (Hrsg.), *Denkmale in der Stadt – die Stadt als Denkmal. Probleme und Chancen für den Stadtumbau*, Dresden 2006, S. 17.

„Stadterhaltungs-Agentur“ aus.⁵ Er fordert eine Allianz zwischen den Institutionen Denkmalpflege, Naturschutz und Baukultur. Eine konkrete Ausformulierung dieser Gedanken bleibt er allerdings schuldig. Ulrike Wendland, Landeskonservatorin in Sachsen-Anhalt, klagt ein Mehr an Transparenz und Partizipation in der Denkmalpflege ein.⁶ Um beispielsweise Denkmalverzeichnisse im Internet einsehbar zu machen, ist in Baden-Württemberg eine Änderung des Denkmalschutzgesetzes erforderlich. Entscheidungen können nicht offen dargelegt werden, so lange Rechte Dritter betroffen sind, was zumeist der Fall ist. Auch die Einbeziehung der Interessen einer Stadtgesellschaft ist zwar durchaus wünschenswert, stößt aber dort an Grenzen, wo die Denkmalschutzbehörden in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben hoheitlich handeln müssen.

So steht weiterhin die Frage im Raum, wie eine größere Akzeptanz von Denkmalschutz und Denkmalpflege in der Öffentlichkeit und in den politischen Gremien erreicht werden kann. Die Vermittlung von Werten gegenüber Eigentümern, interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie den am politischen Geschehen Beteiligten ist dabei vorrangig. Am besten gelingt diese Vermittlung im persönlichen Gespräch, aber auch Leitlinien, Publikationen und Führungen sind als Instrumente für die Vermittlung von Denkmalwerten unumgänglich. Kann die Vermittlung auch gelingen, wenn es sich nicht um private Eigentümer von Kulturdenkmalen, sondern um Investoren mit knallharten finanziellen Interessen handelt?

1. Zwischen Denkmalpflege und Stadtbildpflege

Im Fall der „Calwer Passage“, einer zwischen 1975 und 1978 nach Plänen des Büros Kammerer und Belz realisierten Passage in Citylage, die im Jahr 2012 als Kulturdenkmal erkannt und begründet wurde, plante der Architekt zunächst die Umgestaltung der Ein- und Zugänge zu der Passage. Im Zuge der Unterschutzstellung wurde eingehend der Umfang des Kulturdenkmals abgewogen. Das Kulturdenkmal Calwer Passage umfasst die überdachte Ladenstraße mit den beidseitigen Schaufensterfronten und angrenzenden Geschäftsbereichen, die diversen Zu- und Ausgänge, das Corporate Design und die bauzeitlichen Ausstattungsdetails. Nicht zum Kulturdenkmal gehören die Bebauung entlang der Theodor-Heuss-Straße und der Kopfbau am Rotebühlplatz. Diese Bauteile wurden aufgrund bereits erfolgter Umbauten im Inneren und der nicht so stark hervorstechenden künstlerischen

5 T. Sieverts, Das Prinzip Denkmalpflege und seine Erweiterung im Anthropozän, in: Forum Stadt 43 (2/2016), S. 145.

6 U. Wendland, Denkmalpflege 2018: Transparenz, Partizipation, Allianzen, in: Forum Stadt 43 (2/2016), S. 213.



Abb. 1: Calwer Passage; Foto: E. Pietrus.

Wertigkeit – sogar Kammerer und Belz bezeichneten die Neubauten als „nicht ganz gelungen“ – als nicht zum Kulturdenkmal gehörend eingestuft. Mit dieser engen Abgrenzung des Kulturdenkmals sind weitreichende Veränderungen im Bestand noch einmal ganz besonders kritisch zu sehen, da jeder Eingriff eine Gefährdung des besonders wertvollen Bestands bedeuten kann.⁷ Nach zahlreichen Gesprächen über einen Zeitraum von zwei Jahren hinweg nahm der Investor von den geplanten tiefgreifenden Veränderungen Abstand, so dass die Passage in ihren denkmalkonstituierenden Elementen erhalten bleibt (vgl. Abb. 1).

Bei zwei anderen Investorenprojekten in der Stuttgarter Innenstadt stand dagegen am Ende einer langen Kette von Abstimmungen zwischen Verwaltung und den Bauherren der Verlust der Kulturdenkmaleigenschaft der betroffenen Objekte.

Im Fall des „Gerber“, dem 2014 eröffneten Einkaufszentrum im Bereich Tübinger Straße und Sophienstraße, wurde nach zähem Ringen dem Bauantrag zugestimmt, der im Eckgebäude Tübinger Straße/Sophienstraße einen weiteren Zugang vorsah. Dieser Zugang und die damit in Verbindung stehende Infrastruktur wie der Ein-

⁷ E. Geiger-Schmidt, „Die nicht laut genug zu preisende Wiederentdeckung eines unverständlicherweise vergessenen Bautyps“. Zur Calwer Passage in Stuttgart, in: Denkmalpflege in Baden-Württemberg 43, 2014, H. 3, S. 205.

bau von Rolltreppen sowie die Öffnung von Decken und die Herausnahme von Innenwänden brachte so weitgehende Eingriffe in die Substanz des Kulturdenkmals mit sich, dass die Denkmaleigenschaft des 1898 errichteten Gebäudes nach dem Umbau nicht mehr gegeben war. Über zwei Jahre hinweg setzte sich die Denkmalschutzbehörde für den Erhalt des denkmalgeschützten Gebäudes in der markanten Ecksituation ein. Die Fraktionen im Gemeinderat stützten dieses Anliegen nachdrücklich. Dass es schließlich anders kam, beruhte auf einem Gutachten, das der Bauherr in Auftrag gegeben hatte, um den Nachweis zu erbringen, dass ein Eingang zum Einkaufszentrum über das denkmalgeschützte Gebäude unabdingbar sei. Die Denkmalschutzbehörde hatte argumentiert, dass die Eingänge zu beiden Seiten des denkmalgeschützten Gebäudes angelegt werden könnten. Dem wurde in einer Stellungnahme entgegen gehalten: „Die Lage der Rolltreppe ins Erdgeschoss und der direkte Zugang von der Tübinger Straße zu dieser Rolltreppe müssen sich an den natürlichen Passantenlauf innerhalb und außerhalb des Bauvorhabens anschmiegen. Schon Abweichungen von wenigen Metern führen zu einer Erzeugung von Unbehagen und der Ablehnung der Laufwege durch die Passanten.“⁸ Und ergänzend: „Die zentralen Eingänge der Eingangsmall – als überdachte Fortsetzung der Eingangsstraße – müssen sich an den Fußgängerstrom anschmiegen, um ihn aufnehmen zu können. In Analogie zur Strömungslehre werden so „Energieverluste“ vermieden und ein natürliches, möglichst hindernisfreies Ein- und Ausströmen gewährleistet.“⁹ Letztlich wurden in der Abwägung den privaten Interessen des Investors gegenüber den öffentlichen Interessen des Denkmalschutzes Vorrang gegeben. Dass das Gebäude im Krieg teilzerstört und in vereinfachter Form wieder aufgebaut worden war, war bei dieser Abwägung ohne Belang. Über einen Städtebaulichen Vertrag konnte immerhin erreicht werden, dass die Fassaden entlang der Tübinger Straße und der Sophienstraße erhalten blieben und die Details wie die Gestaltung der Fenster und Dachanschlüsse im Sinne eines denkmalgeschützten Gebäudes ausgeführt wurden (vgl. Abb. 2).

Im Fall der Neubebauung des Grundstücks Eberhardstraße 65 kamen demgegenüber andere Abwägungsbelange zum Tragen. Das im Jahr 1876 errichtete Geschäfts- und Mietshaus erfuhr nach Beschädigungen im Jahr 1982 eine umfassende Renovierung, wodurch das originale Erscheinungsbild wieder gewonnen wurde. 1987 erfolgte die Aufnahme des Gebäudes in die Liste der Kulturdenkmale aus wissenschaftlichen und städtebaulich-künstlerischen Gründen. Aufgrund der Tatsache, dass im Inneren des Gebäudes mit Ausnahme sehr geringfügiger Reste

8 Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung Stuttgart, Bauakte Tübinger Straße 22/Sophienstraße 21, Stellungnahme „Gerber: Einbindung des Gerbers in das Gerber-Viertel“ vom 27. April 2011.

9 Ebda. „Gerber: Einbindung des Gebäudes Tübinger Straße 22/Sophienstraße 21“ vom 3. Mai 2011.



Abb. 2: „Gerber“; Ecke Tübinger Straße / Sophienstraße; Foto: E. Pietrus.



Abb. 3: Eberhardstraße 65; Foto: E. Pietrus.

keine historische Ausstattung mehr vorhanden war, stellte die Denkmalschutzbehörde bereits im Jahr 2009 die Zustimmung für einen Abbruch des Gebäudes unter Erhalt der Fassade in Aussicht. Ein von der Stadt in Auftrag gegebenes Gutachten brachte das Ergebnis, dass wegen des Zustands der Fassade der Erhalt und die Abstützung während der Baumaßnahmen mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden sein würden, so dass ein kompletter Ab- und Wiederaufbau in Betracht gezogen wurde.¹⁰

Dieses Bauvorhaben, das nicht nur neue Einzelhandels- und Büroflächen, sondern auch Wohnungen vorsah, wurde mehrfach im Ausschuss für Umwelt und Technik intensiv diskutiert. Die Presse berichtete ausführlich. Dabei stand aber stets das städtische Erscheinungsbild im Vordergrund, der Erhalt des Gebäudes als Kulturdenkmal fand in den Debatten dagegen kaum Beachtung. Das Anliegen des Ausschusses mündete in einem Städtebaulichen Vertrag, der den Ab- und Wiederaufbau der Fassade mit der Zielsetzung eines „detailgetreue[n] Erhalt[s] der historischen Stadtbildqualität“¹¹ regelte (vgl. Abb. 3).

Diese Diskrepanz zwischen Denkmalpflege und Stadtbildpflege beschreibt Ingrid Scheurmann sehr treffend, wenn sie betont, dass die Denkmalpflege von den materiell überlieferten Zeugnissen der Geschichte ausgeht, während die Stadtbildpflege mit chirurgischen Eingriffen versucht, die erlittenen Verluste auszugleichen:

¹⁰ Stuttgarter Nachrichten, 23.06.2010.

¹¹ *Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung Stuttgart*, Bauakte Eberhardstraße 65, Städtebaulicher Vertrag zum Projekt „Eberhardstraße 65“ vom 30. August 2010.

„Bei aller Unterschiedlichkeit der Zielsetzungen suchen und versprechen die Akteure Orte der Identifikation und Zugehörigkeit – Stadtbilder als Bilder von alter Stadt – Altstadt-Bilder. Um Denkmale geht es dabei nicht zwingend, viel eher um historische Selbstvergewisserung und Orientierung an überkommenen Bauformen und Strukturen, oftmals um idealisierte Bilder, um Wunsch-, nicht um Geschichtsbilder, zuweilen auch um synthetische Bilder, immer aber um schöne Bilder.“¹² Diese Diskrepanz ist auch in Stuttgart oftmals wahrzunehmen. Dabei stehen Bürgerinnen und Bürger, Stadträte und öffentliche Berichterstattung auf der einen Seite, die Verwaltung, in diesem Fall im Besonderen die Denkmalbehörden, auf der anderen Seite. Auch in juristischen Verfahren ist diese Diskrepanz immer wieder anzutreffen: Eingriffe in die denkmalkonstituierenden Elemente eines Denkmals werden häufig nicht als gravierend angesehen, Eingriffe in das Erscheinungsbild eines Denkmals hingegen sehr wohl.

Das Neubauvorhaben in der Lautenschlagerstraße, das das 1936 nach Plänen von Georg Staehelin erbaute und nach Kriegseinwirkung 1946 wieder aufgebaute Verwaltungs- und Geschäftshaus mit einbezog, ist ein Beispiel dafür, wie der Verlust des Kulturdenkmals, sich in Raten, d. h. im Laufe des Planungsprozesses, vollziehen kann. Wie beim „Gerber“ blieben die Fassaden, die ebenfalls für sich genommen nicht den Wert des Kulturdenkmals begründen konnten, erhalten. Zunächst ergab sich aus dem Bebauungsplan die Forderung, dass der Innenhof vollflächig überbaut werden sollte, wodurch die Durchgängigkeit der Erdgeschossfassaden zum Thema wurde.

Der dadurch notwendige Abbruch und Neubau des Treppenhauses in dem Gebäudeteil von 1953/54 beeinträchtigte die geschützte Substanz, führte aber noch nicht zum Verlust der Denkmaleigenschaft. Der Wunsch des Gemeinderats, den Wohnanteil in dem Projekt zu erhöhen, zog schließlich weitergehende Substanzeingriffe nach sich – vor allem in die Dachkonstruktion durch den Einbau einer Loggia und vergrößerte Dachflächenfenster, was dann schon die Denkmaleigenschaft des Gebäudes in Frage stellte. Endgültig brachte dann der Zustand der Rippendecken die Denkmaleigenschaft zu Fall. Genaue Untersuchungen ergaben, dass deren Tragfähigkeit für die geplante Nutzung nicht ausreichte. Zudem erwies sich nach Freilegung der Konstruktion, dass der Beton so schadhaft war, dass eine Instandsetzung im Bestand nicht möglich war. Selbst ein Teilerhalt der Deckenkonstruktion, wie von den Denkmalbehörden zunächst gefordert, erwies sich als zu aufwendig. Im Einvernehmen mit dem Investor wurden schließlich die Fassa-

12 I. Scheurmann, Stadtbild in der Denkmalpflege: Begriff – Kontext – Programm, in: S. Brandt / H.-R. Meier (Hrsg.), Stadtbild und Denkmalpflege. Konstruktion und Rezeption von Bildern der Stadt, Berlin 2008, S. 141.



Abb. 4: Lautenschlagerstraße / Friedrichstraße; Foto: E. Pietrus.

den erhalten, so dass das Straßenbild an der städtebaulich prägnanten Ecksituation Lautenschlagerstraße / Friedrichstraße gewahrt werden konnte (vgl. Abb. 4).

2. Umgebungsschutz in zentralen Lagen

Im Folgenden werden vier Projekte angesprochen, bei denen es vorrangig um das Thema des Umgebungsschutzes ging. Nach dem Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg genießen Kulturdenkmale von besonderer Bedeutung, die im Denkmalsbuch des Landes eingetragen sind, einen Umgebungsschutz: „Umgebungsschutz bezeichnet den Anspruch eines Denkmals auf eine angemessene positive Gestalt seiner Umgebung. Geschützt wird die Wirkung des Denkmals in seiner Umgebung, nicht die Umgebung selbst.“¹³ Bei Neubauvorhaben in direkter Nachbarschaft zu einem Kulturdenkmal von besonderer Bedeutung greift der Umgebungsschutz, allerdings ist er, wenn es beispielsweise darum geht, die Höhenentwicklung von Neubauvorhaben zu begrenzen, ein relativ schwaches Instrument. Der Umgebungsschutz dient ausschließlich der Erhaltung des Denkmalwerts von

13 V. Eidloth / G. Ongyerth / H. Walgern, Handbuch Städtebauliche Denkmalpflege (= Berichte zur Forschung und Praxis der Denkmalpflege in Deutschland 17), Petersberg 2013, S. 407.



Abb. 5: „Königsbau Passagen“; Foto: E. Pietrus.

Kulturdenkmalen, nicht sonstigen Belangen wie beispielsweise städtebaulichen oder allgemein ästhetischen Belangen.¹⁴ Zudem sieht das Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg eine Genehmigungsfähigkeit bei Bauvorhaben als gegeben an, wenn damit keine erhebliche Beeinträchtigung des Erscheinungsbilds des jeweiligen Kulturdenkmals verbunden ist. In diesem Punkt kommt das Ermessen der Behörden ins Spiel: Ob eine Beeinträchtigung erheblich ist, muss in jedem einzelnen Fall gesondert geprüft werden. Tatsächlich kann es dabei zu unterschiedlichen Bewertungen der Denkmalfach- und der Denkmalschutzbehörde kommen.

So war es im Fall der zwischen Bolzstraße und Fürstenstraße gelegenen „Königsbau Passagen“, deren Grundsteinlegung im Jahr 2004 erfolgte. Die Passagen wurden im Jahr 2006 eröffnet, nachdem sich Denkmalfach- und Denkmalschutzbehörde bezüglich der Höhenentwicklung des Neubaus im direkten Anschluss an den zwischen 1855 und 1859 von Christian Friedrich Leins errichteten Königsbau geeinigt hatten. Hatte das damalige Landesdenkmalamt zunächst noch „erhebliche denkmalpflegerische Bedenken“ in Bezug auf die Höhenentwicklung des Neubauvorhabens Königsbaupassage geltend gemacht und eine „deutliche Höhenredu-

14 H. Strobl/H. Sieche, Denkmalschutzgesetz für Baden-Württemberg. Kommentar und Vorschriften-sammlung, Stuttgart 2010, S. 229.

zierung des Neubaukörpers [als] zwingend erforderlich“ angesehen,¹⁵ so wahrte nach Auffassung der Stadt Stuttgart das Neubauprojekt die Umgebungswirkung des Königsbaus und verbesserte darüber hinaus die heterogene Dachlandschaft.¹⁶ Das Landesdenkmalamt stellte seine Bedenken letztlich zurück und schloss sich der Abwägung der Stadt an. Aus heutiger Sicht erscheint es fraglich, ob die Einschätzung der Stadt in der 2003 formulierten Weise noch Bestand hätte: „So wird mit der gewählten, nach hinten wegschwingenden Gesamtform des Glasdaches eine Unterordnung unter die vorgegebene historische Situation angestrebt, um die städtebauliche Wertigkeit des Königsbaus im Gesamtensemble Schlossplatz zu wahren. Durch die Materialwahl für den Neubau, Glas und heller Naturstein, wird sich dieser deutlich vom Königsbau absetzen.“¹⁷ Die erwähnte Unterordnung kann nach heutigem Ermessen nicht mehr nachvollzogen werden, möglicherweise spielen Neubauvorhaben der vergangenen fünfzehn Jahre eine Rolle, die eine deutlich größere Sensibilisierung für das Thema der Höhenausdehnung im Gesamtkontext der Innenstadt mit sich brachten (vgl. Abb. 5).

Beim 2017 eröffneten „Dorotheenquartier“ gelang es in langwierigen Verhandlungen mit den Investoren, die Höhe der Bebauung zu reduzieren, so dass die Traufkante der Neubauten im Einklang mit der Markthalle auf der einen und dem Hotel Silber auf der anderen Seite steht. Die Markthalle und das in unmittelbarer Nachbarschaft gelegene Alte Schloss sind Kulturdenkmale von besonderer Bedeutung, das heißt, für sie gilt der Umgebungsschutz. Es ist in diesem Fall aber weniger der Rechtsgrundlage des Denkmalschutzgesetzes als vielmehr dem unermüdlichen Einwirken der Stadtplanungsamtes auf die Planung des Investors zu verdanken, dass die Gestaltung und Höhenentwicklung der Vollgeschosse in einem stadtverträglichen Maß gehalten werden konnte. Die Gestaltung und Höhenentwicklung der Dachaufbauten hingegen stellt aus Sicht der Denkmalbehörden eine Beeinträchtigung dar, die aber im Vergleich mit den Königsbaupassagen nicht dieselben negativen Auswirkungen auf die Kulturdenkmale hat (vgl. Abb. 6).

Zwei weitere Projekte, die noch in der Planung sind, zeigen eine ähnliche Thematik. Der Unterschied besteht allerdings darin, dass es sich bei den Kulturdenkmälern nicht um Kulturdenkmale von besonderer Bedeutung handelt, ein Umgebungsschutz also nicht gegeben ist. Die Neubebauung zwischen Eberhardstraße und Geißstraße schließt an die unter Denkmalschutz stehende Sachgesamt-

15 *Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung Stuttgart*, Bauakte Königstraße 28, Stellungnahme des Landesdenkmalamtes zum Bauantrag Neubau Königsbaupassagen / Bürogebäude und Umbau hintere Spange des Königsbaus vom 18. September 2003.

16 Ebda., Schreiben der Stadt an das Landesdenkmalamt vom 1. Oktober 2003.

17 Ebda., Textbaustein zum Thema Garbe-Projekt und Denkmalschutz vom 10. September 2003.



Abb. 6: „Dorotheenquartier“; Foto: E. Pietrus.

heit Altstadtquartier an, das zwischen 1906 und 1909 auf Initiative des Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen neu errichtet wurde – damals eines der ersten Stadterneuerungsvorhaben in Deutschland. Der Wettbewerb für die Neubebauung des Areals brachte sehr unterschiedliche Lösungsansätze hervor, wobei die Großstrukturen, die auf dem Grundstück einen durchgehenden Baukörper errichten wollten, ausgeschieden wurden. Die Stadtplanungs- und Denkmalbehörden favorisieren eine Variante, die den Baukörper in einzelne giebelständige Häuser auflöst, weil sie sich am besten in den Stadtkörper einfügt. Eine andere Variante, die von drei Flachdachkuben auf einem durchgehenden Sockel ausgeht, orientiert sich hingegen in Höhe und Formensprache nicht an den Gebäuden aus dem frühen 20. Jahrhunderts, sondern an dem auf der anderen Straßenseite liegenden Kaufhaus. Die Vertreter des Gemeinderats hatten sich für die Lösung der Giebeldächer ausgesprochen, die Mehrheit der Wettbewerbsjury votierte hingegen für die Flachdachgebäude.¹⁸ Eine Entscheidung wird im Lauf des Jahres 2019 fallen.

Das Ergebnis des Wettbewerbs für die Neubebauung entlang der Heilbronner Straße sieht auf einem dreieckigen Grundstück einen Hochpunkt vor, der mit seinen neun Vollgeschossen in der Höhenausdehnung die Firstlinie des ehemaligen

18 Stuttgarter Zeitung, 20.06.2018.



Abb. 7: **Bebauung Heilbronner Straße**, Entwurf; Quelle: *Stadtplanungsamt Stuttgart*. Foto: E. Pietrus.

Bahndirektionsgebäudes deutlich überschreitet und daher aus Sicht der Denkmalbehörden dessen Eigenschaft als Kulturdenkmal beeinträchtigt. Auch in diesem Fall entzündeten sich Diskussionen um die Höhenentwicklung dieses Gebäudes: Während ein Teil der Architektenschaft dieses Gebäude als gedrungen und damit als zu niedrig ansieht, sieht das Stadtplanungsamt diese Höhenausdehnung als das Maximum dessen, was als stadtverträglich gelten kann (vgl. Abb. 7).

In beiden Fällen kann Umgebungsschutz als rechtliches Argument nicht herangezogen werden, um die Höhenentwicklung zu begrenzen. Sowohl die Altstadtbebauung in der Eberhardstraße als auch das Gebäude der ehemaligen Bahndirektion in der Heilbronner Straße sind nicht im Denkmalsbuch eingetragen, so dass für sie kein Umgebungsschutz geltend gemacht werden kann. Inwieweit eine Stadt wie Stuttgart in ihrem Zentrum Hochpunkte vertragen kann, ist eine fortwährend geführte Debatte, in der sich häufig Denkmalbehörden und Architekten als Antipoden gegenüberstehen.

3. Fazit

Auch wenn seit den Tagen Dehios die Stadt als Gegenstand der Denkmalpflege erkannt wurde, ist die Arbeit der Denkmalpfleger traditionellerweise auf das Einzelobjekt konzentriert.¹⁹ Diese Objektzentrierung hat in dem Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg ihren Niederschlag gefunden, auch wenn die Ausweisung von Gesamtanlagen und Sachgesamtheiten weithin Praxis ist. Die positive Einschätzung, dass Stadtentwicklung und Denkmalpflege keine Gegensätze sind, kann für eine Stadt wie Regensburg gelten,²⁰ für Stuttgart trifft dies nicht zu. Dass Erhal-

19 H.-R. Meier, Denkmalschutz als Leitinstrument der Stadtentwicklung?, in: *Forum Stadt* 40 (1/2013), S. 49.

20 A. Sedlmeier, Neue Funktionen in der alten Stadt Regensburg, in: *Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (Hrsg.)*, Städte pflegen Denkmal planen (Dokumentation der Tagung des Deutschen

tungssatzungen nach Baugesetzbuch als Instrument dienen können, dem starken Veränderungsdruck in Innenstadtquartieren Einhalt zu gebieten, mag für München zutreffen,²¹ für Stuttgart gilt auch dies nicht.

Die Frage, in welcher Weise divergierende Interessen und unterschiedliche Wertorientierungen zu einem Ausgleich gebracht werden können, ist schwer zu beantworten. Aus Sicht der Stadt Stuttgart gibt es keine Konzepte oder konkrete Handlungsleitfäden, wie mit dem denkmalgeschützten Bestand bei Investorenprojekten umgegangen werden soll. Im Einzelfall kann die Vermittlung von Werten gelingen, hierzu sind aber viele Gespräche und Ortstermine erforderlich, die im Alltagsgeschäft viel Zeit binden. Dabei ist die Akzeptanz für die Bausubstanz des 19. und frühen 20. Jahrhunderts deutlich stärker ausgeprägt als für die Gebäude und Freiflächen der sogenannten Nachkriegsmoderne. Das wichtigste Ziel ist, so formuliert es der an der Bauhaus-Universität Weimar die Fächer Denkmalpflege und Baugeschichte lehrende Professor Hans-Rudolf Meier, der Erhalt von Diversität, die sowohl formal-typologische Aspekte als auch jene der Nutzungen und der Nutzer einschließt.²² Das städtebauliche Erbe in seiner Gesamtheit mit seinen Brüchen und Störungen als Wert zu erkennen und zu bewahren, ist Aufgabe des Denkmalschutzes und der Stadtplanung gleichermaßen.

Nationalkomitees für Denkmalschutz und des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein 2013 in Flensburg), Bonn 2016, S. 43.

21 E. Merk, Stadtumbau zwischen Kontinuität und Veränderung, in: J. Sulzer/A. Pfeil (Hrsg.), Stadt Raum Zeit. Stadtentwicklung zwischen Kontinuität und Wandel, Berlin 2008, S. 100.

22 H.-R. Meier (s. A 20), S. 51.

Forum

Hansjörg Luser

Das Internationale Städteforum in Graz – ISG **Ein Netzwerk für Baukultur verbindet Vergangenheit und Zukunft**

Beim Europäischen Denkmalschutz-Kongress in Amsterdam im Oktober 1975 wurde die vom Ministerkomitee des Europarats angenommene Europäische Denkmalschutz-Charta feierlich verkündet. Sie empfahl den Regierungen der Mitgliedsstaaten unter anderem die nötigen Maßnahmen auf den Gebieten Gesetzgebung, Verwaltung, Finanzierung und Erziehung zu ergreifen, um eine Politik der erhaltenden Erneuerung des architektonischen Erbes in die Tat umzusetzen und das öffentliche Interesse an einer solchen Politik zu wecken.

Der Anstoß zur Gründung einer entsprechend international tätigen Organisation wurde in unmittelbarem Zusammenhang mit dieser Europaratssitzung zum Finale des Europäischen Jahres des Denkmalschutzes 1975 gegeben. Das Bestreben, die Geschäftsstelle eines solchen Vereines in Graz anzusiedeln, wurde positiv aufgenommen. Sie ist dem Erfolg einer lokalen Bürgerbewegung zum Schutz der historischen Altstadt von Graz geschuldet, die innerhalb von nur zwei Wochen die Hälfte der Stadtbevölkerung

dazu bewegen konnte, gegen den Abbruch historisch wertvoller Altsstadthäuser für eine innerstädtische Tiefgarage auf die Barrikaden zu steigen, aber auch gegen Straßenverbreiterungen und eine Stadtautobahn vor dem Schloss Eggenberg, heute UNESCO-Weltkulturerbe-Kernzone, aufzutreten – und am Ende alles tatsächlich zu verhindern.

Vereinsgründung ohne parteipolitische Grenzen

Damit war der Ausgangspunkt für die Gründung des Vereins „Internationales Städteforum in Graz“ – kurz: ISG – gesetzt. Der Verein wird von allen politischen Parteien mitgetragen und verfolgt das übergreifende Ziel, Maßnahmen zur Altstadterhaltung, zur Erhaltung der Baukultur in Stadt- und Ortskernen und zum qualitätsvollen Bauen im historischen Kontext in den Fokus der Arbeit zu stellen, zu dokumentieren und zu publizieren. Seit das historische Zentrum von Graz und Schloss Eggenberg UNESCO-Weltkulturerbe sind, ist auch dieses Thema ein wichtiger Schwerpunkt

der ISG-Arbeit, zumal die Proponenten, die die wissenschaftlichen Vorarbeiten zu dieser Auszeichnung geleistet haben, im ISG engagiert sind.

Die Gründung des ISG aus der länderübergreifenden Idee des Europarates und auf Basis einer Protestbewegung von Bürgern zeigte, dass im internationalen, vor allem deutschsprachigen Raum weitgehend identische Frage- und Problemstellungen diskutiert wurden. Mit der Vereinsstruktur sollten daher Mitgliedsstädte, Institutionen, aber auch interessierte Private eine Plattform finden, sich gegenseitig auszutauschen und Erfahrungen weiterzugeben. Ein wesentliches Medium waren und sind dafür die zweisprachig in Deutsch und Englisch erscheinenden ISG-Magazine, zu deren Herausgabe sich der Verein in seinen Statuten – im Sinne der Dokumentation und Information über die internationale Arbeit – verpflichtet hat. Die ISG-Magazine, zuvor ISG-Nachrichten, bieten seit der Gründung des Vereins Informationen zu jeweils ausgewählten Fachthemen, regen zu einem engagierten Meinungsaustausch an und stellen „Best-Practice“-Beispiele vor. Aktive Mitglieder des Vereins können und sollen auch selbst im ISG-Magazin publizieren.

Untrennbar verbunden mit dem ISG ist der Name von Prof. Max Mayr, Journalist bei der größten Grazer und einer der größten österreichischen Tageszeitungen, der sein Netz von besten Kontakten in den Verein einbrachte und zahlreiche Städte zur Mitgliedschaft bewegen konnte. Ihm gelang es, gemeinsam mit weiteren ISG-Gründervätern aktuelle Fragestellungen

zum Altstadtschutz bei Fachleuten in den Ämtern und zuständigen Politikern zu thematisieren, aber auch maßgebliches Lobbying zu etablieren, um die Idee des Altstadtschutzes voran zu bringen. Daraus konnte jenseits parteipolitischer Interessen ein Netzwerk geknüpft werden, auf das die Vereinsarbeit bis heute aufbaut. Zahlreiche ISG-Mitgliedschaften stammen noch aus dieser Zeit.

Altstadtschutz und zeitgenössische Architektur beflügeln Graz

Bezogen auf die lokale Situation in Graz konnte im Zusammenwirken mit dem Grazer Altstadterhaltungsgesetz (GAEG), das zwei Jahre vor Gründung des ISG und als Reaktion auf den schon erwähnten Bürgerprotest eingeführt wurde, Schritt für Schritt das öffentliche Interesse am Altstadtschutz gestärkt und gefestigt werden. Explizit fordert dieses Gesetz jedoch auch für geschützte Bereiche die Erhaltung der urbanen Funktionen. Mit seiner Arbeit konnte das ISG verdeutlichen, dass der materielle Schutz der Altstadt nur einen Teil der Aufgabe darstellt und die Erhaltung ihrer vielfältigen Funktionen ebenso wichtig ist, um sie als Lebens- und Arbeitsraum auf Dauer bewahren zu können.

Gerade in den letzten Jahren gewinnt dieser Aspekt für die inhaltliche Ausrichtung des ISG immer mehr an Bedeutung. Nach den Zerstörungen während der Phase des intensiven Wirtschaftswachstums des ausgehenden 20. Jahrhunderts wächst heute in vielen europäischen Städten der Druck auf wertvolle historisch gewachsene Stadtstrukturen und wertvolle

Bausubstanz wieder enorm. Paradoxerweise ist es gerade die inzwischen etablierte allgemeine Wertschätzung für noch gut erhaltene historische Innenstädte, die das Interesse von Investoren befeuert. Liegenschaften, die gegenüber dem Bestand vermeintlich intensivere oder höherwertige Nutzungen versprechen, rücken überall in das unternehmerische Blickfeld, und die stetig steigende Beliebtheit von Wohnen im Stadtzentrum trägt das Ihrige dazu bei. Qualitätsvolle zeitgenössische Architektur spielt in dieser Hinsicht für Graz eine gewichtige Rolle und geht seit den 1980er Jahren mit der historischen Altstadt eine Symbiose ein, die mittlerweile in vielen europäischen Städten Schule macht und Gegenstand universitärer Forschungsprojekte ist.¹

Gleichzeitig mit dem steigenden Wachstumsdruck in den Städten entvölkern ländliche Bereiche und teils wertvolle gewachsene Ortskerne verlieren ihre Funktionen. Die Ähnlichkeit dieser Problematik in vielen europäischen Städten und Regionen regt zur übergreifenden Erörterung und zum Austausch von Erfahrungen an, denen sich das ISG in letzter Zeit schwerpunkthaft stellt.

Jährliches Fachsymposium verbindet Theorie und Praxis

In den Fachsymposien, jeweils im Juni gemeinsam mit der Baudirektion der Stadt Graz veranstaltet, wird ein spezifisches Thema, das den zeitgemäßen Umgang mit historisch wertvoller Substanz betrifft, aus verschiedenen Aspekten beleuchtet. Dabei wird versucht, mit der Auswahl der Fachreferenten auch erwartungsgemäß konträre Sichtweisen darzustellen. Die Anliegen der Denkmalerhaltung, der Stadtentwicklung im historischen Kontext und beispielhafte zeitgenössische Architekturprojekte zum Thema stehen dabei im Fokus des Diskurses. Themen waren bisher etwa der Umgang mit kommerzieller Werbung in historischen Städten, die Auswirkung von energetischer Ertüchtigung auf historische Bausubstanz und des vielfältigen Normenwesens auf historische Architektur in Konkurrenz mit dem Neubau, aber auch die Probleme städtischer Randzonen, das Wohnen im Zentrum, neues Bauen in der Altstadt oder der Aspekt des Schutzes für „Junge Denkmäler“.

Die Vorträge werden zum jeweils nachfolgenden Symposium publiziert. Dank der überaus großzügigen Bereitschaft der Vortragenden zur Mitwirkung kann dies mit einem relativ bescheidenen finanziellen Aufwand erfolgen, ganz im Sinne der Gemeinnützigkeit des Vereines ISG. Zu einem über die einzelnen Vorträge hinausreichenden Gedankenaustausch und zum besseren Kennenlernen bewähren sich die an das Symposium anschließenden Tagesexkursionen, die das jeweilige Fachthema vertiefen.

1 Nadia Alaily-Mattar stellte das Forschungsprojekt, das fächerübergreifend von der TU München, der Hafen-City Universität Hamburg und der TU Berlin erarbeitet wird, beim Symposium 2016 in Graz vor. Untersucht wird darin die „Repositionierung von Städten durch Vorzeigearchitekturprojekte“. Die Stadt Graz nimmt darin eine zentrale Rolle ein; vgl. *Internationales Städteforum in Graz* (Hrsg.), Transformation findet STADT, Graz, 2017.

Um auch auf lokaler Ebene das ganze Jahr über aktiv und für die lokale Bevölkerung erreichbar zu sein, sind die „Spotlights“ ein sehr beliebtes Veranstaltungsformat, das auch in österreichweite Veranstaltungen wie den Tag des Denkmals, den Architektursommer bzw. unterstützend in Lehrveranstaltungen der Architekturfakultät der TU-Graz einfließt. In unregelmäßigen Abständen, die sich aus den aktuellen Anlässen ergeben, finden Fachführungen zu beispielhaften Baustellen mit Bezug zum Bauen im historischen Kontext statt, aber auch zu baulichen Besonderheiten in der Altstadt, die normalerweise dem Besuch verwehrt sind.

Engagierte Vereinsmitglieder sind gefragt

Grundsätzlich ist für die Arbeit des Vereines die Aktivität der Vereinsmitglieder von entscheidender Bedeutung. Als aktive Mitglieder bringen sie Fachwissen, spezifische Themen und Kontakte ein und bilden neben der umfangreichen Fachbibliothek den Wissens- und Erfahrungspool des ISG. Von Beginn an waren Städte aus Deutschland, der Schweiz, Italien, Slowenien und Kroatien – dem damaligen Jugoslawien – aus Frankreich und aus Ungarn im ISG vertreten. In den Teilnehmerlisten und der Zusammensetzung der Vortragenden des Symposiums spiegelt sich diese Internationalität bis heute wider.

Während Mitglieder je nach Individualmitglied, Firma, Institution, Gemeinde oder Stadt unterschiedlich hohe finanzielle, aber generell niedrige Bei-



Abb.: ISGMagazin, Ausgabe 02/2018.

träge leisten, arbeitet die Vereinsführung ehrenamtlich. Sie besteht derzeit aus dem Präsidenten, dem Bürgermeister der Stadt Graz, Mag. Siegfried Nagl, den drei Vizepräsidenten Arch. Mag. Thomas Kancler aus Slowenien, Arch. DI ETH Niklaus Ledergerber aus der Schweiz und dem geschäftsführenden Vizepräsidenten vor Ort – Arch. DI Hansjörg Luser – und Schriftführerin Mag. Margit Uray-Frick sowie den nach dem Vereinsgesetz vorgesehenen Vorstandsmitgliedern. Letztere vertreten auch als Fachvorstandsmitglieder die Ziviltechniker, die TU-Graz, den Städte- und Gemeindebund, sowie Stadt Graz und Land Steiermark im Verein ISG. Den operativen Kern bilden die beiden fachlich hochqualifizierten Damen des Sekretariats, Mag. Gertraud Strempl-Ledl und Dr. Karin Enzinger, wobei Frau

Strepfl-Ledl als Vorsitzende der Grazer Altstadt-Sachverständigenkommission als „Querverbinderin“ auch den Bezug zu den aktuell brennendsten Fragestellungen in das ISG einbringen kann.

Die interdisziplinäre Zusammensetzung der ISG-Mitarbeiter und Vorstandsmitglieder aus den Fachbereichen Architektur, Kunstgeschichte, Geschichte, Restaurierung, aber auch dem Finanzwesen und der Wirtschaft, und die enge Kooperation mit der Stadt Graz sind die Basis für einen sehr breiten Zugang zu den unterschiedlichen Problemstellungen des Altstadtschutzes und der Stadtentwicklung.

Vor allem die Technische Universität Graz ist immer wieder ein wertvoller Partner in der inhaltlichen Zusammenarbeit, aber auch als Mitveranstalter von Symposien. Auf der anderen Seite bringen Mitarbeiter des ISG regelmäßig ihre Expertise in unterschiedliche Gremien oder Veranstaltungen themenverwandter Institutionen ein. Unter der Mitarbeit des ISG wurden in Österreich Förderstrategien für Revitalisierungsprogramme entwickelt, die die wissenschaftliche und publizistische Arbeit der Grazer und Österreicherischen Weltkulturerbe-Organisationen unterstützen und auch an der wissenschaftlichen Vorarbeit für den Antrag der Stadt Graz mitgewirkt haben, um die Aufnahme der historischen Grazer Altstadt und von Schloss Eggenberg in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes zu erreichen.

Der erhobene Mitgliedsbeitrag ist ein wichtiger Baustein zur Finanzierung des Vereines. Da die ursprünglich instituti-

onell vorgesehenen Beiträge des Landes Steiermark, aber auch die Fördermittel des Bundes kontinuierlich geringer und projektzentriert wurden, sicherten zuletzt nur der hohe Mitgliedsbeitrag und zusätzliche Förderungen der Stadt Graz eine ordentliche Geschäftsführung. Dies beflügelte gerade zum 40-jährigen Bestehen des ISG verschiedene, kritische Überlegungen im Hinblick auf die weitere Zukunft des Vereines. Letztlich konnte durch die Zusicherung der Stadt Graz, ihr Engagement weiterhin aufrecht zu erhalten, eine dauerhafte Lösung gefunden werden.

Die Vereinsarbeit wächst mit der Stadt

Mit dem klaren Bekenntnis und der Unterstützung der Stadt Graz zum Weiterbestand der Vereines ISG freut sich das Internationale Städteforum in Graz auf eine spannende, immer den Puls der Zeit verspürende, dem sorgsamem Umgang mit historisch wertvoller Bau- und Stadtstruktur verpflichtete, wirkungsvolle Zukunft. Unsere Aufgaben wachsen mit der Stadt, denn die Bedeutung der funktionierenden, lebenswerten historischen Stadt- und Ortskerne liegt darin, ein Identitätsfaktor für eine freie Gesellschaft zu sein, die im Zusammenleben das allgemeine Wohl vor das Einzelinteresse stellt. Der seit den späten 1960er Jahren zur Diskussion anregende Altstadtschutz zeigt heute, dass die historisch gewachsene Stadt in Ästhetik und Funktion auch ein Erfolgsmodell für die Zukunft ist. Dazu wollen wir weiterhin mit unserer Arbeit beitragen.

Angela Koch

Integrierte Entwicklung im Denkmalbestand

Die Arbeitsgemeinschaft Historische Stadt- und Ortskerne in NRW als Akteur der Denkmalpflege

58 historische Stadt- und Ortskerne in Nordrhein-Westfalen mit weitgehend erhaltenen historischen Zentren und bemerkenswerter historischer Bausubstanz sind Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Historische Stadt- und Ortskerne Nordrhein-Westfalen.¹ Die Mitglieder haben sich freiwillig selbstverpflichtet, ihr baukulturelles Erbe zu erhalten, zu bewahren und im Sinne einer behutsamen Stadterneuerung weiterzuentwickeln. Die Arbeitsgemeinschaft ist als interkommunaler Verbund ein wichtiger Kompetenzträger der Denkmalpflege und erhaltenden Stadterneuerung. Sie versammelt unter ihrem Dach echte Überzeugungsträger aller Fachdisziplinen. Die Arbeitsgemeinschaft ist eine Plattform der interkommunalen Zusammenarbeit und des interdisziplinären Dialoges – denn: Trotz individueller Herausforderungen in den Mitgliedsstädten gilt es viele Probleme auch gemeinsam zu lösen. Seit 1987 – aber auch in Zukunft!

Mit Abkehr von der Flächensanierung der 1970er Jahre und dem allgemein einsetzenden Strukturwandel hin zu einer bestandsorientierten und behutsamen Stadterneuerung öffnete sich der

Blickwinkel auf das baukulturelle Erbe im Flächenland Nordrhein-Westfalen. Der städtebauliche Denkmalschutz, das 1985 veröffentlichte Programm zur Erhaltung und Erneuerung von historischen Stadtkernen in NRW, bot die notwendige Klammer, um die anstehenden komplexen Erhaltungs- und Sanierungsaufgaben anzugehen.

Jede Mitgliedsstadt weist eine Vielzahl herausragender Zeugnisse individueller Stadt- und Kulturgeschichte auf, zu deren Schutz und Pflege bereits zu Beginn der AG-Zusammenarbeit konkrete Maßnahmenschwerpunkte und Zielstellungen formuliert wurden. Schon vor 30 Jahren ging es nicht nur um den Schutz, die Pflege mit den Instrumenten des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege. Es ging auch um wissenschaftliche Erforschung von Denkmälern und eine sinnvolle, die Nutzungsart und Nutzungsdauer unterstützende Inwertsetzung, sondern darüber hinaus auch um Belebung des Handels, Stärkung der Wohnfunktion und eine konsequente Verkehrsregelung – und immer mit einem individuellen Blick auf Einzelgebäude, Ensemble und Quartier. Auf dieser Grundlage lokalisieren die Vertreter der Städte im interkommunalen und gleichzeitig interdisziplinären Austausch immer neue

1 Vgl. <https://www.hso-nrw.de/index.php>

Themen und Herausforderungen mit dem Ziel, diese mit Tiefgang zu bearbeiten und tragfähige und passgenaue Lösungen zu finden.

Für Verantwortliche und Entscheidungsträger einer Stadt ist das historische und baukulturelle Erbe oft Fluch und Segen zugleich. Die Regelungen zu Erhalt und behutsamer Erneuerung sind vielschichtig, vor allem wenn es darum geht, das städtebauliche Erbe für zeitgenössische Nutzungen weiterzuentwickeln. Das Rad der Gegenwart rotiert schnell. Die Bedürfnisse und Ansprüche der Bürger an ihren Lebensmittelpunkt sind umfangreich. Multifunktional, multioptional, multimedial, multikulturell – was Stadt heute können muss, um lebenswert zu sein – ist eine Herausforderung für alle, besonders für die historische Stadt, wo alle Neuerungen stets Maßarbeit sind und sein müssen.

Auch die Rahmenbedingungen takten die Entwicklung. In der Mehrzahl der historischen Stadtkerne in Nordrhein-Westfalen schrumpft die Bevölkerung – sogar in Wachstumsregionen. Baukultur und Geschichte schützen nicht vor Bevölkerungsverlusten und den Auswirkungen verstärkter Alterung. Der Handelsort Stadt wird durch strukturelle Veränderungen im Einzelhandel und den Online-Handel überrollt. Historische Zentren sind als Adresse für Handel und Gewerbe von Leerstand und Verödung bedroht. Brachgefallene Immobilien wiederum beeinträchtigen das Stadtbild und ziehen die Gefahr von Neubebauungen nach sich, die nicht mehr dem menschlichen Maß entsprechen und die Stadtsilhouette stören. Die Metathemen Barrierefrei-



Abb.: Broschüre „Vorgestellt!“ der Arbeitsgemeinschaft Historische Stadt- und Ortskerne in NRW

heit und Klimawandel sind in ‚normalen‘ Städten mit wenigen Eingriffen in die Bausubstanz umgesetzt. Im historischen Kern sind diese Eingriffe von fundamentaler Bedeutung.

Mit der Publikation „Erbe im Gepäck – Zukunft im Blick“ veröffentlichte die Arbeitsgemeinschaft 2016 eine umfassende Bestandsaufnahme, wie dank einer in-

tegrierten Stadtentwicklung passgenaue Lösungen zum Erhalt der baukulturellen Werte, der Qualifizierung öffentlicher Räume, zur Inwertsetzung zeitgemäßer Wohnräume und Lebensmittelpunkte in den historischen Stadt- und Ortskernen aussehen können.² Bestandteil der Publikation waren auch wegweisende Ansätze zur Realisierung zeitgenössischer Architektur in baukulturell wertvollen Stadträumen, der Berücksichtigung von Fragen des Klimaschutzes und der Energieeffizienz, der Barrierefreiheit und Mobilität.

Diese Bestandsaufnahme war Anlass und Ausgangspunkt, die Ziele und Themen der Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft zu diskutieren. In einem zwölfmonatigen Arbeits- und Dialogprozess identifizierten Vertreter der Mitgliedsstädte aktuell bedeutsame Arbeitsschwerpunkte in den Kommunen und definierten darüber die Handlungs- und Themenfelder für zukünftigen Dialog und Erfahrungsaustausch in der Arbeitsgemeinschaft. Unter dem Titel „Zukunftsprogramm 2030 – Perspektiven für gebaute Geschichte“ wurden fünf zentrale Handlungsfelder formuliert und als Arbeitsprogramm einstimmig verabschiedet.³ Damit haben die 58 Stadt- und Ortskerne der Arbeitsgemeinschaft

ihre Zusammenarbeit bekräftigt und die Zielstellung einer kontinuierlichen und qualitätsvollen Stadtentwicklung im Denkmalbestand erneuert.

Die fünf Handlungsfelder verdeutlichen die Ansprüche der Gegenwart und Zukunft: „Gebaute Geschichte – erkennen, sichern, und vermitteln“ ist als zentrales Handlungsfeld 1 das Bekenntnis und die Vergewisserung, dass der Bestand Ausgangspunkt weiterer Erneuerung sein muss. Die denkmalgeschützten und denkmalwerten Zeitzeugen aus Stein, Lehm, Holz und Schiefer, solitär oder als Ensemble, haben mitsamt ihrer Umgebung eindeutigen Vorrang bei der Auseinandersetzung und Betrachtung. Sie sind die Profilageber und Identitätsstifter; und sie erzeugen die „Altstadtlust – wohnen, arbeiten und leben im Kern“, das Handlungsfeld 2. Aus der Mitte der kommunalen Praxis heraus wird damit der Wille zur Qualifizierung und Stabilisierung funktionaler und lebendiger Stadtkerne bekräftigt: Die historischen Stadt- und Ortskerne haben nicht nur Substanzvorteile, sie haben auch Lagevorteile für alle Lebenswelten, Ansprüche und Generationen. Diese sollen ausgeschöpft werden. Das historische Umfeld mit seiner jeweils ganz eigenen Atmosphäre soll zum Markenzeichen für Lebensqualität werden, das andernorts so nicht erlebbar ist. Menschen als Bewohner zu gewinnen, zum Bleiben zu animieren und bestenfalls zu aktiven und emotional mit der Stadt verbundenen Akteuren zu machen – das ist gelebte „Altstadtlust“.

Die Mitgliedsstädte verstehen ihre historischen Kerne als wertvolle und leben-

2 *Arbeitsgemeinschaft historische Stadt und Ortskerne in Nordrhein-Westfalen* (Hrsg.), *Erbe im Gepäck – Zukunft im Blick. Die historischen Stadt- und Ortskerne in Nordrhein-Westfalen im 21. Jahrhundert*, Lippstadt 2016.

3 *Arbeitsgemeinschaft historische Stadt und Ortskerne in Nordrhein-Westfalen* (Hrsg.), *Zukunftsprogramm 2030 – Perspektiven für gebaute Geschichte*, Lippstadt 2016.

dige Siedlungsräume, wissen aber, dass Zeitzeugnisse auch durch Zeitschichten entstehen. Zum Anspruch und Selbstverständnis ist es damit geworden, das historische Stadt- und Ortsbild im Sinne eines Weiterbauens durch zeitgenössische Architektur sinnvoll zu ergänzen. Dabei gilt es – so die Übereinkunft im Handlungsfeld 3 des Zukunftsprogramms 2030 – die vorhandenen Qualitäten des Denkmalbestandes weiterzuentwickeln, damit das Neue mindestens so gut ist wie das Alte, wenn wir „Neues wagen – Neubau mit Anspruch, Freiräume im Fokus“ haben. Damit ist ein sensibles Handlungsfeld umschrieben zwischen Gestaltungssprache von Erbe und Zukunft, zwischen Investoren und Eigentümern, Mobilitätsansprüchen und Nutzerverhalten, Freiraumgestaltung und Nachverdichtung.

Wo in diesem Sinne Neues gewagt und zugleich wertvoller Bestand erhalten wird, bildet sich der individuelle Markenkern einer historischen Altstadt heraus. Denkmalpflege und Stadtplanung formen, das Stadtmarketing inszeniert diesen Kern. Darauf zielt das Handlungsfeld 4 „Die alte Stadt als Erlebnis“. Hier sind Geschichte und Geschichten zu erzählen, baukulturelles Erbe zu vermitteln und zu beleben. Darin sind sich alle Mitgliedsstädte einig, zugleich ist ihnen mehr als bewusst, dass sie sich hier im konfliktreichen Spannungsfeld von Bewohner- und Besucherinteressen, von Nutzungsdruck und Standortprofilierung bewegen.

Seit Jahren steigt der Erwartungs- und Handlungsdruck auf die historischen Stadt- und Ortskerne. Die aktuellen Themen der Stadtentwicklung – allen voran

Barrierefreiheit, Energieeffizienz, Mobilität und Digitalisierung – erfordern individuelles Abwägen und Handeln im historischen Kern. Integriert zu planen und strategisch umsichtig zu handeln, hat sich für die Mitgliedsstädte in jeder Hinsicht bewährt. Somit ist es kein Zufall, dass sich die Mitgliedsstädte in Handlungsfeld 5 „Integrierte Stadtentwicklung“ einer behutsamen und differenzierten Herangehensweise an die Stadtplanung und -entwicklung verschrieben haben, die einem respektvollen Umgang mit Stadtstruktur, historischer Bausubstanz und erhaltenswerten, für die Stadtgestaltung prägenden Elementen verpflichtet ist.

Das Zukunftsprogramm 2030 ist der sprichwörtliche rote Faden, der die Ansprüche und Ziele der Mitgliedsstädte und der Arbeitsgemeinschaft zusammenführt. Es ist ein Handlungsleitfaden – heute und für die Zukunft –, um mit Fleiß, Mut und Liebe zum Detail die entscheidenden Voraussetzungen für zukunftsfähige Lebensmittelpunkte zu schaffen. Historische Orte als Zukunftsorte erhalten und gestalten, um die besonderen Qualitäten des baulichen, geistigen und kulturellen Erbes im lebendigen Bewusstsein der Bürger und Besucher zu verankern, damit Identität und Wertschätzung zu generieren – das ist für die Mitgliedsstädte der Arbeitsgemeinschaft aktiv verstandene Denkmalpflege!

Claudia Mucha

Im Kern einzigartig – Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg

Historische Stadtstrukturen und wertvolle Bausubstanz, die auch heute noch erleb- und ablesbar sind, stellen ein historisches Gut von unvergleichbarem Wert dar. Diese zu erhalten, zu erneuern und mit Leben zu füllen, ist der Antrieb der „Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg“. Sie ist ein Kind des politischen Umbruchs von 1989. Die Situation zu Beginn der 1990er Jahre lässt sich heute nur noch schwer nachempfinden. Die Stadtkerne im Land Brandenburg befanden sich in einem dramatischen Zustand. Zahlreiche Gebäude waren vom Verfall bedroht. Leerstand war zur Selbstverständlichkeit geworden und zahlreiche geschichtlich bedeutsame Bauten waren nur durch das große Engagement von Einzelpersonen erhalten geblieben. Die Gefahr, die unersetzlichen Werte der Brandenburger Altstädte gänzlich zu verlieren, war groß. Es war dringendes Handeln geboten.

Nach dem Fall der Mauer und der politischen Wende im Herbst 1989 vollzogen sich gesellschaftliche Veränderungen mit zunehmender Dynamik nach über dreißig Jahren der Trennung zu einem wieder vereinigten Deutschland. Das Land Brandenburg stand vor einem Neubeginn,

und für die Städte ergab sich die Chance, durch ihre wiedererlangte kommunale Eigenständigkeit, die Erhaltung des baukulturellen Erbes selbst in die Hand zu nehmen. So war es in den Anfangsjahren eine Entwicklung der Zuversicht, der Erwartungen aber auch der Verunsicherung und Ungewissheit, die von den Unterstützern aus den alten Bundesländern als überaus spannend bezeichnet, von den Menschen vor Ort aber als verunsichernd und äußert anspannend empfunden wurde. Das Partnerland Nordrhein-Westfalen war in dieser schwierigen Umbruchzeit ein Ideengeber und Unterstützer von besonderer Bedeutung.

Mit der „Arbeitsgemeinschaft Historische Stadt- und Ortskerne in NRW“ fand sich ein bereits erfolgreiches Beispiel der kommunalen Zusammenarbeit von Städten mit historischen Altstädten. Anfangs erfolgte der Austausch über Partnerschaftsseminare der beiden Bundesländer zu den Themen Stadterneuerung und städtebaulicher Denkmalschutz. Es folgten Bereisungen und Beratungen ausgewählter Brandenburger Städte zur Förderung von Maßnahmen der Stadterneuerung durch eine Fachkommission mit Vertreterinnen und Vertretern der Länder Nordrhein-Westfalen und Brandenburg.



„Der Start über unsere Partnerstädte war für die Brandenburger Städte mental sehr wichtig. Schon bald regten die vielen gleichgelagerten Probleme und Aufgaben in unseren Städten dazu an, sich nicht nur darüber auszutauschen, sondern zu deren Lösung auch Fachverstand gemeinsam zu organisieren und zu finanzieren“, sagte Harry Müller, Ehrenvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft und ehemaliger Bürgermeister der Stadt Luckau anlässlich des 25jährigen Jubiläums der Arbeitsge-

meinschaft im Jahr 2017. Mit dem Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg bestand Ende 1991 der Rechtsrahmen für die kommunale Arbeitsgemeinschaft.

Am 22. Mai 1992 erfolgte schließlich im Schlosstheater des Neuen Palais' in Potsdam der Zusammenschluss zur *Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen im Land Brandenburg* mit dem gemeinsamen Ziel, die historischen Stadtkerne vor dem Verfall zu retten und

deren wertvolle Bausubstanz zu erhalten. Unterstützt werden die Städte dabei durch das Bund-Länder-Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“, das ein Jahr vor der Gründung vom Bundesbauministerium verabschiedet wurde. In den ersten Jahren der Zusammenarbeit standen das Erfassen der Chancen und das kräftige Anpacken der Kommunen, gemeinsam mit der Bürgerschaft und in enger Zusammenarbeit mit den Denkmalbehörden, im Vordergrund. Es folgte die Phase, darüber nachzudenken, wie die sich immer mehr abzeichnenden Schmuckstücke in den kompakten Stadtkernen bewusst wahrgenommen und für ihre Gäste sowie für Bewohnerinnen und Bewohner erlebbar gemacht werden können. Neue Herausforderungen galt es zu bewältigen, die sich neben den gewonnenen Erfahrungen aus dem aktiven Denkmalschutz, aus neuen Nutzungen, sich verändernden Lebensgewohnheiten und wandelnden Anforderungen beispielsweise im Bereich der Energieeffizienz, des Brandschutzes oder der Barrierefreiheit ergaben. Vielfältige Themen, die eine Stadt allein mit hohem qualitativem Anspruch und heutigem Ergebnis nie hätte bewältigen können. So lautet bis heute die Devise der Arbeitsgemeinschaft – „Gemeinsam sind wir stark“.

Die mittlerweile 31 Mitgliedsstädte pflegen einen regen Erfahrungsaustausch zu den Aufgaben der Stadterneuerung, der angewandten Denkmalpflege und einer sinnvollen, die Nutzungen beachtenden Inwertsetzung der Gebäude. Die jährlich stattfindenden Tagungen bieten Gelegenheit sich über aktuelle Themen auszutau-

schen. In den Tagungsdokumentationen werden die Beiträge festgehalten. Auf Arbeitsebene trifft man sich in vier Regionalgruppen zu regelmäßigen Sitzungen, und auch der Vorstand kommt vierteljährlich zusammen. Thematische Workshops oder Fachdialoge greifen aktuelle Fragestellungen auf und laden zur Diskussion ein. So unterstützen sich die Mitgliedsstädte in partnerschaftlicher Zusammenarbeit gegenseitig bei der Entwicklung und Erprobung von Ideen und Verfahren. Dabei ist das Themenspektrum breit gefächert und reicht von Einzelhandelsbelebung über Fragen der Erreichbarkeit bis hin zur energetischen Sanierung. Auch die kulturelle Belebung steht nunmehr im Mittelpunkt der Zusammenarbeit. Mit den gemeinsamen Aktivitäten wie der Auszeichnung der Denkmale des Monats, der Sommertheatertournee in den historischen Stadtkernen, der Beteiligung an den Jahreskampagnen von Kulturland Brandenburg, den Aktionen zum Tag der Städtebauförderung oder zur Adventszeit konnte der Bekanntheitsgrad der Mitgliedsstädte fortwährend gesteigert werden. Dazu tragen auch die zahlreichen Publikationen bei. Besonders beliebt ist die Broschüre „Im Kern einzigartig“, die mit zahlreichen Abbildungen von heute und früher und mit kurzweiligen Geschichten neugierig auf einen Besuch macht. Der Jahreskalender „Unser Denkmal des Monats“ schmückt Jahr für Jahr die Wohnstuben oder Arbeitszimmer. Die Veröffentlichungen zu den Kulturlandaktivitäten und die Ausgaben des Magazins *altstadtlust* lassen den Leser eintauchen in die Vergangenheit, die Ge-

genwart und die Zukunft der historischen Stadtkerne Brandenburgs. Durch die stetige Sanierung und die Belebung der Altstädte ist es zudem gelungen, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner wieder stärker mit ihrer Stadt identifizieren.

Die Finanzierung der zahlreichen Projekte und Aktivitäten erfolgt zum einen über den Haushalt der Arbeitsgemeinschaft und zum anderen über Fördermittel, die jeweils projektbezogen beantragt werden. Bis heute ist die finanzielle Unterstützung durch das Bund-Länder-Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ ein unerlässlicher Faktor bei der Realisierung von neuen und altbewährten Projekten. Erfolgsfaktor dieses Programmes ist das keineswegs selbstverständliche enge Zusammenwirken von Denkmalpflege und Stadtentwicklung. So bestand von Anfang an Konsens, dass weder Einzeldenkmalschutz noch klassische Stadtsanierung als Lösungsansatz ausreichen, um den großen Herausforderungen in den Altstädten zu begegnen. Der Erfolg der Stadterneuerung ist dabei immer auch damit verbunden, den lokalen Entscheidungsträgern ein Höchstmaß an Selbstverantwortung und verlässlicher Unterstützung zu geben. In der Städtebauförderung wird dies durch das Prinzip der Gesamtmaßnahme erreicht. Die damit bisher erreichte hohe Qualität in den Städten ist für die Stadterneuerung beispielhaft und wird von den Bewohnerinnen und Bewohnern ebenso geschätzt wie von den Gästen. Zudem konnten auf dieser Grundlage weitere öffentliche und private Investitionen nach sich gezogen werden, so dass sich heute in den Mit-



Abb.: Magazin altstadtlust, 5. Ausgabe, 2018.

gliedsstädten zahlreiche Beispiele für die gelungene Erhaltung und behutsame Erneuerung des historischen Erbes wieder finden.

Die historischen Innenstädte haben sich mittlerweile zu attraktiven Orten zum Wohnen und Leben entwickelt. Es herrscht Altstadtlust bei Bewohnern und Touristen, die hier viel über die kulturelle Vielfalt Brandenburgs erfahren. In der Gemeinschaft haben sich die 31 historischen Stadtkerne des Landes Brandenburg über die Jahre zu einer nicht mehr wegzudenkenden Marke mit großer Ausstrahlung im Land Brandenburg herausgebildet. Dabei geht es längst nicht mehr nur um die klassische Eroberung des historischen Stadtkerns selbst. Gemeinsam ist es gelungen, alle Stadtkerne in sechs

Routen so miteinander zu verbinden, dass sie mit dem Fahrrad erkundet werden können. Was am Weg zu sehen ist, erzählen sechs eigens für die Radrouten herausgegebene Reiseführer. Diese Verbindung führt dabei zu einer neuen Form von Stadt-Umland-Beziehungen, die es so noch nicht gab. Die historischen Stadtkerne strahlen also nicht mehr nur für sich selbst, sondern in ihrer jeweiligen Region und gewinnen damit an Bedeutung auch für das Land Brandenburg als Ganzes.

Heute kann zurecht behauptet werden: Noch nie waren die Mitgliedsstädte der Arbeitsgemeinschaft in Gänze so schön. Es mag sein, dass sich die grundlegende Sanierungs- und Aufbauphase nun nach mittlerweile über 26 Jahren dem Ende nähert, doch gehen Erneuerung und Belebung auch in Zukunft weiter. Denn Städte sind niemals fertig gebaut und unterliegen einem ständigen Wandel durch Umwelt und Gesellschaft. Neue Herausforderungen, wie drastisch steigende Baukosten, Barrierefreiheit und Klimaschutz, gilt es im Stadterneuerungsalltag zu bewältigen. Genau deshalb ist es wichtig, deutlich zu machen, dass die Erfolge der vergangenen Jahre in eine neue Phase überführt werden müssen. Es gilt, sich nunmehr dauerhaft mit dem Erhalt des erreichten Zustandes auseinanderzusetzen und ein klares Bekenntnis für eine langfristige Erhaltungsstrategie zu geben. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass die Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft noch lange nicht zu Ende ist. Dies ist auch das klare Votum des internen Verständigungsprozesses der Arbeitsge-

meinschaft, der anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Arbeitsgemeinschaft im Jahr 2017 stattfand. Von den 31 Städten wird die Mitgliedschaft als Auszeichnung und Zertifikat verstanden. Sie fördert das Wertebewusstsein für Baukultur und Geschichte, für regionale Bindung und Identifikation. Vor allem der Erfahrungsaustausch untereinander und die Arbeitsgemeinschaft als Ideen- und Impulsgeber, die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit und Vermarktung sowie die Interessenvertretung gegenüber dem Bund und dem Land Brandenburg beschreiben die Vertreter der 31 Städte als besonderen Mehrwert ihrer Mitgliedschaft. Nach wie vor besteht ein großer Bedarf am Fachaustausch zu spezifischen Themen der erhaltenden Stadterneuerung, der Stadtsanierung, des städtebaulichen Denkmalschutzes, der Mobilität, der Infrastruktur und vielem mehr. Für die Zukunft gilt damit, die erreichten Sanierungserfolge zu sichern, weitere nicht genutzte und perspektivisch vom Verfall bedrohte Denkmale zu retten und wertvolle städtebauliche Ensembles mit vielfältigen Nutzungen zu beleben, um die Einzigartigkeit im Kern aller 31 Mitgliedsstädte zu bewahren.

AUTORINNEN / AUTOREN

Prof. Dr. Harald Bodenschatz

1995-2011 Universitätsprofessor für Planungs- und Architektursoziologie an der TU Berlin, jetzt assoziierter Professor des Center for Metropolitan Studies an der TU Berlin und Angehöriger des Bauhaus-Instituts für Geschichte und Theorie der Architektur und der Planung an der Bauhaus-Universität Weimar; Mitherausgeber der Zeitschrift Forum Stadt.

Dipl.-Päd. Hathumar Drost

Seit 1991 geschäftsführender Gesellschafter von „complan Kommunalberatung GmbH“ mit Sitz in Potsdam; seit 2003 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen“ des Landes Brandenburg und seit 2008 Leitung der „Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz“.

Dr. Markus Harzenetter

1995 bis 2000 Leiter der Abteilung Denkmalpflege bei der Stadt Regensburg, anschließend Referatsleiter im Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege und dort ab 2004 Hauptkonservator und Leiter der Abteilung Denkmalerfassung und Denkmalforschung; seit 2015 Präsident des Landesamtes für Denkmalpflege Hessen.

Anna Hitthaler

Seit 2017 wissenschaftliche Volontärin in der Abteilung Bau- und Kunstdenkmalpflege am Landesamt für Denkmalpflege Hessen; Schwerpunkte: Städtebauliche Denkmalpflege, städtebauliche und kulturlandschaftliche Analysen.

Prof. Dr. Johann Jessen

1992-2016 Professor für Grundlagen der Orts- und Regionalplanung an der Fakultät Architektur und Stadtplanung der Universität Stuttgart; Zahlreiche Beiträge zur Stadt- und Planungs-forschung; Mitherausgeber der Zeitschrift Forum Stadt.

Dr. Angela Koch

seit 1990 Denkmalpflegerin der Stadt Remscheid/NRW; umfangreiche denkmalfachliche Gremientätigkeiten u. a. für Deutschen Städte-tag, AG Historische Stadt- und Ortskerne NRW

Hansjörg Luser

1998 Vorstandsmitglied von EUROPAN Österreich; ab 2016 Gesellschafter und Partner von HoG architektur; seit 2009 geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Städteforums in Graz (ISG)

Claudia Mucha

Seit 2011 ist Mitarbeiterin bei complan Kommunalberatung GmbH, Potsdam. Ihre Schwerpunkte sind Energetischer Umbau im Quartier und Historische Stadt. Seit Januar 2016 koordiniert sie die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen“ des Landes Brandenburg.

Dr. Ellen Pietrus

Leiterin der Unteren Denkmalbehörde bei der Stadt Stuttgart

Prof. Dr. Iris Reuther

Nach Studium und Promotion freie Architektin mit dem Büro für urbane Projekte in Leipzig; 2004 Professorin für Stadt- und Regionalplanung an der Universität Kassel; seit 2013 Senatsbaudirektorin der Freien Hansestadt Bremen beim Senator für Umwelt.

BESPRECHUNGEN

DIETER HOFFMANN-AXTHELM, *Hochhaus und Gemeinschaft. Zur Erbschaft der Moderne*, Berlin: DOM publishers 2018, 116 S, 40 s/w Abb., Softcover, 116 S., 28,- €

Als er vor gut fünfzig Jahren das legendäre Rundfunkgespräch zwischen Adorno und Bloch moderierte, sinnierte der Schriftsteller Horst Krüger über etwas sehr Grundsätzliches: Utopien mögen immer wie Lokomotiven erscheinen, die das Menschengeschlecht ein Stück weit durch die Geschichte ziehen. Freilich kommen diese Züge nie an, da jede Generation die Fahrpläne jeweils neu schreiben muss.

Dieter Hoffmann-Axthelm hat seine liebe Not mit hochfliegenden Utopien. Aber auch damit, wenn Fahrpläne gleichsam in Stein gemeißelt werden. Und beides habe sich die klassische Moderne – mit ihrem Anspruch, das radikal Neue durchzusetzen – zuschulden kommen lassen. Der Autor, seines Zeichens gelernter Theologe und zugleich einer der profiliertesten Stadttheoretiker Deutschlands, widmet sein neuestes Buch zwei, wie er findet, in diesem Kontext exemplarischen Sujets.

Hochhaus und Gemeinschaft dienen ihm als Vokabeln „des großen Versuchs, mit allen historischen Maßstäben zu brechen und aus der Zukunft zu leben“. Und wer möchte es schon leugnen, jenes fatale Zusammenspiel mehrerer Faktoren, die das Unbehagen über die Unwirtlichkeit heutiger Städte bewirken. Das, was in den frühen 1960er Jahren noch im Wesentlichen als Stadtgefüge des 19. Jahrhunderts kenntlich war, wurde seither stufenweise von zwei symbiotischen Instrumenten der Entwicklung in den Ballungsgebieten der Metropolen überlagert – dem freistehenden Wolkenkratzer und den Windungen der Stadtautobahn. Dass die Hochhaustürme aufgrund der durch sie geschaffenen Probleme keine ab ovo ‚vernünftige‘ Architektur darstellen, ist als Erkenntnis für Hoff-



mann-Axthelm allerdings banal. Ihm geht es eher um das Bohren dicker Bretter.

Beredt macht er deutlich, dass die – vermeintlich völlig neuartigen – Bauaufgaben „eine über lange Zeiten gehende historische Typenentwicklung voraussetzen: das Hochhaus aus religiösem oder herrschaftstechnischem Transzendierungswillen, die Wohnmaschine überwiegend aus sozialpolitischer Notwendigkeit.“ Was wiederum die Frage aufwirft, warum die Moderne sich so radikal als Bruch mit der Geschichte in das kollektive Bewusstsein einschreiben konnte.

Mag ‚Gemeinschaft‘ auch eine willkürlich verkürzte, somit missverständliche Formel darstellen: Der Autor hält es für ein stammesgesellschaftliches Relikt, wenn die Moderne davon träumt, dass alle „im selbigen Großen Haus“ wohnen. Zudem sieht er darin rechte wie linke Sehnsüchte aufscheinen: die „Rechtsvorstellung des ‚Ganzen Hauses‘, Bild vormoderner Herrschaftsordnung, und die sozialutopische Fantasie von der Stadt als Haus, Bild der von Not und Ausbeutung befreiten kommunistischen Gesellschaft“. Freilich wendet er sich nicht grundsätzlich gegen architektonisch unterstützte Formen der Gemeinschaftsbildung, sondern nur und vor allem gegen die Großwohnanlage, inkarniert zunächst in Corbusiers Unité D’Habitation, später in den monströsen Stadtrandgebilden des Bauwirtschaftsfunktionalismus.

Offen bleibt die Frage, ob die Gemeinschaftsidee auf der Basis einer Gleichheit in Armut fußt oder eher einer Freizeit-Gemeinschaft im Luxus-

hotel entspricht. Klar hingegen scheint der zweite Topos, zumal das Hochhaus gemeinhin als konträr stehend zu einem menschenwürdigen Leben und als Zeichen von Profitopolis wahrgenommen wird. Gewiss kann Architektur – bezogen auf gesellschaftliche Konstitutionsprozesse – lediglich eine intervenierende Variable in einem von ihr selbst nicht bestimmbareren Kontext sein. Dennoch sei die Moderne, so des Autors Überzeugung, von einer fast wahnhaften Überschätzung ihrer Wirkungskraft geprägt. Damit steht sie in einer langen Tradition der Überzeugung, dass die Gesellschaft „an der Kunst des Städtebaus genesen“ werde, wie Camillo Sitte sich einst ausdrückte.

Zwar hebt sich die Moderne aus dem Ablaufschema von Innovation und Repetition heraus, ritualisiert sich aber auch, ganz im Sinne einer ‚invented tradition‘. Dass Hoffmann-Axthelm die Provokation nicht ausschließt, sie mitunter sogar sucht, ist kalkuliert. Natürlich ist er sich bewusst, dass es „die Moderne“ so gar nicht (mehr) gibt, dass der Westen zudem die kulturelle Deutungshoheit verloren habe. Was sich etwa an Bildern afrikanischer Megastädte auf emblematische Art zeige: „Hochhauscluster, die von einem unabschließbaren Feld prekärer Hütten landflüchtiger Zuwanderer umgeben sind. Angekommen ist eine rudimentäre Moderne, der alle indigenen Voraussetzungen fehlen.“ Je mehr die Moderne hierzulande „kulturell idyllisiert“ werde, desto mehr entfalte sie, „gleichsam ausgewildert, ihren immanenten Sprengstoff wieder neu und wird für uns sichtbarer, als uns lieb ist“. Etwa Nine-Eleven, das Fanal der Zwillingstürme in New York: Für den Autor mehr als nur ein Hinweis auf die enge Verklammerung von Gewalt und Ästhetik, welche in „den Tiefen der klassischen Moderne“ wurzle. „Wie zahnlos ist demgegenüber der Versuch in den ehrgeizigeren Winkeln des Kulturbetriebs, den in Pop und Beliebigkeit untergegangenen Deutungsanspruch der Moderne aufrechtzuerhalten.“

Hoffmann-Axthelm versucht am Doppelbeispiel zu erklären, warum die Welt so aussieht, wie sie aussieht und warum sie sich wie verändert. Wenn man will, kann man in seinem Essay eine eigenwillige Fortschreibung des Klassikers

„Kapitalismus und Architektur“ von Manfredo Tafuri aus dem Jahr 1977 sehen. Er ist schon deshalb zu empfehlen, weil er sich dem herrschenden Trend, die Architekturtheorie gleichsam im Elfenbeinturm geisteswissenschaftlicher Textexegese einzumauern, widersetzt. Und weil er ein anregendes Streiflicht bietet auf das, was Stadt im Kern ausmacht.

Bonn / Berlin, Robert Kaltenbrunner

GÜNTER STARKE, *Offene Türen. Wohnen und Leben in der Dresdner Neustadt 1982 bis 1996, Halle: Mitteldeutscher Verlag 2016, s/w-Abb., 160 S., 24,95 €.*

Das hier anzuzeigende Werk beschäftigt sich mit der Äußeren Neustadt in Dresden, einer im Gegensatz zur Inneren Neustadt mit dem „Goldenen Reiter“ und der Dreikönigskirche nicht touristischen und daher weniger allgemein bekannten Gegend. Der Rezensent war zu seiner Zeit als Architekturstudent in Dresden 1972-76 mit seinen Studienkollegen häufig in Kneipen sowohl der Inneren, als auch der Äußeren Neustadt unterwegs. Die Innere Neustadt ist heute fest als Beute in der Hand der Schickeria, hingegen stellt die Äußere Neustadt immer noch eine höchst interessante urbane Mischung dar, die vom Fotografen Günter Starke mit Textbeiträgen von Bernd Lindner dargestellt wird. Nur an einer einzigen Stelle wird der Fotograf der selbst gesteckten räumlichen Begrenzung untreu – auf S. 85 nämlich, wo er einen Kohlenträger beim Einschütten der Ware über eine Holzrutsche in den Keller eines Hauses im Wallgässchen darstellt, das in der Inneren Neustadt liegt.

Die Äußere Neustadt war von den verheerenden Bombenangriffen 1945 weitgehend verschont geblieben. Ihre Geschichte als eines der größten zusammenhängenden Gründerzeitquartiere in Sachsen ist exemplarisch: in der DDR-Zeit dem langsamen baulichen Verfall anheimgegeben,

war sie in einigen politisch diktierten Überlegungen Anfang der 1980er Jahre auch schon zum Flächenabriss mit anschließender Plattenbebauung vorgesehen, so dass die Rettung nach der „Wende“ in Gestalt der Städtebauförderungsmaßnahmen buchstäblich in letzter Minute kam. Die Sozialstruktur wandelte sich insofern, als sich seit den 1970er Jahren – auch durch die ersten, halblegalen Haus-Instand-Besetzungen – eine bunte und lebendige Künstler- und Intellektuellen-Szene entwickelte, die sich aber gut mit den anderen Bewohnern aus allen Schichten der Bevölkerung vertrug. Damals hatte die Äußere Neustadt trotz des unverkennbaren baulichen Verfalls so ziemlich alles, was heute das Herz des Stadtplaners als „urbane Mischung“ begehrt: kleine Läden, Kneipen und Handwerksbetriebe im Erdgeschoss und Wohnungen unterschiedlichster Qualität und Größe in den Obergeschossen. Diese urbane Mischung hatte auch einzelne Schattenseiten, die nach der reinen Lehre des „real existierenden Sozialismus“ eigentlich gar nicht hätten existieren dürfen. Es gab in der Alaunstraße eine Kneipe, die „Konzertklausur“ (leider im Band nicht abgebildet), in der vorzugsweise Elbschiffer, russische Besatzungssoldaten (so sie der scharfen Kontrolle in der Kaserne entkamen) und nicht zuletzt schwere Jungs verkehrten. Deren auffällige Häufung wurde dem Rezensenten erst durch diesen Band erklärlich, wofür er dem Koautor Lindner dankbar ist, der auf S. 32 schreibt: „bis zu 70 Prozent der in Dresden wiederinzugliedernden Haftentlassenen wurde Wohnraum in der Äußeren Neustadt zugewiesen“.

Eine kritische Bemerkung, die aber keineswegs den Wert der außerordentlich gelungenen Publikation mindert, sei dem Rezensenten hier gestattet: Lindner beklagt im einleitenden Text eine vermeintliche „vier Jahrzehnte lange Ignoranz der DDR-Städteplaner“ (S. 5). Heute ist es fast vergessen, aber die Äußere Neustadt war schon zu DDR-Zeiten Gegenstand von Bemühungen um die städtebauliche Sanierung. Die manchmal unberechenbaren Schwankungen der kommunistischen Städtebaupolitik eröffneten neben dem industriellen Massenwohnungsbau manche Ni-



schen. Im Falle Dresdens mag auch die unausgesprochene Erwägung eine Rolle gespielt haben, dass nach der Zerstörung des historischen Stadtkerns der Stellenwert der Gründerzeitgebiete deutlich zugenommen hat. Jedenfalls wurde in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren in einigen Häuserblöcken an der Förstereistraße und an der Jordanstraße unter der Leitung von Professor Bernhard Klemm von TU Dresden der Versuch unternommen, durch Blockentkernung und durch teilindustrialisierte Modernisierung der Blockrandbebauung eine deutliche Verbesserung der städtebaulichen Situation herbeizuführen. Ignorant waren nicht die „DDR-Städteplaner“, sondern die kommunistische Führung, die verhinderte, dass die Stadtplaner ihre innovativen Ansätze zur erhaltenden Stadterneuerung – die im Übrigen jeden Vergleich mit zeitgleichen westdeutschen Konzepten bestehen konnten – hätten umsetzen können.

Die vielzitierte „Gentrification“ hat auch um die Äußere Neustadt keinen Bogen gemacht. Lindner zitiert den Geografen Jan Glatter, nach dessen Meinung dieser Prozess hier „vergleichsweise sanft verlaufen“ sei, „darüber gehen die Meinungen aber weit auseinander“, wie Lindner hinzufügt (S. 132). Nach Meinung des Rezensenten macht das Viertel den Eindruck erfreulichen Gleichgewichts insofern, als neben den schickeria-aufgemotzten Künstlerhöfen durchaus schrille Kneipen zu sehen sind, auch das Publikum ist gemischt: Punks und junge Familien neben wohlgekämmten Anzugträgern, auf jeden Fall mit viel Leben auf der Straße. Am span-

nendsten findet der Rezensent immer noch den Straßenzug Rothenburger und Görlitzer Straße, mit dem ganz leichten Versatz an der Kreuzung mit der Böhmisches Straße, im Straßenprofil so eng, dass die Straßenbahn hier wie eh und je einleisig fährt. Das Hotel Rothenburger Hof hat die Zeitenwende überlebt – die leicht rauchvergilbten Gardinen von damals in den Erdgeschossfenstern haften noch im Gedächtnis. Man konnte ungeachtet aller sozialistischen Parolen damals spüren, dass hier noch die Sozialgeografie der Vorkriegsstadt galt und dies eben keine „Adresse“ war – einige Straßenzüge weiter außerhalb des Stadtteils wohnten Freunde der Eltern des Rezensenten in einer Gründerzeitvilla, umgeben von einem großzügigen, fast parkartigen Garten.

Starkes fotografischer und sozialdokumentarischer Schwerpunkt liegt nur wenig entfernt, nämlich auf dem Eckgebäude Martin-Luther-Straße 37 – Louisestraße, das er dann in das breitere Umfeld des Quartiers einbindet. Es herrscht wohlthuende formale Strenge: die Bilder sind schwarzweiß und im quadratischen Format. Zu Beginn eines jeden Kapitels wird ein Großteil der nachfolgenden Fotos in einem kleinen Format, das so aussieht wie die zu analogen Zeiten gängigen Kontaktabzüge (obwohl sie sogar kleiner sind als die 6 x 6-Negative), zusammengefasst, sodann folgt der kurze Erläuterungstext und dann die eigentlichen Fotos. Zuerst wird das im Zentrum der Betrachtung stehende Haus gezeigt, beginnend mit einer Aufnahme, welche das Gebäude in seiner städtebaulichen Situation mit der leichten Betonung der abgeschrägten Gebäudeecke im Dachgeschoss und den Fassaden an beiden Straßen zeigt. Dann folgen spannende Details von einem verblichenen Werbeschriftzug über das alte Straßenschild, dann Hausflur und Treppenhaus, das noch unverkennbare Spuren verblichener Eleganz zeigt, bis hinauf zum Dachboden, auf welchem Starke sogar die Gasmaskenbüchse des ehemaligen Blockwarts entdeckt und fotografiert hat (S. 26) – eine Reminiszenz an den 13. Februar 1945, die dem Leser heute noch Gänsehaut verursacht. Verewigt sind schließlich auch die zeittypisch unvermeidlichen Ascheimer auf dem schmalen Innenhof.

Im den beiden Kapiteln „Bewohner der Martin-Luther-Straße 37“ folgt die Miniaturensseite einem Prinzip, das Starke seinem Koautor Lindner zufolge auch bei seiner ersten Ausstellung zum Thema im Frühjahr 1989 angewandt hat, nämlich die Fotos je nach Wohnung beginnend mit einem Familienbild, dann Wohn- und Schlafzimmer, Küche und (falls vorhanden) Bad und Kinderzimmer vertikal zusammenzufassen und diese Streifen nebeneinander zu stellen. Blieb eine Wohnungstür dem Fotografen verschlossen, dann wurde eben nur diese abgelichtet – auf den restlichen Plätzen des Tableaus finden sich Leerstellen. Diese sind eindeutig in der Minderheit, was von einem beträchtlichen Vertrauen in den Fotografen zeugt – daher auch der Titel des Bandes: „Offene Türen“. Diesem Prinzip folgen auch die übernächsten beiden Kapitel, „Bewohner der Äußeren Neustadt“, in welchen das Ehepaar Starke in sympathischer Weise auch die eigene Wohnungstür öffnet und Einblick in die Privatsphäre gewährt. Die Interieurs sind äußerst abwechslungsreich von grafikdekorierten Wänden im Künstler- und Intellektuellenmilieu über DDR-typische Schrankwände und fröhlich-chaotisch improvisierte Sanitär- und Elektroinstallationen bis zu nur mühsam verdeckten schweren Wasserschäden in der Wohnung einer Rentnerin. Letzteres, das der Rezensent im Studium im Zuge von Bauaufnahmen in Dresden in ähnlicher Form auch in anderen Gründerzeitquartieren gesehen hat, treibt ihm bis heute die Zornesröte ins Gesicht, waren das doch Angehörige der Wiederaufbau-Generation, mit denen die angeblich ach so soziale DDR in so schäbiger Manier umging. Bemerkenswert ist, mit welcher erkennbaren – und man kommt um den Ausdruck nicht herum: würdevollen – Fassung die Betroffenen ihrerseits versuchen, ihr Zuhause als solches zu erhalten. Neben den künstlerischen Qualitäten der Fotos entsteht in ihrer systematischen Sammlung und Darstellung so etwas wie eine soziografische Bilddokumentation der Bewohnerschaft des Quartiers.

Eine nicht minder spannende Darstellung enthält das Kapitel „Läden, Kleingewerbetreibende

und Straßen in der Äußeren Neustadt“. Die zahlreichen kleinen privaten Läden und Werkstätten, die sogar noch die letzte große Verstaatlichungswelle der 1970er Jahre überstanden hatten, gingen in ihrer Mehrzahl nach der Wiedervereinigung unter. Perfekt an ihr Dasein als „Nischenökonomie“ in einer Mangelwirtschaft angepasst, waren sie dem hereinbrechenden Strukturwandel mit seinem plötzlichen enormen Angebot an Waren und Dienstleistungen nicht gewachsen. Es liegt eine gewisse Tragik darin, dass gleichsam die letzten Aufrechten einer früheren Marktwirtschaft von eben dieser bei ihrer Wiederkehr hinweggefegt wurden. Starke setzt ihnen ein fast schon elegisches Denkmal: die Schirmwerkstatt Bouffée etwa oder mit ihrer fast schon museal-wertvollen Einrichtung die Drogerie Hoffmann, die Lindner zufolge sogar trotz der DDR-typischen Knappheit und Lieferengpässe in der Lage war, auf besondere Kundenwünsche einzugehen. Eine der wenigen überlebenden Ausnahmen ist der (im Band nicht gezeigte, da wohl ohnehin allgemein bekannte und unter den gewandelten Verhältnissen überaus erfolgreiche) Laden „Pfund's Molkerei“ in der Bautzner Straße, der sich auf die Bedürfnisse der teils neuen und „gentrifizierten“ Kundschaft einstellen konnte – es gibt also auch einzelne Erfolgsgeschichten der Kontinuität.

Der Band schließt mit dem Kapitel „Straßen, Plätze und Bewohner der Äußeren Neustadt“. Haarscharf am Rande des Kitsches, aber eben noch diesseits, da offenbar authentisch, ist ein Foto, das eine Puppe auf einem alten Möbelstück auf einem Dachboden in der Martin-Luther-Straße zeigt, wie sie gleichsam über die Geschichte des Quartiers sinnierend im Licht des Dachfensters dasitzt (S. 135). Drohend wird ein mögliches, aber dann glücklicherweise doch nicht eingetretenes Szenario dieser Geschichte im Foto auf S. 137 über die Sprengung von zwei Häusern in der Pulsnitzer Straße im Jahr 1988 angedeutet.

Die vorletzte Seite zeigt das Haus Martin-Luther-Straße 37 im heutigen sanierten Zustand, und zwar aus der Perspektive, aus der bereits das erste Foto aufgenommen worden war. Damit schließt sich der Kreis. Möge der vom Mitteldeut-

schen Verlag sorgfältig edierte Band möglichst vielen heutigen Bewohnerinnen und Bewohnern der Äußeren Neustadt in die Hände kommen.

Berlin, János Brenner

FRANZ JOSEF TALBOT (Hrsg.) /
ACHIM BEDNORZ (Fotos), *Die Bonner
Südstadt, Köln: Emons-Verlag 2018, 150
Fotos, 237 S., 35,- €.*

Die Bonner Südstadt gilt als eines der besterhaltenen (und beliebtesten) Wohngebiete Deutschlands aus dem späten 19. Jahrhundert – gerne „Gründerzeit“ genannt, wenn auch der Hauptteil der Bebauung erst eine Generation nach der Reichsgründung entstanden ist. Sie war von Kriegszerstörungen nur wenig betroffen, und spätere Eingriffe wurden in Schranken gehalten; so lässt sich hier die Geschichte eines bürgerlichen Wohnquartiers ebenso studieren wie die Abfolge historistischer Stilformen. Mit der Rehabilitation des Historismus in der Architekturgeschichte ist die Südstadt früh verbunden gewesen; die Inventarisierung (durch Eberhard Grunsky und Volker Osteneck) hatte Pioniercharakter in der Bundesrepublik.

Eine Gesamtschau, die schon wieder ein historisches Fazit ist, legen nun Franz Joseph Talbot, langjähriger Bonner Stadtkonservator, und der Architekturfotograph Achim Bednorz vor. Anders als die (im wörtlichen Sinne „graue“) Literatur aus den 1970er Jahren ist es ein Prachtband geworden, großformatig, mit ausgezeichneten Farbaufnahmen – man kann das Buch sicher auch auf manchen Kaffee-Tisch in den abgebildeten Wohnungen legen.

In chronologischem Ablauf werden der heutige Ortsteil und seine Umgebung von den Anfängen bis zum Nachleben im 20. Jahrhundert und im Kontext der Stadtentwicklung beschrieben. Das Hauptthema sind aber die Häuser, die Fassaden, die Details und zahlreiche Innenräume – private Wohnungen, die man gewöhnlich nicht

zu sehen bekommt. Da treffen sich sorgfältig restaurierte Wandgliederungen und Deckenspiegel mit sparsamen, meist zeitgenössischen Möblierungen – das Plüschig-Überladene der Gründerzeit ist verschwunden. In dieser Gesamtübersicht zeigt das Buch die gesamte Stilgeschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts – nicht an den Ikonen des Historismus und seinen Ideologien, sondern nahezu unkommentiert anhand gehobener Alltagsarchitektur, fast ausschließlich Wohnbauten. Industrie- und Gesellschaftsbauten, die es hier auch einmal gegeben hat, verschwinden in Nebensätzen.

Die Bautätigkeit vor den Festungswällen der zeitweilig verarmten Stadt hatte nach der Universitätsgründung 1818 zunächst sehr zögerlich mit einigen freistehenden „Landhäusern“ und städtischen Reihenhäusern eingesetzt. Erst seit den 1850er Jahren beschleunigte sich die Entwicklung. Während die städtische Intervention für eine Gesamtplanung (1856) ins Leere lief, wuchs das Straßennetz spontan aus alten Wegen, privaten Initiativen und städtischen Einzelmaßnahmen zusammen. Neben palastartigen Stadthäusern mit Geschosswohnungen dominiert das rheinische „Dreifensterhaus“ mit zwei oder drei Vollgeschossen und Vorgarten. (Talbot benutzt etwas inflationär den Begriff „Villa“.) Investoren sicherten sich Grundstücke und reichten standardisierte Baugesuche ein: Reihung und Variation lassen erstmals so etwas wie städtebauliche Ensembles entstehen. Typisch sind noch die Maßstabssprünge und die gründerzeitliche Rücksichtslosigkeit gegenüber den Nachbarn. Stadtbaukunst, der Blick für das Ganze, wird erst mit der Historismus-Kritik der Jahrhundertwende bestimmend.

Nach 1850 war die Architektur reicher geworden, wurde der Klassizismus zur „hellenischen“, schließlich zur italienischen und dann zur deutschen Renaissance weiterentwickelt. Den Höhepunkt erreichte der Bauboom allerdings erst nach 1890; spätgotische und barocke Formen wurden jetzt auch gerne mit Fachwerkmotiven kombiniert.

Während Gerhard Kirchlinne 2015 die Spekulationsbauten für Rentiers hervorhob, wendet



Talbot sich jenen Bauherrn zu, die für sich selbst bauten. Sein besonderes Interesse gilt der Form des „bürgerlichen Wohnens“ (der Oberschicht), die er nicht soziologisch definiert, sondern an Grundrissen und Interieurs deutlich macht. Bestimmend sind die Trennung von Arbeit und Wohnen sowie das gesellschaftliche Leben, das sich in der Bedeutung und dem Wandel der Eingangsbereiche, von Salon und Wohnzimmer, und der Lage des Speisezimmers äußert.

Neobarock und radikaler Eklektizismus rufen um die Jahrhundertwende Gegenbewegungen einer stilistischen Suche hervor, für die noch keine feste kunsthistorische Terminologie gefunden ist. Talbot spricht vage von Jugend- und von Heimattstil. Nach dem Ersten Weltkrieg werden großbürgerliche Wohnungen unterteilt und dichter belegt; Bauten der Moderne fügen sich unauffällig ein. Die Ernennung Bonns zur Hauptstadt bringt einen Nutzungsdruck, der sich in Abbrüchen zugunsten von Bürobauten äußert. Eine umfassende Verkehrsplanung scheitert an der Bundesbahn; das rettet einige Straßenzüge, aber die Verkehrsprobleme bleiben ungelöst. Die kunsthistorische Umwertung der 1970er Jahre, wie andernorts, getrieben durch eine neue Wertschätzung „von unten“ – bürgerschaftliches Engagement (manchmal in anti-bürgerlicher Attitude), trug zur Erhaltung des Ortsteils bei. Das Schicksal eines Kneipen- und Szeneviertels blieb der Südstadt erspart, sie ist wieder ein sehr bürgerliches citynahes Wohngebiet, für dessen Stuckdecken optimistische DINKS hohe Mieten bieten.

Sicher, der Band ist auch ein populär formulierter Erfolgsbericht, er hält aber wissenschaftlichen Ansprüchen stand. Talbot ist sparsam mit Referenzen und Nachweisen, zitiert nur wenig Literatur (aber diese durchaus treffend), die Bibliographie ist sehr übersichtlich. Dafür bezieht das Buch seine Autorität aus einer genauen Kenntnis der Häuser, Ergebnis einer langen Amtszeit.

Bonn, Valentin Hammerschmidt

THOMAS GROSSBÖLTING / RÜDIGER SCHMIDT (Hrsg.), *Gedachte Stadt – Gebaute Stadt. Urbanität in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz 1945-1990*; Köln: Böhlau 2015, 65 s/w Abb., 345 S., 45,-€.

Der Band geht zurück auf das im Jahr 2013 durchgeführte gleichnamige Kolloquium des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Münster. In der Einleitung von Thomas Großbölting und Rüdiger Schmidt wird die zentrale These dargelegt: Die politischen Konzepte und Gesellschaftsentwürfe hätten sich in der Hochzeit des Kalten Krieges in besonderer Weise in Städtebau und Städteplanung eingeschrieben, und zwar sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik. Entsprechend zielt der Band vorrangig darauf ab, „Verflechtungen und Abgrenzungen, Parallelen und gegensätzliche Entwicklungen von Städteplanung und Städtebau in Ost und West“ systematisch zu analysieren. Dies, so viel kann vorweggenommen werden, gelingt auf eindruckliche Weise.

Der Band gliedert sich in fünf Abschnitte. Im ersten Abschnitt – Planungs- und Baugeschichte der Stadt in Ost und West – wird die Stadtentwicklung in der DDR und der Bundesrepublik jeweils mit einem Fokus auf die wechselseitigen Einflüsse besprochen. Frank Betker bespricht in seinem Beitrag – gegliedert nach Phasen der Stadtentwicklung – Grundsätze, Leitbilder, Institutionen und Resultate im Städtebau der DDR zwischen 1945 und 1989 und fragt, ob im Sozialismus Raum für

Urbanität blieb. Er stellt heraus, dass der Sozialismus einen durchaus positiven Stadtbegriff entwickelte, die Auseinandersetzung mit dem Begriff der ‚Urbanität‘ jedoch aufgrund der bürgerlichen Wertvorstellungen, die er transportierte, relativ beschränkt blieb. Thomas Großböltings pointierter Beitrag stellt die Frage nach dem ‚Osten im Westen‘ in den Mittelpunkt. Er beleuchtet entsprechend den bundesrepublikanischen Städtebau und deren Stadtplanung in Abgrenzung und in Verflechtung zur DDR. Dabei kann er zeigen, dass es neben Großprojekten wie dem Hansaviertel vor allem auch wohnungspolitische Maßnahmen wie die Förderung des Eigenheimbaus waren, die mit deutlich abgrenzenden Verweisen gegenüber der Städte- und Wohnungsbaupolitik der DDR begründet und legitimiert worden sind.

Den zweiten Abschnitt – Wege des Wiederaufbaus im doppelten Deutschland – leitet Rüdiger Schmidt mit einem Beitrag zum Wiederaufbau der Stadt Magdeburg ein. Während die nahe der Grenze gelegene Großstadt als ‚Schaufenster des Ostens‘ präsentiert werden sollte, hätte die Absicht, sich der Moderne zugunsten einer wiederzuerweckenden Tradition zu entledigen, laut Autor keinen entsprechenden Abdruck hinterlassen. Insofern reflektieren sich im Wiederaufbau Magdeburgs bis Mitte der 1970er Jahre eher der Wandel an Ordnungsvorstellungen und die fiskalischen, administrativen und andere Zwänge.

Lu Seegers untersucht ausgehend vom U-Bahnbau die Öffentlichkeitsarbeit und die Imagepolitik der Stadt Hannover in den 1960er und 1970er Jahren. Sie zeigt dabei, wie sich in dieser Zeit sowohl das Stadtleitbild von einem Fokus auf Urbanität und Modernität hin zu einer menschlichen Stadt, und die Kommunikationsformen von einer stark ‚von oben‘ implementierten zu einer stärker niederschweligen und breiten Einbindung der Bevölkerung verschoben haben.

Den dritten Abschnitt – Paradigmen der städtischen Moderne in Ost und West – beginnt Lena Kuhl mit einem vergleichenden Beitrag der Neustadtplanungen Halle-Neustadt und Wulfen. Sie arbeitet Parallelen der 1960er Jahre wie Planungseuphorie und Zukunftsorientierung, die aktive

Rolle des Staates oder den Trend expansiven Städtebaus heraus. Angesichts veränderter Rahmenbedingungen habe sich allerdings seit Anfang der 1970er Jahre in beiden Staaten eine Verschiebung in Richtung Gegenwartsorientierung und Pragmatismus vollzogen. In deren konkreter Ausformung allerdings, so die Autorin, haben die beiden deutschen Staaten unterschiedliche, nämlich systemtypische Wege der Krisenbewältigung eingeschlagen.

Thomas Tippach untersucht im Anschluss die städtebauliche Entwicklung Braunschweigs in den 1950er und 1960er Jahren auf die Frage hin, inwieweit die Ideen zur gegliederten und aufgelockerten Stadt des damaligen Braunschweiger Stadtbaurats Göderitz Umsetzung gefunden haben. Er stellt fest, dass die Überlegungen durchaus in die kommunalen Entscheidungsgremien eingeflossen und Niederschlag im Wiederaufbau Braunschweigs gefunden hätten, gleichzeitig aber durch Faktoren wie Eigentumsverhältnisse, Denkmalschutz oder mangelnder Mittel beschränkt wurden. Schließlich weist er darauf hin, dass auch die Systemkonkurrenz eine Rolle spielte, etwa indem Göderitz' Konzeptionen als Gegenmodell zum Modell der ‚kompakten Stadt‘ und des in der DDR angestrebten Kollektivismus legitimiert wurden.

Der vierte Abschnitt – Nationale Identität und politische Bühne – setzt sich aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven mit Bonn und Berlin als hauptstädtischen Repräsentationsräumen bzw. mit deren Repräsentation auseinander. Dominik Geppert beschäftigt sich mit der symbolischen Bedeutung der Hauptstadtfrage in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz. Er geht der These nach, dass es dem westdeutschen Gemeinwesen im Laufe der Zeit gelang, eine eigene staatliche und gesellschaftliche Identität herauszubilden, die wiederum ihren Niederschlag in Architektur und Stadtplanung fand, und zwar sowohl im Regierungssitz in Bonn als auch in der wiedervereinigten Hauptstadt. Während er Offenheit und Transparenz als Kontinuitätslinie von der Bonner in die Berliner Republik anführt, weist er auch auf bedeutende Diskontinuitäten



hin, insbesondere in Bezug auf die Großmaßstäblichkeit und die stark akzentuierten Symboliken für Hoheit und Macht in den Berliner Neu- und Umbauten.

Harald Bodenschatz zeigt in seinem Beitrag zur Überwindung der städtebaulichen Teilung Berlins anhand von beispielhaften Projekten auf, dass sich die dafür angewandte städtebauliche Form der kritischen Rekonstruktion in beiden Staaten bereits in den 1980er Jahren weitgehend etabliert hatte, und zwar in beiden Staaten. Ein Neuanfang hätte demgegenüber nach 1989 in den städtebaulichen Produktionsverhältnissen stattgefunden, und zwar insofern, als von nun an private Investoren das Baugeschehen dominierten.

Beate Binder untersucht die symbolische Rekonfiguration Berlins nach der Wiedervereinigung und fokussiert dabei darauf, wie die Zeit der deutsch-deutschen Teilung diskursiv verhandelt worden ist. Anhand von Dokumenten sowie dem Umgang mit Erinnerungsorten deutscher Teilung analysiert sie, wie die Stadt imaginativ und rhetorisch entworfen, wie neue Lesearten und Deutungen plausibilisiert und mobilisiert worden sind. Sie stellt heraus, dass die Zeit der deutschen Teilung einen wichtigen Bezugspunkt dieser Rekonfigurationsprozesse darstellte, in denen Berlin insbesondere auch als Symbol des Nationalen neu verhandelt worden ist.

Monica Riera befasst sich mit der Repräsentation Berlins in Filmen. Sie begreift die Filmproduktion als Medium kultureller Konstruktion von Identitäten, Aufarbeitung und Propaganda und stellt anhand einer Herausbildung des Filmsek-

tors sowie einer Analyse ausgewählter Filme sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede in beiden deutschen Staaten zwischen 1945 und Mitte der 1960er Jahre heraus.

Der fünfte Abschnitt – Öffentlichkeit und Privatheit im städtischen Raum in Ost und West – wird von Christoph Bernhardt eröffnet. Dieser kann anhand von Fachdebatten, dem System der Stadtentwicklung und einer Analyse von Arbeiterwohnungsgenossenschaften und kommunaler Wohnraumvergabe aufzeigen, dass das „totalitär-hierarchische Command- and control-System“ der DDR zwar einen Rahmen vorgab, der Alltag allerdings von vielfältigen Kontroversen, netzwerkartigen Kooperationen und Aushandlungsprozessen geprägt war. In diesem Sinne weist er auf sozialistische Prozesse von Governance genauso wie auf sozialistische Spielarten gesellschaftlicher Partizipation hin.

Christoph Lorke befasst sich im Anschluss mit der Perzeption urbaner Segregation im deutsch-deutschen Vergleich. Für die Bundesrepublik rekonstruiert er Veränderungen im Diskurs um Obdachlosenunterkünfte der 1960er und 1970er Jahre, für die DDR blickt er insbesondere auf die Wahrnehmung und Darstellung von Segregation in den Alt- und Neubaugebieten der späten 1970er und 1980er Jahre. Er kommt zu dem Schluss, dass beide Staaten in der Nachkriegszeit das Ziel einer Verbesserung und sozialen Stabilisierung des Gemeinwesens formulierten, deren Ausrichtungen allerdings in beiden Staaten zu spezifischen Effekten sozialräumlicher Exklusion führten. Wenngleich sich auch die Bedeutung von Segregation in beiden deutschen Staaten unterschied, kann Lorke dennoch sehr ähnliche Diskreditierungs- und Stigmatisierungsprozesse armutsbetroffener Viertel und ihrer Bewohner nachzeichnen.

Den Band abschließend befasst sich Thomas S. Carhart mit Verschiebungen im Eigentumsgefüge ostdeutscher Städte seit der Wiedervereinigung. Anhand einer quantitativen Untersuchung ausgewählter historischer Stadtzentren zeigt er, dass eine gängige Ansicht, die Verhältnisse hätten sich zugunsten in den alten Bundesländern Ansässi-

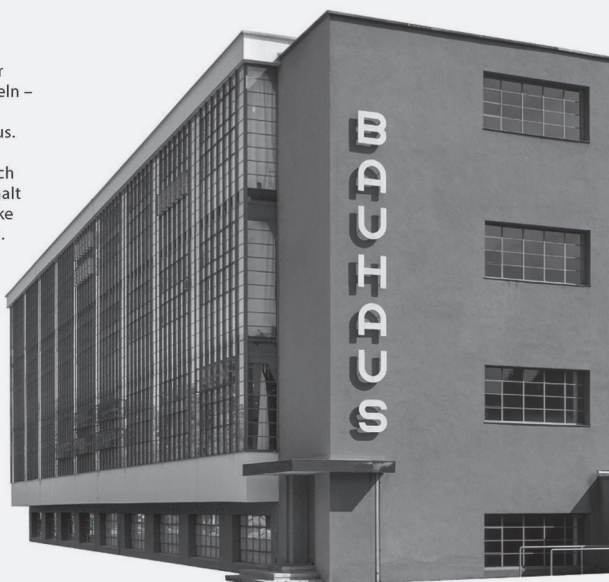
gen verschoben, so nicht haltbar sei; stattdessen sei der Anteil von Ortsfremden im untersuchten Eigentümergefüge relativ niedrig.

Inhaltlich ziehen sich die drei Schlüsselthemen des Bandes – Gedachte Stadt – Gebaute Stadt; Wechselwirkungen und Verflechtungen der beiden deutschen Staaten; sowie Verhandlungen und Verständnisse von Urbanität – durch die einzelnen Kapitel und vermitteln dadurch einen fundierten Gesamteindruck. Angesichts zunehmender Diskrepanzen und Schwierigkeiten der Überführung von gedachter in gebaute Stadt musste in beiden Staaten gleichsam, allerdings unterschiedlich stark ausgeprägt, eine Relativierung von Planungseuphorie und Machbarkeitsglauben seit den 1960er Jahren stattfinden. Neben der Herausarbeitung von Parallelen in der Stadtentwicklung gelingt es dem Band aber auch, systematisch und sehr informativ die Verflechtungen und Bemühungen um gegenseitige Abgrenzung beider deutscher Staaten herauszuarbeiten – und zwar sowohl was Stadtplanung, Städtebau und Architektur, aber auch was Wohnungsbau und Wohnungspolitik angeht. Das Thema der Urbanität schließlich taucht etwas weniger gewichtet auf und wird als unterschiedlich verhandeltes und (un-)angeeignetes Konzept dargestellt. Aufgrund seiner Komplexität böte sich hier noch Potential für weiterführende Auseinandersetzungen. Insgesamt aber überzeugt der Sammelband, indem die verbindende Fragestellung in den Beiträgen in großer empirischer Fülle, mit verschiedenen Schwerpunkten, aus unterschiedlichen Perspektiven und anhand vielfältiger methodisch-analytischer Zugänge beleuchtet wird.

Aachen, Daniela Zupan

GERADLINIGKEIT, VON UNS GERETTET.

Revolutionäre Ideen können sich auch in der Architektur widerspiegeln – ein Beispiel hierfür ist das sogenannte Bauhaus. Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz setzt sich darum auch für den Erhalt zahlreicher Meisterwerke der Bauhaus-Schule ein.



Bildnachweis: © Florian Monheim – Bildarchiv Monheim

Wir erhalten Einzigartiges.
Mit Ihrer Hilfe!

Spendenkonto
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400
BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG
www.denkmalschutz.de



**DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ**

Wir bauen auf Kultur.